



Plenarprotokoll

54. Sitzung

Mittwoch, 9. April 2014

Aktuelle Stunde

Teil 1: Einigung bei der EEG-Reform, Perspektiven für den Norden

..... 4352

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW

Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4352
Johannes Callsen [CDU].....	4353
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4354
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4355
Angelika Beer [PIRATEN].....	4357
Lars Harms [SSW].....	4358
Torsten Albig, Ministerpräsident...	4359

Aktuelle Stunde

Teil 2: Konsequenzen für Schleswig-Holstein aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs über die EU-Richtlinie zur verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung

4361

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4361
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	4362
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4364
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4366
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4367
Lars Harms [SSW].....	4369
Andreas Breitner, Innenminister....	4370

Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Tätigkeitsbericht für das Jahr 2013		Torge Schmidt [PIRATEN].....	4395
		Heike Franzen [CDU].....	4398
		Torsten Albig, Ministerpräsident...	4399
		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4401
		Johannes Callsen [CDU].....	4402
		Lars Harms [SSW].....	4402
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4404
.....	4371		
Drucksache 18/1525		Beschluss: 1. Ablehnung des Entschlie-ßungsantrags Drucksache 18/1779 in namentlicher Abstimmung	
		2. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1760 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss.....	4404
Katja Rathje-Hoffmann [CDU]....	4371		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4372		
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4374		
Anita Klahn [FDP].....	4375		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	4376		
Flemming Meyer [SSW].....	4378		
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Aussprache über den Bericht erledigt.....	4379	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Stiftungsuniversität zu Lübeck und zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften	4405
Wahl der/des Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	4379	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1724	
Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1739		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	4405
Beschluss: Annahme.....	4379	Daniel Günther [CDU].....	4406
Erste Lesung des Entwurfs eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein	4380	Wolfgang Baasch [SPD].....	4406
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1760		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4407
Entschlie-ßungsantrag zum Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein	4380	Christopher Vogt [FDP].....	4409
Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN Drucksache 18/1779		Uli König [PIRATEN].....	4410
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4411
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	4380	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	4412
Daniel Günther [CDU].....	4382		
Martin Habersaat [SPD].....	4385, 4397	Krabben- und Muschelfischerei im schleswig-holsteinischen Nordseeküstengewässer	4412
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4387	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1728	
Christopher Vogt [FDP].....	4390	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4412, 4424
Uli König [PIRATEN].....	4393	Oliver Kumbartzky [FDP].....	4414, 4421
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4394	Klaus Jensen [CDU].....	4415
		Lars Winter [SPD].....	4416
		Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4417
		Angelika Beer [PIRATEN].....	4418
		Flemming Meyer [SSW].....	4419
		Astrid Damerow [CDU].....	4421

Jens-Christian Magnussen [CDU].	4422	
Lars Harms [SSW].....	4423	
Serpil Midyatli [SPD].....	4424	* * * *
Beschluss: Antrag Drucksache 18/ 1728 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt.	4426	Regierungsbank:
		Torsten Albig, Ministerpräsident
Zukunftsperspektiven für den Wohnungsbau in Schleswig-Hol- stein	4426	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1733		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Peter Lehnert [CDU].....	4426	Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft
Serpil Midyatli [SPD].....	4428	Andreas Breitner, Innenminister
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4430	Monika Heinold, Finanzministerin
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]....	4431	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie
Lars Harms [SSW].....	4432	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Familie und Gleichstellung
Andreas Breitner, Innenminister....	4433	* * * *
Beschluss: Ablehnung.....	4435	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hoch- schulgesetzes	4435	
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/1752		
Beschluss: Überweisung an den Bil- dungsausschuss.....	4435	
Einrichtung eines Landesbergamts prüfen	4435	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1629		
Beschluss: Erledigung des Berichts....	4435	

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 6, 11, 16, 24, 36, 37 sowie 39 bis 42 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 26, 27, 30, 33 und 38.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 4 und 25, Anerkennungs-gesetz und Anerkennungsfonds, sowie 12 und 31, Methodik und Festlegung des Trendsteuerepfades, 14, 15, 18, 19, 28, 29, 43, Anträge zur Rader Hochbrücke, zum Weiterbau der A 20, zur festen Fehmarnbelt-Querung, zum Schienenverkehr sowie zum Nahverkehrsplan der Landesregierung.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 20. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zwei-stündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. Erlauben Sie mir noch den Hinweis, dass der Ältestenrat heute Mittag Gäste aus Frankreich empfängt. - Zu dem Verfahren höre ich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Kronshagen und der Lilli-Martius-Schule Elmschenhagen sowie unseren ehemaligen Kollegen Poppendiecker. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Teil 1: Einigung bei der EEG-Reform, Perspektiven für den Norden

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Energiewende geht es um richtigen Wind und um das, was für das Land gut ist. Es geht nicht um den Wind, der teilweise hier in diesem Haus künstlich erzeugt wird. Es geht vor allem darum, die Energiewende zu einem Erfolg zu machen.

(Zurufe CDU)

- Regen Sie sich doch nicht schon so früh auf. Sie brauchen Ihren Bluthochdruck noch den ganzen Tag lang. - Es geht vor allem darum, die **Energiewende** zu einem Erfolg zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass beim Energiekonzept und bei der Energiewende Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und ökologische Vernunft zusammenkommen. Das ist nämlich notwendig. Ich beglückwünsche den Herrn Ministerpräsidenten zu seinem Verhandlungserfolg im Bund.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU: Oh!)

Als jemand, der eher in den leiseren Tönen zu Hause ist, muss ich sagen: Ich habe Respekt davor, was mit lauten Tönen erzeugt werden kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Ernst: Man kann sehen, dass es einen Unterschied macht, wenn für die Landesregierung Schleswig-Holstein in Berlin jemand verhandelt, der die Energiewende wirklich will. Daher ist herausgekommen, was herauskommen musste und was für das Land Schleswig-Holstein eine einzigartige Wertschöpfungschance bedeutet. Dies ist im Übrigen auch für die von mir genannten Kriterien der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit und der ökologischen Vernunft unabdingbar notwendig.

Diese Energiewende muss widerspruchsfrei geplant werden. Deshalb musste das **Erneuerbare-Energien-Gesetz**, das bei seiner Einführung ein großartiger Systemumschwung war, geändert werden, weil wir natürlich darauf achten müssen, dass das, was da geschieht, für die normalen Bürger bezahlbar ist. Gleichzeitig dürfen die erneuerbaren Energien nicht abgebremst werden. Logischerweise bestehen Verhandlungen aus Kompromissen zwischen Regionen und auch aus schwierigen Kompromissen zwischen Deutschland und der Europäischen Union. Hier gibt es sicher noch das eine oder andere, worüber zu reden ist: Die Direktvermarktung muss so gestaltet

(Dr. Ralf Stegner)

sein, dass auch Bürgerwindparks bestehen können. Altanlagen müssen Bestandsschutz genießen, und wir brauchen - was Investitionen angeht - Vertrauensschutz. Bei den Ausschreibungsmodellen muss ein Pilotprojekt durchgeführt und evaluiert werden, und wir werden im Bundesrat noch ein Verfahren haben, bei dem - was die Fristen angeht - noch das eine oder andere thematisiert wird.

Schleswig-Holstein ist und bleibt Motor der Energiewende, und das wird auch nicht geändert. Das hat Bestand, und das ist sehr wichtig für unser Land, für die Menschen hier und die Chancen, die damit verbunden sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen bis 2020 in Schleswig-Holstein 300 % des theoretischen Verbrauchs aus erneuerbarem Strom produzieren. Der Ministerpräsident hat das erreicht, was die „Nörgel-Opposition“ hier im Haus bezweifelt hat. Sie hat bezweifelt, dass uns dies gelingen wird.

Ich habe viele Cassandra-Rufe darüber gelesen, was dabei herauskommt. Herausgekommen ist etwas ganz anderes: Die **Onshore-Windenergie** ist nach wie vor die günstigste erneuerbare Energieform. Davon profitiert nicht nur der Norden, sondern die ganze Republik. Deshalb wollten wir keine Deckelung der Windkraft durch den Bund, die wir nicht tragen können. Daher ist es wichtig, dass das Repowering nicht wie bisher geplant eingerechnet wird, sondern dass dieser Bereich außen vor bleibt. Das ist ein gutes Ergebnis. Das heißt: Dort, wo der Austausch älterer Windkraftanlagen durch neuere und leistungsstärkere Anlagen erfolgt, kann Schleswig-Holstein seine Ausbauziele im Bereich der Windenergie vorantreiben.

Man sieht noch etwas anderes: Es macht Sinn, mit der **Europäischen Union** zu verhandeln. Wir sind ein Industrieland. Daher müssen wir darauf achten, dass unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Das, was Schwarz-Gelb gemacht hatte, nämlich die Ausnahmen so weit nach oben zu treiben, konnte in Europa jedoch nicht gut gehen. Es werden jetzt 400 bis 500 Unternehmen weniger sein, die betroffen sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ah!)

Insgesamt wird es so sein, dass wir mit den Ausnahmen, so wie sie jetzt bestehen, werden leben können. Die Einigung mit der Europäischen Union ist sehr wichtig, weil ich glaube, dass man in Europa auf die stärkste Volkswirtschaft guckt. Man

schaut auf die 82 Millionen Einwohner in Deutschland und darauf, ob wir die Energiewende schaffen. Daher glaube ich, dass es gut gewesen ist, dass der Energieminister dies durchgesetzt hat. Er konnte dies auch deshalb durchsetzen, weil die Einigung, die wir im Koalitionsvertrag zwischen den Regionen, dem Industrievier in Nordrhein-Westfalen und den nord- und süddeutschen Ländern erzielt haben, nicht zu Kompromissen geführt hat, die man nicht tragen kann.

Alles in allem ist das, was wir wollten, gut gegangen. Der erste Schritt ist getan. - Ihnen fällt vor Schreck die Kamera runter, aber die Energiewende klappt trotzdem. Ich kann nur sagen: Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg. Wir haben eine gute Landesregierung. Wir haben ein gutes Energiekonzept. Alles gut. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer, der Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Windenergie** macht in der Tat den Löwenanteil an der erneuerbaren Energieversorgung aus. Sie ist der Motor der Energiewende, insbesondere in Schleswig-Holstein, aber auch in Deutschland insgesamt.

Deshalb ist es richtig, dass wir eine **Reform des EEG** brauchen, die genau diesen Tatsachen Rechnung trägt. Wir brauchen eine Reform, die den Ausbau der Windenergie im Norden fördert, anstatt ihn zu bremsen. Wir brauchen eine Reform, die auf Potenziale und unsere ganz spezifischen Standortvorteile bei der Windenergie setzt. Wir brauchen eine EEG-Reform, die niedrige Produktionskosten fördert und damit die Kosten für die Verbraucher niedrig hält und begrenzt.

Deswegen sind die **Eckpunkte**, die **Bundeswirtschaftsminister** Gabriel im Januar vorgestellt hat, für uns nicht tragbar. Wir haben schon damals klar gesagt: Windenergie muss dort gefördert werden, wo sie kostengünstig produziert wird. Das ist nun einmal dort der Fall, wo der Wind stark weht, und das ist hier in Schleswig-Holstein. Deshalb hat die CDU bereits im Januar Nachbesserungen bei der anstehenden EEG-Novelle gefordert.

(Johannes Callsen)

Selbst Ministerpräsident Albig - Kollege Stegner hat es angesprochen - hat erkannt, welche Bedeutung die EEG-Reform für Schleswig-Holstein hat. Die jetzt erzielte Einigung zwischen Bund und Ländern ist deswegen ein wichtiges Signal für die Energiewende. Es ist gut, dass alle zusammenarbeiten und alle gemeinsam die Energiewende für unser Land voranbringen wollen.

Ein Grund für Jubelausbrüche, wie sie der Ministerpräsident in seiner Pressemitteilung am 2. April 2014 zum Ausdruck gebracht hat, ist diese **Einigung** aber nicht. Diese Einigung bedeutet nämlich für Schleswig-Holstein Licht und Schatten.

Licht gibt es bei der geplanten **Obergrenze** für den **Windkraftausbau**. Es ist ein Erfolg für unser Land, dass das Repowering beim Ausbau der Windkraft nicht auf diese Obergrenze angerechnet werden soll. Dafür haben sich auch unsere CDU-Bundestagsabgeordneten in Berlin eingesetzt.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie Ihre Erwartungen in fast allen Punkten erfüllt sehen, dann ist das eine etwas vernebelte Sichtweise; denn die Einigung sieht auch vor, dass **schlechte Windstandorte außerhalb des Nordens** künftig mehr Geld erhalten, um dort teurere Windkraft zu produzieren. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Dafür werden am Ende die Verbraucher in ganz Deutschland über die Strompreise die Zeche zahlen. Darüber muss gesprochen werden.

Meine Damen und Herren, große Schatten sind insbesondere bei der Frage der **Stichtagsregelung** zu sehen. Auch dieser Punkt muss im weiteren parlamentarischen Verfahren besprochen werden.

In Schleswig-Holstein gab es zum Jahreswechsel 457 nicht entschiedene Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windkraftanlagen. 457 Anträge liegen seit Monaten auf den Schreibtischen der Genehmigungsbehörden des Landes und warten darauf, bearbeitet zu werden.

Herr Ministerpräsident Albig, das ist Ihre Verantwortung im Land. Sie sind nicht nur mit Ihrer Forderung nach einem anderen Stichtag gescheitert. Sie sind auch gescheitert bei der Frage der schnellen **Genehmigung von Anträgen** durch Ihre eigenen Behörden in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

Die meisten Windmüller können nun einmal nichts dafür, dass die Behörden, für die insbesondere Minister Habeck zuständig ist, so lange für die Be-

arbeitung von Anträgen brauchen. Weil Herr Habeck und seine zuständigen Behörden nicht in die Puschen kommen, drohen Windenergieinvestoren den wichtigen Vertrauensschutz für ihre Objekte zu verlieren.

Herr Albig, Ihre Landesregierung muss ihre Hausaufgaben machen. Windkraftinvestoren brauchen Planungssicherheit. Ihr Investitionswille darf nicht am Bürokratiedschungel des Landes scheitern. Die Landesregierung ist schon jetzt nicht in der Lage, die Anträge auf Errichtung von Windkraftanlagen abzuarbeiten.

Mit dem neuen **Denkmalschutzgesetz** schaffen Sie noch einmal zusätzliche Bürokratie, die es der Energiewende in Schleswig-Holstein schwer machen wird. Auch deswegen sollten Sie das neue Denkmalschutzgesetz sofort stoppen.

(Beifall CDU)

Damit werden Verfahren verlängert und Investoren verunsichert. Zudem werden damit Windeignungsflächen, die längst genehmigt sind, wieder infrage gestellt.

Herr Albig, machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben hier im Land! Sorgen Sie dafür, dass Ihre Minister dies auch tun! Sorgen Sie dafür, dass Investoren in Schleswig-Holstein investieren können! Es liegt in Ihrer Verantwortung, dass die Energiewende in diesem Bundesland zum Erfolg wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Es hätte schlimmer kommen können. Der harte Aufschlag aus dem **Bundeswirtschaftsministerium** im Januar dieses Jahres konnte abgewehrt werden - zumindest teilweise. Torsten Albig und Robert Habeck haben für Schleswig-Holstein erfolgreich gekämpft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Modernisierung alter Windkraftanlagen fällt nicht hinten rüber. Das ist ein wichtiger Erfolg.

(Eka von Kalben)

Ich brauche hier nicht zu betonen, wie wichtig **Windkraft** für Schleswig-Holstein aus **ökonomischer Sicht** ist; denn Windkraft schafft Arbeitsplätze.

Es geht aber nicht nur um Schleswig-Holstein, auch wenn Sie erfolgreich für unser Land gekämpft haben. Es geht um die Energiewende insgesamt. Wir sind uns einig, dass wir aus der **Atomkraft aussteigen** wollen, und zwar wollen wir in eine klimafreundlich Richtung aus der Atomkraft aussteigen. Noch heute produzieren wir in Atomkraftwerken Müll, von dem wir nicht wissen, wo er gelagert werden soll. Das ist ein Skandal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Doch so einig, wie wir uns in diesem Haus beim Atomstrom sind, so einig müssen wir uns auch bei der Abschaltung von **Kohlestrom** sein. Die Gabriel-Novelle ist und bleibt ein Bestandsschutz für Kohlekraftwerke. Das Ziel der Energiewende muss aber sein, perspektivisch grundsätzlich auf fossile Energieträger zu verzichten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es gibt einen zweiten Punkt, den wir kritisieren. Die Energiewende muss ein Bürgerprojekt bleiben. Es ist ein großes Manko, dass die EEG-Novelle offensichtlich dazu führt, dass gerade die **Bürgerenergie**, die wir voranbringen wollen, einen Schritt zurückgeworfen wird. Es wäre eine großartige Chance gewesen, das Monopol der Energiekonzerne zu brechen. Das ist leider nicht gelungen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind aber diejenigen, die in ihrem Garten oder auf ihrem Acker die Windräder und die Biokraftanlagen akzeptieren sollen. Sie sind diejenigen, über deren Schulhöfe unter Umständen Stromtrassen gebaut werden. Sie werden auch diejenigen sein, die höhere Strompreise akzeptieren müssen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Akzeptanz für die Energiewende, die vor einigen Jahren mit großer Verve begonnen hat, nicht aufgeben. Deshalb muss der Mittelstand stärker als die großen Konzerne von der Energiewende profitieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade der Mittelstand in Schleswig-Holstein schafft Arbeitsplätze. Das führt dazu, dass wirklich jeder Mensch von der Energiewende direkt profitieren kann.

Das EEG wurde in den vergangenen Jahren für einige soziale Probleme und vor allen Dingen immer für steigende Strompreise verhaftet. Jetzt wird die EEG-Umlage um 0 Cent reduziert, dies auf Kosten einer maximalen Verunsicherung der Produzenten.

Wer bindet denn im Mittelstandsland Deutschland sein Geld über lange Zeit in Windenergie, wenn es keine **gesicherte Einspeisevergütung** gibt? Wir Grüne stehen für die Bürgerenergie. Wenn wir die Energiewende wollen, muss gewährleistet sein, dass die Mitte unserer Gesellschaft an der Energiewende beteiligt ist.

Ein Blick nach vorn: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regelungen beim EEG sind nun beschlossen. Allzu viel wird sich nicht mehr ändern lassen. Deshalb gilt es umso mehr, den Blick auf die Punkte der Energiewende zu richten, die bisher vernachlässigt wurden: Energie einsparen und Energieeffizienz. Hier können noch wahnsinnige Reserven gehoben werden. Energiewende spielt nicht nur bei der Produktion eine Rolle, sondern auch beim Verbrauch und genauso im Verkehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Verkehrsbereich brauchen wir eine Perspektive jenseits der fossilen Energien.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Mobilität, die das Klima weniger belastet. Ich freue mich auf die Debatte zu diesem Thema am Freitag.

Zusammenfassend lassen Sie mich sagen: Die Kosten der Energiewende landen einseitig bei den privaten Haushalten und bei den nicht privilegierten Unternehmen. Nicht der schnelle Ausbau wird betrieben, sondern ausgebremst, nicht das Klima wird geschont, sondern die klimakillenden Betriebe. Was wurde erreicht? - Eine starke Verunsicherung der Produzenten und eine schlechtredende Energiewende, viel Lärm, viel Porzellanschaden und wenig Erfolg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stegner, es tut mir fast schon ein bisschen

(Oliver Kumbartzky)

leid, dass ich Ihre Party jetzt ein wenig stören muss. Aber Sie sollten wirklich aus Ihrer kollektiven energiepolitischen Selbsthypnose aufwachen.

(Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war ein toller Satz, Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch!)

Das, was gestern von der **Bundesregierung** beschlossen worden ist, ist kein großer Wurf, sondern eine wirklich mutlose Schmalspurreform, es war eher ein kleines Reförmchen. Der große Verlierer - und das müssen wir festhalten - ist und bleibt der Verbraucher.

(Beifall FDP)

Die Beschlüsse werden die **Verbraucher** zahlen müssen. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat die Kosten ausgerechnet. Bis zum Jahr 2020 gibt es zusätzliche Belastungen für einen Durchschnittshaushalt von ungefähr 84 € jährlich. Ich finde es mittlerweile wirklich bedenklich, dass gar nicht mehr über die Senkung von Strompreisen gesprochen wird, sondern dass man es sogar hinnimmt, dass die Strompreise steigen. Man gibt sich schon damit zufrieden, dass diese nicht ganz so stark steigen. Das kann es wirklich nicht sein. Dieses vorsichtige Drehen an den Stellschrauben ist nicht mehr der richtige Weg. Da muss sich wirklich etwas Grundlegendes ändern.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Stichwort **Stromsteuer**. Dies war ein SPD-Wahlkampfthema. Und Minister Gabriel hat sie auch noch einmal vor der Runde der Ministerpräsidenten auf das Tableau gebracht. Der Staat ist bei der Stromsteuer ja nicht nur Preistreiber, sondern auch Profiteur steigender Energiepreise. Denn die Stromsteuer wird ja am Schluss der Rechnung noch hinzugefügt. Je mehr die EEG-Umlage steigt, desto höher sind auch die Einnahmen bei der Stromsteuer sowie bei der Mehrwertsteuer.

Ich bin der Meinung, dass man die Steuern zumindest um dieses Delta senken sollte beziehungsweise ganz auf das Niveau des von der EU geforderten Mindestmaßes reduzieren sollte. Es ist wirklich höchst bedauerlich, dass es für die SPD offenbar kein Thema mehr ist.

(Beifall FDP)

Und anstatt teure Wahlgeschenke zu verteilen, die nur wenigen nützen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der Solarbranche zum Beispiel!)

wäre die Senkung der Stromsteuer etwas, was wirklich allen nützt.

Meine Damen und Herren, die Regierung hat wirklich die Chance vertan, die Energiepolitik neu zu konzipieren, hin zu mehr **Marktintegration**. Denn genau das brauchen wir. Ziel muss doch sein, dass die EEG-Förderung irgendwann abgelöst wird und dass die Erneuerbaren verstärkt dem Markt zugeführt werden.

Da ist beispielsweise das **Quotenmodell** eine Lösung. Denn gerade bei diesem Quotenmodell würde sich die wirtschaftlichste Energiegewinnung durchsetzen. Das ist nun einmal die Windenergieerzeugung in Schleswig-Holstein. Daher müsste Schleswig-Holstein dieses Modell auch nicht fürchten.

(Beifall FDP - Wortmeldung Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage, weil wir eine Aktuelle Stunde haben. Aktuell ist es ja so, dass das EEG in der jetzigen und in der gestern beschlossenen Form weiterhin dafür sorgt, dass eben nicht dort die Energieanlagen aufgebaut werden, wo es am günstigsten und am wirtschaftlichsten ist, sondern dort, wo am meisten Platz ist.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht nur eine Markt-, sondern auch eine **Netzintegration**. Ich kann nicht in das Loblied auf die Herren Albig und Gabriel einstimmen, da es noch viele offene Punkte gibt. Das ist beispielsweise die Stichtagsregelung. Der Vertrauensschutz spielt offenbar keine Rolle. Frau von Kalben hat es schon richtig angesprochen: Bei der Energieeffizienz und der Energieeinsparung sowie bei dem Thema Forschung und Förderung von Stromspeicheranlagen tut sich bislang gar nichts.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Energiewende endlich auch einmal europäisch denken. Deutschland darf sich da nicht abschotten. Wir brauchen einen europäischen Energiebinnenmarkt, der endlich auch vollendet werden muss.

(Beifall FDP)

So, wie es jetzt läuft, verspielt man das **Vertrauen in die Energiewende**. Damit werden die Akzeptanz sowie dieses wirklich wichtige und gute Projekt der Energiewende gefährdet. Wenn die Akzeptanz verloren geht, ist die Energiewende massiv bedroht. Die Verbraucher werden immer mehr belastet, die Unternehmen stehen vor immer größeren Unsicherheiten. Gerade bei dem Thema der Wettbewerbsfä-

(Oliver Kumbartzky)

higkeit stehen wir vor großen Problemen. Wenn wir uns die Strompreise im EU-Durchschnitt, in den USA oder in China anschauen, stellen wir fest, dass die Strompreise dort wesentlich niedriger sind. Die Regierung darf eben nicht tatenlos zusehen, wie deutsche Unternehmen steigende Preise hinnehmen müssen und es so zu einer schlechteren Wettbewerbsfähigkeit kommt.

Außerdem müssen auch Themen wie Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

viel mehr in den Fokus kommen, Frau von Kalben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Anders kann ich mir das nicht erklären!)

Frau von Kalben, wir brauchen viel mehr den Fokus auf die **Wirtschaftlichkeit** und die **Versorgungssicherheit**. Das muss auf das gleiche Niveau gebracht werden wie die Bedeutung des Klimaschutzes, den wir natürlich auch alle wollen.

Meine Damen und Herren, ich möchte enden. Der gestrige Tag war ein schlechter Tag, ein schlechter Tag für die Verbraucher und für den Mittelstand. Es muss wirklich in dieser Legislaturperiode zu einer Generalinventur in der Energiepolitik kommen sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene.

Wachen Sie endlich auf, und gehen Sie diesen Weg mit! Ich lade Sie dazu ganz herzlich ein.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist der Test, ob meine Sprache hält. Ich denke aber, das geht.

Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde lautet: „Perspektiven für den Norden“. Aufgrund der gestrigen Beschlusslage im Bundestag und dem, was heute in Brüssel vorgestellt wird, können wir über endgültige Maßnahmen beraten. Die Stellungnahmen der Fraktionen außerhalb der Koalition waren sehr unterschiedlich nach dem 1. April 2014: von „wir haben gesiegt“, „wir haben es geschafft“ bis „es bleibt noch viel zu tun“. Das ist heute auch deutlich geworden.

Ich möchte das bewerten, was wir bis heute an Fakten wissen. Das, worauf sich **Bund und Länder geeinigt** haben, ist leider kein entschlossener Neustart, sondern eine Mogelpackung. Die Zeche zahlt natürlich wieder der Verbraucher,

(Beifall PIRATEN)

und die Wirtschaft diktiert.

Werte Kolleginnen und Kollegen, nicht der Politik, nicht dem Ministerpräsidenten, der das mit ausgedacht hat, haben wir die wirklichen **Zahlen** zu verdanken, sondern dem „Spiegel“, der ein Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht hat. Ihnen lagen die Zahlen vor, von Ihnen haben wir sie aber nicht bekommen.

Wir wissen zwar jetzt, dass ab 2017 eine neue Regelung kommt. Achten Sie bitte auf das Datum 2017. Zu diesem Zeitpunkt ist die Koalition im Bund am Ende, genauso wie die Koalition in Schleswig-Holstein. Bis zu diesem Termin soll es nicht wesentlich teurer werden. Aber dann wird die Rechnung neu aufgemacht. Was für ein Zufall.

Nur für die Verbraucher ist es nicht nett, was Sie dort ausgehandelt haben. Ich will Ihnen auch sagen, was tatsächlich eine Perspektive für den Norden ist. Es sind zum ersten Mal Bürgerinnen und Bürger für die Energiewende auf die Straße gegangen, nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der gesamten Republik.

(Beifall PIRATEN)

Ich garantiere, sie werden wieder auf die Straße gehen.

Herr Kollege Stegner, es ist eben nicht der Erfolg Ihrer Koalition und auch nicht der der Großen Koalition. Für diesen schlechten Kompromiss haben Sie selbst Verantwortung zu tragen, weil Sie die Große Koalition dort hingetragen haben. Die Verbraucherschützer werden heute ankündigen, dass sie eine **verfassungsgerichtliche Klage** gegen die sogenannte EEG-Reform prüfen werden. Das zeigt, dass sich die **Verbraucher** nicht mit dieser intransparenten Politik zufriedengeben können.

Das ist kein Gabriel-Bashing. Das habe ich nicht nötig; denn Sie haben es ebenso mit zu verantworten.

Man muss fairerweise sagen, dass der Kollege Dr. Ramsauer vollkommen zu Recht die Auszeichnung des Blackouts des Monats März für seine Aussage bekommen hat, „dass man sich vorher hätte überlegen müssen, welche Folgen die Energiewende für die Stromtrassen habe, und dass derjeni-

(Angelika Beer)

ge, der die Preise wieder senken wolle, zurück zur Atomkraft müsse.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, das klingt wie ein Brummen aus dem tiefen Bayerischen Wald.

Aber die Alarmglocken bei uns läuten, wenn man hört, dass auch die Bundeskanzlerin sagt, die **Energiewende** gehöre erneut **auf den Prüfstand**, und wenn die Krimkrise und der Konflikt zwischen der Ukraine, Russland und der EU um die Krim für manchen deutschen Politiker dafür herhalten muss, nach Fracking in Deutschland zu rufen. Das ist nicht nur ein politisch gefährliches Spiel, sondern gefährdet auch die Zukunft unserer Umwelt und der Menschen.

Herr Albig, Sie haben keinen uneingeschränkten Erfolg erzielt. Ich gehe auf den Strompreis nicht noch einmal ein. Sie werden mit der Äußerung am 4. April 2014 zitiert:

„Wir haben auch eine starke Energiewirtschaft, und wer weiß, vielleicht kommt die Speichertechnik der Zukunft aus Schleswig-Holstein.“

- Bislang, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist davon leider sehr wenig zu bemerken. Der Bericht, den wir im Oktober des vergangenen Jahres bekommen haben, zeigt, dass dort eine riesige **Investitionslücke** existiert und dass wir jetzt länderübergreifend - damit meine ich nicht nur Hamburg, sondern Dänemark und die Europäische Union - in die **Speichertechnik** investieren müssen, um zukünftig die Energie aus Erneuerbaren sinnvoll einsetzen zu können. Denn sonst wird es auch in Schleswig-Holstein nichts mit der Energiewende.

(Beifall PIRATEN)

Deshalb sage ich Ihnen ganz klar: Für diese Technologie, die noch in den Kinderschuhen steckt, bekommen Sie unsere volle Unterstützung. Ich erinnere an die Aussagen, die in den letzten Tagen aus den Reihen der Großen Koalition kamen. Da wurde von der „Monstertrasse“ gesprochen und von drohender Deindustrialisierung. Wer versucht, eine so schlechte Reform, die noch nicht einmal diesen Namen verdient, damit wieder gutzureden, der verpasst die Chancen und will - da ist der Vorwurf gerechtfertigt - die Energiewende nicht wirklich, sondern lobt den Kohlekompromiss, der in NRW unter einer SPD-Ministerpräsidentin gefunden worden ist. Das ist der Rohrkrepierer für die Energiewende.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen sagen wir: Wir wollen eine transparente, sozial gerechte Energiewende. Ich kann nur auf den

Bericht der Bürgerbeauftragten hinweisen, die das ebenso fordert wie wir. Die SPD lehnt das bisher in den Ausschüssen ab. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor zwei Wochen war ich bei einer Sitzung bei der **Wirtschaftsfördergesellschaft Nordfriesland**. Dort hat man uns vonseiten der nordfriesischen Wirtschaftsförderung deutlich gemacht, was es für die Arbeitsplätze bedeutet hätte, wenn die Pläne der Großen Koalition Wahrheit geworden wären. Das hätte die Region, aus der ich komme, massiv getroffen. Wir reden über mehrere hundert Arbeitsplätze allein in Nordfriesland, die durch diese Pläne bedroht waren.

Angesichts der Tatsache, dass circa **4.000 Arbeitsplätze** direkt von den erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein abhängig sind, war es sehr wichtig, den Rücken gerade und in Berlin unsere Interessenlage deutlich zu machen, auch wenn wir selber keine konkreten, direkten Einflussmöglichkeiten in Gesetzgebungsverfahren haben. Deshalb bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, dass er genau das getan und damit Arbeitsplätze bei uns in der Region gesichert hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist schön, dass Schleswig-Holstein in Berlin wieder gehört wird. Das war in der Vergangenheit nicht immer so. Ich bin froh, dass das jetzt geklappt hat. Wir werden keine Deckelung des Ausbaus an Land bekommen, sondern das **Repowering** wird weiterhin für sich selbst stehen. Wir werden 2.500 MW ausbauen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nicht in Schleswig-Holstein!)

Das ist ein Riesenerfolg, weil die Windenergieproduzenten genau das, lieber Kollege Kubicki, von uns eingefordert haben als Mindestmaß dessen, was man ausbauen kann und will und was durch die Politik ermöglicht werden soll.

Gleichzeitig werden - das ist insbesondere für Schleswig-Holstein wichtig - **Hochseewindparks**

(Lars Harms)

weiterhin nicht gebremst werden. Es wird möglich sein, 6.500 MW - das ist ein realistischer Wert - auszubauen. In der Planung werden sogar 7.700 MW zulässig sein. Man kann jetzt tatsächlich sagen: Die Grundlagen wurden vernünftig gelegt.

Natürlich gibt es in einzelnen Punkten noch Schwierigkeiten. Angesprochen wurde bereits die **Stichtagsregelung** für Projekte. In der Tat werden Projekte über mehrere Jahre geplant, sodass die Finanzierung an den Grundlagen ausgerichtet ist, die in der Vergangenheit gegolten haben. Hier bleibt auch noch etwas für die Bundespolitik nachzusteuern, damit nicht Projekte, die jetzt angelaufen sind, „hinten runterfallen“ müssen.

Der Hauptpunkt, der meiner Meinung nach beachtet werden muss, ist die Frage, was eigentlich auf **Verbraucherseite** geschieht. Der Vorschlag, den wir bekommen werden und bei dem wir unseren Einfluss geltend gemacht haben, erhöht tatsächlich die Kosten für die Verbraucher. Das muss man so feststellen. Was wäre allerdings die Alternative, wenn wir die erneuerbaren Energien nicht ausbauen würden? - Die Alternativen wären Atom und Kohle. Beide sind hoch subventioniert, wir zahlen es nur anders, nämlich über die Steuern.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kosten dafür sind wesentlich höher. Auch die Gefahren der strahlenden Altlasten sind sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Diese Dinge müssen wir, wenn wir es können, zurückfahren. Deswegen denke ich, dass der Weg, der jetzt gegangen wird, der richtige ist.

Es gibt noch zwei andere Preistreiber, die man hier nennen muss. Das sind zunächst die Rabatte an die Unternehmen. Die EU sagt ganz klar, dass das unerlaubte Beihilfen sein könnten. Man spricht davon, dass 500 der 2.100 derzeit befreiten Unternehmen in Zukunft nicht mehr befreit würden. Man muss ganz klar sagen: Würde es bei den 2.100 Unternehmen bleiben, ginge dies zulasten der Verbraucher. Sie müssten das bezahlen. Wer also das Wort der Verbraucher führt, kann nicht gleichzeitig auch das Wort der Unternehmen führen. Hier muss austariert werden. Ich meine, das ist vernünftig.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Lieber Kollege Kubicki, ein zweiter Preistreiber ist in Bezug auf die Windenergie die Tatsache, dass **windschwache Standorte** im Süden weiterhin vergleichsweise hohe Vergütungen bekommen sollen. Das ist ein Problem. Natürlich gönne ich es den

süddeutschen Ländern, dass auch sie sich an der Energiewende beteiligen können. Allerdings führt das unter ökonomischen Gesichtspunkten zu einer Schieflage. Denn im Süden werden Dinge gefördert, die im Norden preiswerter zu haben wären. An diesem Punkt muss man vielleicht noch einmal nachsteuern.

Ein wichtiger Punkt in den Verhandlungen und für mich aus schleswig-holsteinischer Sicht der entscheidende Punkt ist, dass wir weiterhin **Bürgerwindparks** ermöglichen müssen. Wir müssen erreichen, dass die geplanten Ausschreibungen nicht für Windparks gelten, die auch von Bürgern selber betrieben werden können. Möglicherweise können dazu Grundlagen geschaffen werden, die sich an den Flächen, am Ertrag oder auch an der Anzahl der Anlagen orientieren, sodass man sagen kann: Bestimmte Bereiche sind von den Ausschreibungen ausgenommen, damit Bürgerwindparks, die insbesondere in Schleswig-Holstein ein Erfolgsmodell sind, weiterhin eine Chance haben. Denn mit diesen Windparks wird gerade bei uns in der Region Wirtschaftskraft generiert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Lars Harms [SSW]:

Ich werde zum Schluss kommen. Meine Damen und Herren, diese Bürgerwindparks sollten wir erhalten.

Die Zwischenziele sind erreicht. Die schleswig-holsteinische Wirtschaft wird unterstützt. Wir haben eine nachhaltige Energiewende gesichert und Perspektiven für Arbeitsplätze und die Wirtschaft hier in der Region. Das hat der Ministerpräsident hervorragend gemacht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Beschlussfassung** der **Bundesregierung** zum EEG vom gestrigen Tage ist eine gute. Sie ist auf der Basis intensiver Verhandlungen entstanden, die alle Länder, alle gesellschaftlichen

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Gruppierungen, in den letzten Monaten geführt haben. Daran haben die meisten von uns teilgenommen. Beteiligt waren grüne Minister, schwarze und rote Ministerpräsidenten und wahrscheinlich auch Parteivorsitzende. In keiner Äußerung, lieber Herr Callsen, lesen Sie, dass das nur ein Ministerpräsident war. Ich versichere Ihnen, auch Sie waren daran beteiligt. Ich danke Ihnen herzlich. - Nein, auch die haben das nicht gesagt. Wir alle im Norden haben das miteinander geschafft. Meinen Sie nicht, dass wir es irgendwann einmal der staunenden Öffentlichkeit erklären können - so eine ganze kurze Sekunde lang -: Wir haben tatsächlich etwas gemeinsam geschafft. Wir halten das eine Sekunde aus, und der nächste Satz lautet nicht: Irgendwie war es doch nicht so toll, Herr Ministerpräsident. Glauben Sie, irgendetwas bricht Ihnen aus der Krone, wenn wir das miteinander verkünden?

(Zuruf CDU)

- Er muss ja nicht, aber Sie könnten schon.

(Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Debatten, auch mit der Frau Bundeskanzlerin, waren extrem konstruktiv, auch wenn sie in vielen Positionen eine andere Meinung vertritt als ich. Das, was die Nord-CDU genauso wie die Nord-SPD dazu beigetragen hat, hilft.

Bei dem Projekt stellen wir fest: Ja, es gibt ziemlich viele **unterschiedliche Positionen**. Es gibt Länder, die haben Biomasse, die kämpfen für Biomasse. Es gibt Länder, die haben Braunkohle, die kämpfen für Braunkohle. Es gibt Länder, die sind mehr mittelständisch, die kämpfen für den Mittelstand. Es gibt Länder, die sind mehr großindustriell, die kämpfen für Großindustrie. Trotzdem ist es uns gestern gelungen, bei einem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz, das Verfahren bis zum Kabinettsbeschluss voranzubringen, einen **Kompromiss** auszuarbeiten, der von allen 16 Ländern getragen wird. Alle 16 Länder haben erklärt, dass sie wegen dieses Gesetzes den Vermittlungsausschuss nicht anrufen werden. Alle Länder haben die Idealposition, die sie durchsetzen würden, wenn sie die absolute Mehrheit sowohl im föderalen System des Bundesrats als auch der Bundesregierung hätten, hintangestellt. Die Möglichkeit, die eigene Idealposition durchzusetzen, wird es so schnell nicht geben. Daher werden wir Kompromisse erzielen müssen.

Wenn wir gucken, was wir miteinander erreicht haben, dann ist das nicht so schlecht. Gemessen an dem Referentenentwurf ist das nicht so schlecht. Wir haben erreicht, dass es **keinen Deckel** gibt, der

Onshore-Wind in Schleswig-Holstein, im Norden, so deckelt, dass der Bereich nicht mehr ausgebaut werden kann. Es ist ein großer Erfolg, dass wir uns da gemeinsam durchgesetzt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dadurch, dass wir **Repowering** rausgezogen haben und die Bundesregierung das gegen heftigen Widerstand in den Debatten jetzt mitträgt, haben wir sichergestellt, dass wir unsere Ausbauziele in Schleswig-Holstein, die Richtung 9 GW im Jahr 2020 gehen, erreichen können. Wir können sie erreichen.

Es ist ein Erfolg, dass wir das **Referenzertragsmodell** gegenüber dem Referentenentwurf so angepasst haben, dass es sowohl bei der Dauer der Vergütungszeit als auch bei der Höhe der Vergütung bis zu einem Wert von ungefähr 130 % besser ist als das Modell, das die Bundesregierung vorgelegt hat. Es ist für unsere Windmüller besser. Es hilft zwar auch denen, die einen 70%-Standort haben, wir brauchen in Deutschland aber auch 70%-Standorte.

Eine Debatte, wir sind im Norden und allein in der Welt, ist nicht durchsetzbar. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben auch Interesse an dieser Energie. Es ist mir allemal lieber, sie nutzen diese Energie als Kohle, Gas oder irgendetwas anderes. Es ist sinnvoll, sie dabei zu unterstützen. Die Entwicklungszyklen in diesem Bereich sind so, dass wir auch dort zu einer effizienten Windenergie kommen. Das hilft auch uns, denn wir sind an den 100%-Standorten besser.

Es war ein Erfolg, dass die Bundesregierung davon Abstand genommen hat, dass sie schon in diesem Gesetz eine **fixe Ausschreibungsvorstellung** formulieren wollte. Sie wollte es mit Berufung auf Brüssel tun. Sie hat davon Abstand genommen. Wir werden in Brüssel damit auch Erfolg haben. Wir werden erst einmal im Bereich der **Photovoltaik** lernen. Wir schauen uns an, was das bedeutet, und dann übertragen wir das bis 2017 in ein neues Regime. Wir bekämpfen gar nicht die Ausschreibungslogik. Wir glauben, dass darüber auch Preiseffekte erzielt werden können. Es ist gut, wenn wir lernen und dann die Schlussfolgerungen für Windenergie ziehen, insbesondere - auch hier sagt die Bundesregierung etwas, was sie vorher nicht gesagt hat - unter der besonderen Berücksichtigung von **Bürgerwindparks**. Wenn wir das gegeneinander abwägen, ist es ein Erfolg, den wir erzielt haben.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Wir waren in manchen Dingen auch nicht erfolgreich. Es gab bei der Bundesregierung, weder beim SPD-Wirtschaftsminister noch bei der CDU-Bundeskanzlerin, bei der Frage der **Übergangsregelung** keine Bewegung, obwohl diese keinerlei EEG-Auswirkung hat. 0,006 Cent wären die Auswirkungen gewesen. Da waren wir nicht erfolgreich. Ich bitte Sie herzlich, wo immer Sie die Frau Bundeskanzlerin treffen, berichten Sie ihr, dass Sie es genauso sehen wie der Ministerpräsident und dass sie ihm wirklich glauben kann: es kostet nichts. Frau Bundeskanzlerin, Sie können das machen.

Das, was wir an Streitverfahren vor Verwaltungsgerichten in Deutschland haben, wird teurer sein als das, was wir EEG-mäßig einsparen. Es wäre schön, wenn wir das noch gemeinsam hinkriegen könnten. Die Bundestagsabgeordneten, die dafür stehen, und Sie sind herzlich aufgefordert, dafür zu werben, dass der letzte noch fehlende Punkt EEG-mäßig irrelevant ist. Dann haben wir eine runde Sache, für die wir uns gegenseitig ein wenig - man muss ja nicht übertreiben - feiern. Typisch norddeutsch könnten wir sagen: Es war ja nicht so schlecht. Jedenfalls sagen es mir die Unternehmen in diesem Land, dass es nicht so schlecht war und dass sie sich freuen, dass wir uns im Norden gemeinsam dafür eingesetzt haben. Es ist auch für den Verbraucher gut. Das, was wir an Wind-Onshore in das System hineingegeben haben, hat eine Wirkung von 0,03 Cent je Kilowattstunde. Hätten wir das nicht bekommen, wären die Folgen für die Verbraucher größer gewesen.

Bei dem, was Sie in der Tabelle im „Spiegel“ gelesen haben - die die allermeisten leider nicht gelesen haben können, weil sie schon nicht gelesen haben, dass dies keine Hochrechnung für einen Preis ist, sondern ein Modell, es stellt dar, was wäre, wenn der Strompreis an der Börse immer gleichbliebe, nämlich so niedrig wie heute, und was maximale Risikoszenarien, die in der Tabelle zum Teil falsch ausgewiesen sind, sein könnten -, stellen Sie fest, dass wir selbst bis 2020 - und die Tabellen, die wir diskutiert haben, gehen darüber hinaus - nicht über 7 Cent hinauskommen. Wir erreichen also eine dramatische Verbesserung des Ausbaus an erneuerbaren Energien und halten die Kostenentwicklung unter 7 Cent. Das ist ein großartiger Erfolg, den alle Beteiligten an diesem Projekt erzielt haben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Von daher freue ich mich, dass ich das für Sie mitverhandeln durfte, dass wir im Norden einiges erreicht haben und dass unsere Geschlossenheit dort

Eindruck gemacht hat. Darum ging es. Das war die Aufgabe. Die Aufgabe ist erfüllt. - Danke.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Sehr geehrte Damen und Herren, damit ist der erste Teil der Aktuellen Stunde beendet.

Ich rufe den zweiten Teil auf:

Aktuelle Stunde**Teil 2: Konsequenzen für Schleswig-Holstein aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs über die EU-Richtlinie zur verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der **Europäische Gerichtshof** hat gestern ein wegweisendes Urteil über die **EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung** gefällt.

(Beifall PIRATEN)

Er hat die EU-Vorgaben zur verdachtslosen Sammlung von Informationen über jedes Telefonat, über jede SMS, jede E-Mail, jede Internetverbindung in Europa für unvereinbar mit unseren Grundrechten und für insgesamt ungültig erklärt. Damit war der gestrige Tag eine Stern- und Feierstunde, nicht nur für uns PIRATEN und viele Bürgerrechtler, die seit Jahren gegen diese Vorratsdatenspeicherung kämpfen, sondern auch für diesen Landtag, der sich ganz klar dagegen ausgesprochen hat, und vor allem für die Menschen in unserem Land.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Der Gerichtshof hat uns ins Stammbuch geschrieben, die Vorratsdatenspeicherung erzeuge bei den Betroffenen das Gefühl, dass ihr Privatleben Gegenstand einer ständigen Überwachung sei. Eine Vorratsdatenspeicherung greife in die **Grundrechte** praktisch der gesamten europäischen Bevölkerung ein. Erfasst würden sämtliche Personen, elektronische Kommunikationsmittel und Verkehrsdaten selbst dann, wenn keinerlei Anhaltspunkte dafür bestünden, dass ihr Verhalten in einem auch nur

(Dr. Patrick Breyer)

entfernten Zusammenhang mit schweren Straftaten stehen könnte.

Das ist eine klare Absage an Massenüberwachung à la NSA. Der Europäische Gerichtshof hat aus Edward Snowden und seinen Enthüllungen gelernt. Das ist gut so.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Gerichtshof kritisiert, die Vorratsdatenspeicherung sei nicht beschränkt auf die Daten eines bestimmten Zeitraums oder eines bestimmten Personenkreises, der in irgendeiner Weise in eine schwere Straftat verwickelt sein könnte.

Wenn diese Worte, dieses Urteil von **Innenminister Breitner** mit den Worten kommentiert wird, der Weg für eine Vorratsdatenspeicherung bleibe grundsätzlich frei, dann hat er sich komplett von der Lebenswirklichkeit und den politischen Zielen dieser Landesregierung abgekoppelt.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Herr Innenminister, wenn sich der von Ihnen unterzeichnete Koalitionsvertrag gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung ausspricht, wenn der Landtag sie mit verfassungsändernder Mehrheit ablehnt, wenn zwei Drittel der Bevölkerung sie nicht wollen, wenn das Bundesverfassungsgericht das deutsche Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung kippt, wenn der Europäische Gerichtshof die EU-Richtlinie kippt, was braucht es noch, um auch Sie zur Einsicht zu bewegen?

(Beifall PIRATEN und FDP)

Warten Sie noch darauf, dass auch der Seegerichtshof in Hamburg so entscheidet oder das Amtsgericht Rendsburg vielleicht?

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Innenminister ist offensichtlich ein aussichtsloser Fall.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Da hilft nur eines: Herr Ministerpräsident, machen Sie die Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung zur Chefsache! Entziehen Sie Ihrem Innenminister die Zuständigkeit dafür, und nehmen Sie selbst das Ruder in die Hand!

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP] - Unruhe)

Jetzt, wo die Grundlage für den **Koalitionsvertrag auf Bundesebene** entfallen ist, weil darin steht, man wolle eine Richtlinie umsetzen, die es nicht mehr gibt, jetzt, wo in der SPD ganz neu über die Frage diskutiert wird, ob wir eine Vorratsdatenspeicherung brauchen, jetzt stehen Sie in der Verantwortung, Herr **Ministerpräsident**, Ihrem Auftrag aus dem schleswig-holsteinischen Koalitionsvertrag und aus diesem Haus nachzukommen, sich im Bund gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung einzusetzen. Fordern Sie noch heute in diesem Haus die Bundesregierung und Ihre Parteifreunde in Berlin auf, sich endgültig von allen Überlegungen einer wahllosen Informationssammlung der gesamten Bevölkerung zu verabschieden, Herr Ministerpräsident!

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Landtag, vor allem aber die vielen Menschen in Schleswig-Holstein erwarten von Ihnen, dass Sie sich jetzt ernsthaft und leidenschaftlich gegen eine Totalprotokollierung unserer Telekommunikation einsetzen.

(Uli König [PIRATEN]: Der hört dir nicht einmal zu! - Martin Habersaat [SPD]: Das wird ja aufgezeichnet! Das kann man später nachlesen! - Unruhe)

- Ich warte einen Moment, bis der Herr Ministerpräsident mir etwas Gehör schenkt. - Danke schön.
- Herr Ministerpräsident, dieser Landtag, aber vor allem die Menschen in Schleswig-Holstein erwarten von Ihnen, dass Sie sich jetzt ernsthaft für die Verhinderung einer Totalprotokollierung unserer Telekommunikation einsetzen, und zwar aus eigener Überzeugung, wie Sie es in Ihrer Antrittsrede hier getan haben, weil es der Wille und das Interesse unseres Landes und seiner Bürger ist. Wir wollen keine Vorratsdatenspeicherung. Lassen Sie sie uns gemeinsam stoppen! - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem engagierten Vortrag des Kollegen Breyer, der sich einmal mehr um den Vorsitz im

(Dr. Axel Bernstein)

Arbeitskreis für selektive Wahrnehmung beworben hat,

(Unruhe)

geht es darum, den einen oder anderen Punkt aus dem Urteil hier in Erinnerung zu rufen

(Zurufe)

- warten Sie einmal ab -, was wir gestern alle zur Kenntnis nehmen durften.

(Zurufe)

- Richtig, genau. Ich empfehle denjenigen, die das **Urteil** in der Lesart, wie es Herr Breyer hier vorgelesen hat, interpretiert haben, insbesondere die Randpunkte 38 bis 43 zur genaueren Lektüre, in denen es um eine sehr gründliche Abwägung des Europäischen Gerichtshofs zwischen der Schwere des Grundrechtseingriffs auf der einen Seite und der Nützlichkeit der Vorratsdatenspeicherung für die Erreichung der Ziele der Europäischen Union bei der Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität auf der anderen Seite geht. Im Zuge dieser Abwägung ist der Europäische Gerichtshof zu dem Ergebnis gekommen, dass die Richtlinie so, wie sie bestand, nicht geeignet ist, den Grundrechtsanforderungen zu entsprechen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Er hat aber ganz klare Kriterien definiert, wie man es richtig machen kann - im Übrigen genauso wie auch das Bundesverfassungsgericht.

Herr Breyer, wenn Sie in diesem Zusammenhang das Stichwort NSA fallenlassen - nach der Sitzung, die der Innen- und Rechtsausschuss im Landeskriminalamt durchgeführt hat -, geht es Ihnen an dieser Stelle nicht um eine sachliche Debatte. Es geht Ihnen nicht darum abzuwägen, welche **Instrumente** wir den **Sicherheitsorganen in Deutschland** und in Schleswig-Holstein an die Hand geben, sondern es geht Ihnen darum, Sorgen in der Bevölkerung zu schüren und ein Misstrauen gegenüber Sicherheitsbehörden zu schüren, das weder gerechtfertigt ist noch der Arbeit gerecht wird, die in Schleswig-Holstein geleistet wird.

(Beifall CDU)

Es gehört auch dazu, darauf hinzuweisen, dass die Argumente, die das Gericht in seiner Abwägung vorgetragen hat, im **Endergebnis** zu der Formulierung im **Urteil** führen - die muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, wenn man hier solche Kritik übt -, dass die Vorratsdatenspeicherung per se weder dem Grundrecht auf Achtung der Pri-

vatsphäre noch dem Grundrecht auf Schutz personenbezogener Daten widerspricht, wenn man sie denn richtig umsetzt.

(Widerspruch Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da es sich um einen **schwerwiegenden Grundrechtseingriff** handelt - das ist ja unbestritten -, der in der Konsequenz zunächst einmal alle Unionsbürger betrifft, formuliert das Gericht sehr deutlich: Es müssen **Speicherfristen** definiert werden, es müssen **Sicherheitsanforderungen** für die gespeicherten Daten definiert werden, es muss der **Personenkreis klar definiert** werden, der Zugriff auf die Daten nehmen darf, und es muss die **rechtliche Hürde** definiert werden, unter der ein solcher Zugriff da geschieht.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, während der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwischenfragen.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Vielleicht komme ich ja zufällig auf den Punkt, den Sie gern gewusst hätten. - Wenn man das Urteil ein bisschen kürzer gefasst hätte, hätte man es so eins zu eins in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene einheften können. Denn genau die Punkte, die der Europäische Gerichtshof hier definiert, sind Grundlage der Verhandlungen, die CDU/CSU und SPD geführt haben.

Umso unverständlicher ist es, wenn **Bundesjustizminister Maas** jetzt im Gegensatz zu dem, was er noch am Montag verkündet hat, der Auffassung ist, wir könnten uns jetzt Zeit bei der nationalen Umsetzung lassen. Wer als jemand, der Verantwortung für Sicherheit in Deutschland trägt, ein wichtiges Instrument zur Aufklärung schwerer Straftaten nur unter Zwangsgeldandrohung durchführen möchte, wird seiner Verantwortung an dieser Stelle nicht gerecht.

(Beifall CDU - Zurufe)

Man kann ja schon ahnen, wie das auf Bundesebene am Ende weitergeht: Ein Kuhhandel auf Kosten der Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern, der so ausgeht: „Du kriegst die Vorratsdatenspeicherung, und ich kriege die Rente mit 63“. Das darf es nicht geben.

(Dr. Axel Bernstein)

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Zurufe)

Wie sieht es im Land aus? Der Innenminister hält verbal das Fähnchen der inneren Sicherheit hoch, die Koalitionäre halten an den falschen Verabredungen des Koalitionsvertrags fest, und der Ministerpräsident schweigt - wie immer, wenn es Konflikte auf Landesebene gibt.

(Zurufe)

Ich bin mir sicher, dass sich auch Herr Albig über die **Ausschusssitzung im Landeskriminalamt** hat berichten lassen, in der ja einiges deutlich wurde, nämlich dass wir hohe Hürden für einen Zugriff auf gespeicherte Daten in Deutschland haben, dass ein solcher Zugriff nur zur Aufklärung schwerer und schwerster Straftaten stattfinden darf, dass es sich auch um einen ausgesprochen hohen Aufwand handelt, solche Daten überhaupt auszuwerten, und allein deshalb schon ein erhebliches Hemmnis besteht, an dieser Stelle tätig zu werden.

Der entscheidende Punkt ist - wer das anders sieht, soll das hier sagen - in meinen Augen das **hohe Verantwortungsbewusstsein** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landeskriminalamts, das an dieser Stelle deutlich wurde. Da gibt es niemanden, der aus Neugierde die Nase in Daten steckt, sondern da ist ein ganz hohes Bewusstsein für die Sensibilität der Tätigkeit an dieser Stelle vorhanden.

(Beifall CDU)

Deshalb abschließend der Hinweis: Wir sollen doch nicht so tun, als ob es heute keine Auswertung von Vorratsdaten gebe. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass Daten, die heute aufgrund der sonstigen Bestimmungen im Telekommunikationsgesetz für Abrechnungszwecke gespeichert werden, zufällig ausgewertet werden können, wenn sie vorhanden sind, und zufällig nicht ausgewertet werden können, wenn sie schon gelöscht worden sind. Das ist insbesondere im Sinne einer vernünftigen Aufklärung von Straftaten, aber auch im Sinne des Opferschutzes ein unerträglicher Zustand.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident, ich formuliere meinen letzten Satz. - Deswegen sind wir als CDU-Landtagsfraktion nach wie vor der Auffassung, dass wir eine sauber umgesetzte Vorratsdatenspeicherung mit Augen-

maß brauchen. Herr Innenminister, nach den vielen markigen Worten an dieser Stelle wäre eine markige Tat jetzt auch einmal angebracht.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

(Zurufe)

- Nein, das ist hier falsch angekommen. Dann hat der Abgeordnete Dr. Dolgner das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er versteht etwas von der Sache!)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Wir machen jetzt ein anonymes Redekonzept, wir tauschen das einmal aus.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe)

- Das weiß ich noch nicht; das kann das wertere Publikum beurteilen.

Eine Sache geht mir hier ein bisschen zu sehr unter. Gestern war ein historischer Tag, nicht nur weil ganz viele in der Sache gewonnen haben, sondern weil sich der EuGH das erste Mal wirklich als **europäisches Verfassungsgericht** betätigt hat. Das muss man einmal wahrnehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Der EuGH hat eine Abwägung zwischen allen Argumenten getroffen; auch die Argumente der Ermittler sind natürlich gehört worden. Es ist doch gar keine Frage, und das ist keine Missachtung von irgendjemandem oder einer Partei, wenn die Argumente nicht vollständig durchdringen. Wer das reininterpretieren möchte, kann das gern reininterpretieren. Der hat allerdings das Prinzip des Rechtsstaats, der **Verhältnismäßigkeitsprüfung** durch Verfassungsgerichte noch nicht ganz sacken lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Herr Dr. Bernstein, ich finde es schon erstaunlich, dass ausgerechnet diejenigen, die, wenn ihnen nichts anderes mehr eingefallen ist, immer EU-Richtlinien und Strafzahlungen in den Raum geworfen haben, jetzt sagen: Eine EU-Richtlinie ist

(Dr. Kai Dolgner)

uns vollkommen egal, wir machen lieber einen nationalen Alleingang.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Aus Sicht der Befürworter ist das natürlich verständlich, denn das Urteil lässt an Deutlichkeit nichts vermissen.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vielleicht hätte man noch etwas weiter lesen sollen. Zwar hat der EuGH natürlich die **grundsätzliche Eignung** anerkannt, das ist nicht überraschend -, der EuGH hat aber Folgendes festgestellt - ich zitiere wörtlich:

„Aus der Gesamtheit dieser Daten können sehr genaue Schlüsse auf das Privatleben der Personen, deren Daten auf Vorrat gespeichert werden, gezogen werden, etwa auf die Gewohnheiten des täglichen Lebens, ständige oder vorübergehende Aufenthaltsorte, tägliche oder in anderem Rhythmus erfolgende Ortsveränderungen, ausgeübte Tätigkeiten, soziale Beziehungen ... und das soziale Umfeld ...“

Deshalb klassifiziert der EuGH das als **besonders schwerwiegenden Grundrechtseingriff**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Es ist mitnichten so - ich habe nicht mehr die Möglichkeit, alles zu zitieren -, dass die Speicherung von Metadaten und von Verkehrsdaten von allen in der Debatte, übrigens erst recht nicht aus dem konservativen Bereich, als besonders schwerwiegender Grundrechtseingriff klassifiziert worden ist, sondern es wurde als leichter Grundrechtseingriff klassifiziert. Aus dieser Klassifizierung kommt man zu einer gänzlich anderen Abwägung.

Am spannendsten finde ich die nachfolgende **Differenzbeschreibung**. So bemängelt der EuGH zum Beispiel, dass Berufsgeheimnisträger nicht gegen die Vorratsdatenspeicherung geschützt seien.

(Beifall PIRATEN)

Nun ist das kein ganz neues Argument. Ich frage mich allerdings, wie man das jetzt umsetzen möchte. Wie kann ich mir das vorstellen, wenn **Berufsgeheimnisträger** bei einer Vorratsdatenspeicherung geschützt werden sollen? Clou bei der Vorratsdatenspeicherung ist, dass die Daten ohne Anse-

hen der Person gespeichert werden. Wie stelle ich mir das vor? Alle Berufsgeheimnisträger, also Seelsorger, Anwälte, Schwangerschaftskonfliktberater,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Abgeordnete!)

Abgeordnete, liefern ihre Telefonnummern, ihre Mitteilung über IP-Adressen und so weiter jetzt bei allen Providern ab - das sind ein paar mehr -, und von denen wird dann, sobald eines von diesen Daten auftaucht bei Verbindungsdaten, sofort der Datensatz gelöscht? Wer macht diese Filterlisten, wer pflegt diese Filterlisten? Wer schützt diese Filterlisten vor dem unbefugten Zugriff Dritter? Denn auch das sind entsprechende Daten.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und FDP)

Aber es ist von verschiedenen Seiten angekündigt worden, man werde einen konformen Entwurf vorlegen können. Darauf bin ich gespannt und auch sehr neugierig. Vielleicht geht das ja.

Aber bei dem nächsten Punkt bin ich besonders gespannt. Der EuGH führt Folgendes aus, und ich glaube, da hat derjenige, der es geschrieben hat, etwas Humor bewiesen:

„... insbesondere beschränkt sich die Vorratsdatenspeicherung weder auf die Daten eines bestimmten Zeitraumes und/oder eines bestimmten geografischen Gebietes und/oder eines bestimmten Personenkreises,“

- jetzt kommt es -

„der in irgendeiner Weise in eine schwere Straftat verwickelt sein könnte, noch auf Personen, deren auf Vorrat gespeicherte Daten aus anderen Gründen zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung schwerer Straftaten beitragen könnten.“

Tja, wenn die Provider oder Ermittlungsbehörden schon vorher wüssten, welche Verbindungsdaten von speziellen Zeiträumen, aus bestimmten geografischen Gebieten und von bestimmten Personenkreisen zur Aufklärung oder gar Verhütung einer noch nicht bekannten Straftat notwendig sind, hätten diese nicht nur hellseherische Fähigkeiten, es wäre vor allen Dingen keine anlasslose, massenhafte Speicherung auf Vorrat mehr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und vereinzelt FDP)

Ich habe das nicht geschrieben, aber völlig unabhängig davon, ob man nun Vorratsdatenspeicherung gut oder schlecht findet, bin ich ehrlich neugierig auf einen Richtlinienentwurf, der es schafft,

(Dr. Kai Dolgner)

anlasslose, nicht personenbezogene, abgespeicherte Daten schon im Moment des Speicherns nach diesen Kriterien zu sortieren, möglichst in Erwartung der Straftat, die dann noch ermittelt werden soll. Da muss ich ganz ehrlich sagen, wenn es da etwas gibt: Chapeau, alle Achtung, große Kreativität!

(Zuruf)

- Ja, das steht da drin. Ich hätte noch bis Absatz 64 weiter zitieren können. Ich habe wörtlich zitiert. Das ist die Differenzbeschreibung, weshalb unter anderem die Richtlinie aufgehoben worden ist, weil diese Richtlinie das nicht vorgesehen hat.

Es gibt noch weitere Dinge, die ich nicht alle aufzählen kann.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, das glaube ich Ihnen, dass es weitere Dinge gibt, aber Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Dann komme ich auch zum letzten Satz. Wir müssen auf eine neue Richtlinie warten, denn es ist vollkommen korrekt: Im Augenblick haben wir keine Richtlinie, das heißt, der EuGH hat keinen direkten Zugriff auf nationales Recht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Aber in dem Moment, wo es wieder eine Richtlinie gibt, hat der EuGH wieder Zugriff, und er wird sich sehr freuen, wenn das nationale Recht nicht das umsetzt, was er gefordert hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Rasmus Andresen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Datenschutz hat gestern massiv an Kraft gewonnen. Für die Vorratsdatenspeicherung hätte es keine größere Klatsche geben können als dieses Urteil des EuGH.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Es ist eine Zeitenwende, dass jetzt auch auf europäischer Ebene der Datenschutz gestärkt wurde und nach dem 11. September 2001 endlich auch einmal wieder die Grundrechte in den Mittelpunkt der Debatte rücken. In allen konkreten Punkten hat sich der Europäische Gerichtshof - im Übrigen noch deutlicher als das Bundesverfassungsgericht -

(Beifall PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

von der Vorratsdatenspeicherung abgewandt. Auch deshalb begrüßen wir Grüne das Urteil sehr.

Im Urteil wird - das haben Vorredner auch schon gesagt - von einem **besonders schwerwiegenden Eingriff** in die **Grundrechte**, auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten gesprochen. Es ist eben auch interessant - das war auch ein Hauptaspekt in der Rede des Kollegen Dolgner -, dass die **Anlasslosigkeit** komplett infrage gestellt wird.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und PIRATEN)

Mit diesem Aspekt, Herr Bernstein, erwarten wir auch, dass Sie sich als zuständiger Fachpolitiker der Unionsfraktion, die zumindest auf Bundesebene massiven Einfluss auf die Gesetzgebung hat, etwas mehr auseinandersetzen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das Gericht betont den Gedanken der **Differenzierung**, und das ist ein klarer Widerspruch zur anlasslosen Speicherung.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Frage ist, was eigentlich noch übrig bleibt, wenn die Anlasslosigkeit komplett infrage gestellt wird. Da bin ich bei allen, die jetzt aus irgendwelchen merkwürdigen Gründen noch probieren, sich an dem letzten Strohalm der Vorratsdatenspeicherung irgendwie festzuklammern, gespannt, wie sie diese Kurve in der nächsten Zeit in der Debatte bekommen wollen.

Herr Kollege Bernstein, Sie haben gestern in Ihrer Pressemitteilung zusammen mit der Kollegin Damerow gefordert, dass sich die Landeskoalition - die Nord-SPD ist ein Teil der Landeskoalition - an den kruden **Koalitionsvertrag auf Bundesebene** halten soll. Da frage ich mich: Warum denn das? -

(Rasmus Andresen)

Schließlich haben wir hier im **Land** einen eigenen **Koalitionsvertrag**, und der formuliert ein klares Nein zur Vorratsdatenspeicherung. Das Urteil gestern hat bewiesen, dass dieser Schritt goldrichtig war.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Beate Raudies [SPD])

Wir können uns aber auch gern einmal ansehen, was im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht. Wenn man sich das näher ansieht, stellt man fest, dass sich der Koalitionsvertrag im Bund, den wir so nie unterstützt hätten, konkret auf die EU-Richtlinie bezieht. Diese ist seit gestern aber hinfällig, sprich: Es gibt gar keine Aussage im Koalitionsvertrag, wie man zukünftig mit der Vorratsdatenspeicherung umzugehen hat.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das hat der Kollege Dolgner schon gesagt, Herr Stegner, aber wenn ich es noch einmal unterstreiche, dann schadet es nicht.

Genau deshalb öffnet sich jetzt ein Fenster, wo wir uns massiv - da möchte ich auch dem Kollegen Breyer zustimmen - gegen Vorratsdatenspeicherung einsetzen sollten.

(Beifall PIRATEN, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da muss ich leider auch - ich hätte mir gewünscht, dass es nicht so ist - einige kritische Worte in Richtung **Innenministerium** loswerden. Es ist etwas anderes, ob man seine Privatmeinung bei Facebook postet oder ob man eine offizielle Pressemitteilung im Namen des Innenministeriums, damit im Namen des Landes

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

und damit auch im Namen der Landeskoalition herausgibt. Aus unserer grünen Sicht ist diese Position nicht durch den Koalitionsvertrag gedeckt, und wir fordern Sie auf, diese zurückzuziehen und endlich zum Koalitionsvertrag zurückkehren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und vereinzelt SSW)

Diese Landeskoalition muss geschlossen die Vorratsdatenspeicherung ein für allemal in die Tonne treten. Da kann es kein Wenn und Aber geben, und es darf keine Grautöne in der Position von Innenministern geben.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Wir könnten ansonsten auch einmal im Sicherheitsbereich - das sage ich auch ganz selbstkritisch im Hinblick auf grüne Regierungsvergangenheit - andere Kompromisse infrage stellen, wo wir Grüne auch einmal Kröten geschluckt haben. Das ist die Diskussion, die man damit provoziert, wenn man solche Aussagen trifft.

Ein bisschen versöhnlicher möchte ich schließen. Ich möchte einen Journalisten zitieren, der in diesem Bereich sehr stark argumentiert und gute Arbeit leistet. Das ist Heribert Prantl, der sich gestern wie folgt zum Urteil des EUGH geäußert hat. Er hat gesagt:

„Der Datenschutz ist das Grundrecht der Informationsgesellschaft. Es darf kein Gnadenrecht sein. Die drei großen Gerichte haben das verstanden. Die deutsche Politik sollte folgen.“

Ich würde mir wünschen, dass das auch bald für alle in diesem Haus gilt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, der gestrige Tag war ein bemerkenswerter Tag für den europäischen Rechtsstaat und damit für die europäische Gemeinschaft, in der wir uns wiederfinden. Es ist im Hinblick auf die Europawahl vielleicht auch einmal wichtig festzustellen, dass sich Europa auch im Rahmen der Rechtsprechung für die Bundesrepublik Deutschland und alle Völker Europas auszahlt.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Sehr verehrte Damen und Herren, ich war gestern etwas verblüfft über zwei Meldungen, nämlich über die des Innenministers mit dem Inhalt, dass jetzt die Vorratsdatenspeicherung unter den Kriterien des Gerichts vehement und schnell ins Werk gesetzt werden solle, und über die Erklärung der Union, von Herrn Dr. Bernstein und Frau Damerow. Bei der Union wundert mich das wenig, beim Innenminister hat es mich schon gewundert.

(Wolfgang Kubicki)

Herr Dr. Bernstein, ich bin davon ausgegangen, dass Sie das Urteil gelesen haben und nicht nur fremdzitieren. Der Kollege Dolgner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Frage der **grundsätzlichen Geeignetheit der Vorratsdatenspeicherung** zur Bekämpfung schwerster Straftaten überhaupt nicht infrage steht. Aber zum Prüfungsmaßstab gehört nach der Geeignetheit auch die Erforderlichkeit und die Verhältnismäßigkeit. Und schon bei dem Kriterium der Erforderlichkeit hat der Europäische Gerichtshof ziemlich deutliche Worte gefunden, von denen ich Ihnen sagen kann, dass keine Rechtsprechung - weder das Bundesverfassungsgericht in Deutschland noch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der angerufen werden könnte, wenn Deutschland eine Regelung national ins Werk setzen würde - dahinter zurückgehen wird.

Ich möchte Randnummer 51 ff. aus dem Urteil zitieren:

„Zur Erforderlichkeit der durch die Richtlinie 2006/24 vorgeschriebenen Vorratsspeicherung der Daten ist festzustellen, dass zwar die Bekämpfung schwerer Kriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität und des Terrorismus, von größter Bedeutung für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist und dass ihre Wirksamkeit in hohem Maß von der Nutzung moderner Ermittlungstechniken abhängen kann. Eine solche dem Gemeinwohl dienende Zielsetzung kann jedoch, so grundlegend sie auch sein mag, für sich genommen die Erforderlichkeit einer Speicherungsmaßnahme - wie sie die Richtlinie 2006/24 vorsieht - für die Kriminalitätsbekämpfung nicht rechtfertigen.“

(Beifall FDP und PIRATEN)

„Der Schutz des Grundrechts auf Achtung des Privatlebens verlangt nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs jedenfalls, dass sich die Ausnahmen vom Schutz personenbezogener Daten und dessen Einschränkungen auf das absolut Notwendige beschränken müssen ... Hierzu ist erstens festzustellen, dass sich die Richtlinie 2006/24 generell auf alle Personen und alle elektronischen Kommunikationsmittel sowie auf sämtliche Verkehrsdaten erstreckt, ohne irgendeine Differenzierung, Einschränkung oder Ausnahme anhand des Ziels der Bekämpfung schwerer Straftaten vorzusehen. Sie gilt also auch für Personen, bei denen keinerlei Anhaltspunkt dafür besteht, dass ihr

Verhalten in einem auch nur mittelbaren oder entfernten Zusammenhang mit schweren Straftaten stehen könnte. Zudem sieht sie keinerlei Ausnahmen vor, sodass sie auch für Personen gilt, deren Kommunikationsvorgänge nach den nationalen Rechtsvorschriften dem Berufsgeheimnis unterliegen.“

Daraus folgert der Gerichtshof - auch durch andere Kriterien begründet -, dass die Richtlinie insgesamt ungültig ist. Alle hatten ja erwartet, dass der Europäische Gerichtshof nur Einschränkungen vornehmen wird. Er hat die **Richtlinie** jedoch für **ungültig** erklärt, und zwar von Anfang an. Auf dieser gedanklichen Grundlage, Herr Kollege Dr. Bernstein, kann man auch keine nationalen Regelungen mehr ins Werk setzen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt PIRATEN und Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Die anlasslose vollständige Vorratsdatenspeicherung ist damit tot. Es ist technisch überhaupt nicht denkbar, wie nach den Kriterien, die hier aufgestellt worden sind, eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung vorgenommen werden kann.

In der letzten Legislaturperiode hat die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger das **Quick-Freeze-Verfahren** vorgeschlagen. Das ist eine Methode, bei Vorliegen einer konkreten Straftat Daten einzufrieren zu dürfen, um sie auswerten zu können - mit richterlicher Genehmigung und den ganzen Kautelen. Wer diesen Weg nicht gehen will, wird feststellen, dass die Vorratsdatenspeicherung überhaupt nicht mehr ins Werk gesetzt werden kann. Und das wird die Ermittlungsbehörden in erheblicher Weise beeinträchtigen.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einen Satz zum Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Herrn Wendt, verlieren. Dieser wird heute mit der Aussage zitiert, er fordere Bundesjustizminister Maas auf, nicht „die Leutheusser-Schnarrenberger zu machen“ und schnellstmöglich mit dem Bundesinnenminister ein Gesetz ins Werk zu setzen. - Was für eine Unverfrorenheit!

(Vereinzelter Beifall FDP)

Denn in einem demokratischen Rechtsstaat entscheidet darüber, was ins Werk gesetzt werden kann, nicht das polizeiliche Ermittlungsbedürfnis. Wir leben nicht in einem Polizeistaat. Sondern ent-

(Wolfgang Kubicki)

scheidend ist, was die Rechtsordnung in Wahrung der Grundrechte gewährleisten kann. Hier muss Herr Wendt - so leid es mir tut - sich auch an die Grundrechte halten.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich finde die Entscheidung des Bundesjustizministers Maas - das sage ich ausdrücklich -, sich jetzt Zeit zu lassen, um die ganzen Kriterien abzuarbeiten und nicht in einem Schnellschuss das ins Werk zu setzen, was einige wollen, für angemessen, richtig und notwendig. Das findet auch unsere Unterstützung. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um ermessen zu können, was dieser Richtspruch des Europäischen Gerichtshofs eigentlich bedeutet, möchte ich gern noch einmal darauf eingehen, wie es bei unseren nördlichen **Nachbarn** im Hinblick auf Vorratsdatenspeicherung aussieht. Dort werden 900 Millionen Datensätze der 5 Millionen Dänen gespeichert: Telefon, SMS, MMS, aber auch der Internetverkehr, also jede einzelne Homepage, die ein Mensch besucht, wird dort abgespeichert - und das ein Jahr lang, um dann für welche Ermittlungen auch immer zur Verfügung zu stehen. Das ist etwas, zu dem man vor dem Hintergrund des Urteils gestern jetzt schon sagen kann, dass diese Regelung so in unserem Nachbarland nicht mehr aufrechtzuerhalten sein wird. Ich glaube, das ist im Sinne der Bürger auch ganz gut.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Richtlinie selber stellt in der Tat einen besonders **schwerwiegenden Grundrechtseingriff** dar, also die Richtlinie an sich und das, was daraus folgt. Es ist eben nicht so, dass es in Ordnung ist, mindestens 6 Monate und höchstens 24 Monate etwas abspeichern zu können. Das greift in die Grundrechte der Menschen ein. Ich glaube deshalb, dass das, was dort passiert ist, in der Tat historisch ist. Nicht nur, dass die Grundrechte jetzt vom EuGH zum ersten Mal auch ge-

schützt worden sind - wenn man das so unfachmännisch ausdrücken darf -, sondern auch, dass wir eine Rechtsprechung bekommen haben, die ganz klare Kriterien nennt, die erst einmal durch die EU, durch eine neue Richtlinie, zu erfüllen sind.

Der Kollege Kubicki hat es schon gesagt, Grundsatz ist, dass alles auf das **absolut Notwendige** zu beschränkt ist, wenn man überhaupt darüber nachdenkt, Vorratsdatenspeicherung machen zu wollen. Die Kriterien haben es schon in sich.

Es muss erst einmal gesagt werden, **welche Straftaten** davon betroffen sein sollen, wenn man es einführen will. Diese müssen erst einmal definiert werden. Darüber müsste man sich europaweit erst einmal einigen. Ich glaube gar nicht, dass eine politische Einigung darüber so einfach wäre, losgelöst von der rechtlichen Frage.

Dann müssen die **Voraussetzungen** für den **Zugang zu diesen Daten** festgelegt werden: Wer darf das eigentlich; unter welchen Voraussetzungen; wann darf er das, zu welchem Zeitpunkt darf er überhaupt zugreifen?

Ganz, ganz wichtig ist auch, das wäre für uns auch völlig normal, dass der Zugriff natürlich nur **durch ein Gericht veranlasst** werden darf. Das ist in Europa nicht üblich, das muss man sich immer vor Augen halten. Das schreibt auch die Richtlinie nicht vor. Aber auch das muss natürlich dementsprechend geregelt werden.

Darüber hinaus muss es objektive Kriterien geben, die die Dauer der Speicherung definieren, dass sozusagen nicht jeder Tatbestand die gleiche Dauer der Speicherung auslöst, wenn man es machen will. Auch da muss man sehr genau hinschauen, wie das auszusehen hat, wenn man eine solche Richtlinie erlassen will.

Außerdem geht es auch darum, dass man das Sicherheitsniveau festschreiben muss. Jeder Provider arbeitet anders, der eine ist möglicherweise lückenhafter als der andere. Auch das muss definiert werden.

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt muss auch der Datenschutz an sich, nicht nur die Sicherung der Daten, sondern auch die Sicherung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger in einer solchen Richtlinie entsprechend institutionalisiert abgesichert werden.

Das sind alles Kriterien, die der EuGH aufgestellt hat, von denen ich glaube, dass sie so scharf sind, dass es nahezu unmöglich ist, Vorratsdatenspeiche-

(Lars Harms)

rung zu machen. Ich finde das so auch in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt PIRATEN)

Wir werden jetzt als Bundesrepublik Deutschland also nicht vorpreschen können, sondern ich glaube, der **Status quo**, in diesem Bereich überhaupt nichts zu tun, ist das, was fortgesetzt werden muss.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir müssen jetzt erst einmal eine neue **europäische Richtlinie** abwarten. Sie muss politisch geeint werden, und sie muss eben auch rechtlich angelehnt sein an das EuGH-Urteil. Ich weiß gar nicht, ob dabei überhaupt etwas herauskommen kann. Wenn etwas dabei herauskommt, dann muss sich die Bundesrepublik Deutschland zu dieser Richtlinie verhalten und diese dann als EU-Mitglied auch einhalten. Ich habe keine Ahnung, was da drinstehen wird, aber es ergibt wenig Sinn, dass eine Bundesregierung jetzt irgendein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung vorlegt, das ohnehin wieder beklagt werden würde. Da bin ich mir ziemlich sicher.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Deshalb - bei allen politischen Unterschieden, die es hier im Haus gibt; unsere Koalition hat sich im Koalitionsvertrag ganz deutlich gegen die Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen - gibt es keinen Grund, das jetzt auf Bundesebene umzusetzen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die einzige Grundlage, die es für das Handeln auf Bundesebene gibt, ist, dass man abzuwarten hat, was auf europäischer Ebene an neuer Richtlinie vorgelegt wird. Solange wir keine Richtlinie haben, brauchen wir hier gar nichts tun, brauchen wir hier darüber auch nicht weiter zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat Innenminister Andreas Breitner.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem gestrigen Urteil des Europäischen Gerichtshofs gibt es eine verbindliche Grundlage für die **rechtskonforme Ausgestaltung** einer Richtlinie zur Vorrats-

datenspeicherung. Ich begrüße den Richterspruch, denn das Gericht hat nicht lediglich die EU-Richtlinie von 2006 für nichtig erklärt, sondern der EuGH hat zugleich ausdrücklich festgehalten, dass die Speicherung von Kommunikationsdaten dem Gemeinwohl dienen kann, nämlich dann, wenn sie der Bekämpfung schwerer Kriminalität und somit der öffentlichen Sicherheit dient.

Zitat aus der Pressemitteilung des EuGH:

„Die nach der Richtlinie vorgeschriebene Vorratsspeicherung der Daten ist zur Erreichung des von ihr verfolgten Ziels geeignet ...“

(Zurufe PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das steht gar nicht in Frage!)

- Deswegen darf ich es Ihnen auch sagen, Herr Abgeordneter. Der Gerichtshof stellt jedoch fest, dass der Unionsgesetzgeber beim Erlass der **Richtlinie** die Grenzen überschritten hat, die er zur Wahrung des **Grundsatzes** der **Verhältnismäßigkeit** einhalten musste. Regelungen über Mindestdatenspeicherfristen sind damit also nicht von vornherein rechtswidrig. Der Polizei ist der Rückgriff auf Verbindungsdaten zur Aufklärung schwerer Verbrechen nicht verbaut worden. Die Luxemburger Richter haben mit ihrer Entscheidung den Weg zu einer Regelung aufgezeigt, in der individuelle Freiheit und öffentliche Sicherheit gleichermaßen ihren Platz haben. Der vollständige Verzicht auf Verbindungsdaten wäre ein Verzicht auf Strafverfolgung und eine Teilkapitulation des Staates vor dem Verbrechen gewesen. Das kann nicht gewollt sein.

(Beifall CDU)

Der Preis, den wir bei einem **vollständigen Verzicht** auf den Rückgriff auf **Verbindungsdaten** zahlen, ist für mich zu hoch.

Gerade bei **schwerster Kriminalität** mit schlimmen Folgen sollten Verbindungsdaten nutzbar sein. Hier sollten wir auf diesen Ermittlungsansatz nicht dauerhaft verzichten. In Schleswig-Holstein wie auch bundesweit gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass es ohne den Rückgriff auf Verbindungsdaten nicht möglich gewesen wäre, schwerste Straftaten aufzuklären und die Täter zu verurteilen. In der letzten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Landeskriminalamt wurde dies - wie ich finde - eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

(Beifall CDU)

Die Beispiele zeigen, Verbindungsdaten sind für die **Polizeiarbeit** in der Informations- und Kommu-

(Minister Andreas Breitner)

nikationstechnik genauso wichtig wie die DNA-Analyse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit seiner Entscheidung hat der EuGH die rechtliche Seite eines verfassungsfesten und grundrechtskonformen Regelungskorridors ausgeleuchtet. Dank dieser Vorgaben kennen wir jetzt die Bedingungen für eine rechtssichere Regelung. Die Politik hat jetzt die Aufgabe, diesen Korridor auszugestalten.

Politik bedeutet, die Realität anzuerkennen. In unserem Fall gibt es zwei Realitäten: ein Gerichtsurteil, das die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich erlaubt, und ein polizeiliches Lagebild, das in bestimmten Fällen den Rückgriff auf Verbindungsdaten erfordert. Dabei sehe ich zunächst die EU-Kommission in der Pflicht. Wir setzen auf eine **europäische Lösung**. Das haben die gestrigen Gespräche, die ich mit Justizminister Maas geführt habe, ergeben. Ich habe vor, mich dabei entsprechend meiner fachlichen Auffassung darin aktiv einzubringen.

Es gibt keine Neuaufgabe der Koalitionsdebatte aus dem vergangenen Jahr. Sie können das alles gern noch einmal aufwärmen, aber das ist nicht notwendig. Ich bin weiterhin von der Vorratsdatenspeicherung als Mittel der Strafverfolgung überzeugt. Ich werde mich dort, wo es der Koalitionsvertrag von mir verlangt, vertragstreu verhalten. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Danke schön. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir Schüler und Schülerinnen des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums aus Halstenbek und Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Stecknitz. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf:

**Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Tätigkeitsbericht für das Jahr 2013**

Drucksache 18/1525

Die Bürgerbeauftragte, Frau Wille, ist ebenfalls anwesend. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir haben im Ältestenrat vereinbart, dass die SPD eine Redezeit von 10 Minuten in Anspruch nimmt, alle anderen Fraktionen eine von 5 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann hat das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Wille! Seit 25 Jahren haben wir in Schleswig-Holstein **Bürgerbeauftragte** - und das mit Erfolg. Seit 1989 haben sich 67.000 Bürgerinnen und Bürger an die oder den Bürgerbeauftragten in Schleswig-Holstein gewendet, und zwar wenn sie Kummer, Sorgen mit Behörden des Landes hatten, wenn sie gar keine andere Möglichkeit mehr sahen, sich zu helfen, wurde ihnen geholfen. Ich glaube, das ist eine Erfolgsgeschichte „Made in Schleswig-Holstein“.

(Beifall)

Liebe Frau Wille, 13 Jahre lang machen Sie das jetzt hier in Schleswig-Holstein. Am 31. Mai 2001 wurden Sie zur Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein gewählt. Sie sorgen mit Ihrem Team für konkrete Hilfe bei Behörden, bei Kranken- und Kindergeldkassen, bei Unfall- und Rentenkassen und bei anderen Ämtern. - Herzlichen Dank dafür, das haben Sie gut gemacht!

(Beifall)

Im aktuellen Bericht können wir lesen, wie groß die Palette der Dinge ist, um die Sie sich kümmern, bei denen die Menschen Sie um Rat fragen. Das ist sehr eindrucksvoll. Hilfe, die wirkt, und Hilfe, die ankommt!

In Ihrer Amtszeit - ein paar Zahlen gehören immer dazu -, von Mai 2001 bis zum Berichtsende, gab es allein 42.143 Fälle. Das kann sich sehen lassen. Das ist mehr als die Hälfte aller Fälle. Das ist eine eindrucksvolle Zahl, Frau Wille. Das zeigt: Es tut not, die Bürgerinnen und Bürger brauchen das in Schleswig-Holstein.

Seit 2013 sind Sie auch **Antidiskriminierungsstelle** des Landes. Es ist also eine weitere Aufgabe hinzugekommen.

Fakt ist, dass die Anzahl der Eingaben bei Ihnen steigt - jedes Jahr, und so auch vom vorletzten auf das letzte Jahr um 208 auf 3.875. Was mich besonders beeindruckt - das freut mich auch -: Es sind mehr Frauen als Männer, die den Rat von Frau Wille und ihrem Team suchen. Es sind 2.305 Frauen gegenüber 1.526 Männern. Wahrscheinlich hat Herr

(Katja Rathje-Hoffmann)

Dr. Dolgner jetzt nachgerechnet, deshalb: Der Rest sind Gruppeneingaben.

Die wichtigsten Gründe für die Eingaben waren bisher die Grundsicherung für Arbeitslose, Hartz IV - der Dauerbrenner -, die Sozialhilfe, die Krankenversicherung, die Rentenversicherung, das Kindergeld, der Kinderzuschlag, die Arbeitsförderung und die Anerkennung des Grades der Behinderung. Man kann das sehr eindrucksvoll in Ihrem Bericht lesen. An einem Beispiel, auf das nachher wohl der Kollege Dudda eingehen wird, kann man sehen, dass es manchmal groteske Züge gibt. Aber auch da helfen Sie.

Liebe Frau Wille, Sie sind im ganzen Land unterwegs. Sie halten Sprechstunden ab. Sie sind in den Verwaltungen. Sie sind aber auch hier **erreichbar** - bis in die Abendstunden hinein. Das ist direkte Bürgernähe. Das ist gut so. Das zeigen auch die Zahlen. Sie werden angefragt. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen Ihre Hilfe. Das zeigt, dass es funktioniert.

Ihre Präsenz ist nicht nur im Land an vielen Orten zu spüren, sondern seit 2012 auch über das Internet. Gemeinsam haben wir damals mit dem Petitionsausschuss die Möglichkeit eingeführt, dass Sie **Online-Petitionen** bekommen können und als Bürgerbeauftragte online zu erreichen sind.

Wichtig ist deswegen auch eine **internationale Vernetzung**, die Sie nicht nur auf deutschlandweiter Basis praktizieren, sondern auch europaweit. Das ist gut, und das ist wichtig so - gerade in Bezug auf das AGG, bei dem Sie neue Aufgaben hinzubekommen haben. Sie sind die Wächterin der Benachteiligung der Rasse, des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion und der Weltanschauung, der Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität.

Frau Wille, Sie stehen für faire Chancen. Sie zeigen auch, wie es bei Behörden besser geht - das ist wichtig -, und das mit Erfolg.

Ich möchte auch meine persönliche Erfahrung mit Ihnen darlegen. Ich hatte als kommunale Gleichstellungsbeauftragte den Fall einer Frau, die ein halbes Jahr lang kein Kindergeld bekommen hatte. Sie war alleinstehend mit drei Kindern. Das waren zu diesem Zeitpunkt monatlich 462 €. Auf ein halbes Jahr gerechnet fehlten dieser Familie 2.772 €. Diese Frau stand vor mir und wusste nicht, was sie tun sollte. Ich habe bei der Kindergeldkasse angerufen. Die haben dort gesagt: Ja, sie kommt jetzt auf den etwas wichtigeren Stapel, wird schon. Es wurde aber nichts. Wir haben dann überlegt, was wir tun

können und haben Frau Wille angerufen. Innerhalb von zwei Wochen hatte diese Mutter das Geld für ihre Familie. Das war Hilfe, die ankommt. Das war Hilfe, die gebraucht wurde. Das funktionierte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt FDP und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, schauen Sie bitte auf die Uhr.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident, man muss doch einmal etwas erzählen dürfen. - Für Ihre Nachfolgerin haben der Kollege Stegner und die Koalition schon rechtzeitig gesorgt. Lieber Herr Kollege Stegner, das Verfahren hierzu muss jedoch künftig besser und vor allem transparenter ablaufen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Mehr möchte ich heute dazu nicht sagen, um die Stimmung nicht zu verderben. - Frau Wille, Ihrer Nachfolgerin, Frau El Samadoni, wünschen wir alles Gute, wenn sie gewählt wird - wovon ich aber ausgehe. Ich wünsche ihr in ihrem Amt ein glückliches Händchen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Wille, ich möchte noch einmal danke sagen für Ihre beispiellose Arbeit, für Ihre Beharrlichkeit und für Ihren Mumm. Für Ihre Zukunft wünschen wir Ihnen vonseiten der CDU alles erdenklich Gute. - Danke schön.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 1988 hatte Ministerpräsident **Björn Engholm** in seiner **Regierungserklärung** angekündigt, und ich zitiere ihn:

„Die Landesregierung wird noch in diesem Jahr einen Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten berufen. Er soll gleichzeitig die Interessen der Behinderten gegenüber der Verwaltung und der Politik wahrnehmen. Er

(Dr. Ralf Stegner)

wird unabhängig sein und auf der Seite derer stehen, die in Not um Hilfe nachsuchen.“

Später einmal hat er Bilanz gezogen und gesagt, der **Bürgerbeauftragte** habe viel Segensreiches für Menschen mit Sorgen im Land bewegt. Das möchte ich heute ausdrücklich für alle Bürgerbeauftragten, die wir bisher hatten, bestätigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Damals wurde er vom Ministerpräsidenten per Organisationserlass und noch nicht vom Landtag gewählt. Nach dem **Vorbild** der **skandinavischen Ombudsleute** wurde das Amt des Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten geschaffen. Der Geist des neuen politischen Verständnisses in diesem Land wurde deutlich. Es sollte ein echtes Bürgeramt sein, weil bei aller Rechtsstaatlichkeit die bittere Erkenntnis nicht zu leugnen ist, dass es in Verwaltungen und ihrer teilweise schwer zu durchschauenden bürokratischen Struktur zu Fehlern kommen kann und dass Menschen Unrecht geschieht; manchmal in einem Ausmaß, das der Sozialstaat nicht hinnehmen darf.

Heute - über 25 Jahre später - lesen wir den **Tätigkeitsbericht** der **Bürgerbeauftragten** und stellen fest: Es ist gut, dass wir dieses Amt haben. Die Bürgerbeauftragte ist eine, manchmal sogar die soziale Instanz des Landes. Ihr Ansehen, ihr Fachwissen und ihr Engagement sind allseits anerkannt und geachtet. Das ist nicht selbstverständlich, wenn es darum geht, Menschen im Umgang mit Einrichtungen und Verwaltungen im Sozialbereich mit Bewilligungs- und Leistungsbescheiden zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die **Anzahl** der Menschen, die sich an die Bürgerbeauftragte wenden, steigt jährlich; von 804 **Eingaben** im ersten Amtsjahr auf ein neues Rekordhoch im vergangenen Jahr von rund 3.900 Eingaben. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 5,7 %. Dieser Anstieg sollte uns übrigens nicht zufriedenstellen, weil er auch ein Hinweis auf ein Problem ist, das wir in unserer Sozialgesetzgebung und ihrer Anwendung haben: Die Dichte und Kompliziertheit von Sozialgesetzgebung nimmt zu. Viele Menschen fühlen sich im Paragrafenschwung verloren. Rund 3.500 Menschen suchten im Jahr 2013 zu einer Vielzahl von Ausnahmeregelungen, Gesetzen und Verordnungen in der Verwaltungspraxis ihren Rat. Die Bürgerbeauftragte ist in solchen Fällen eine verlässliche Anwältin der Menschen für schnelle und flexible Hilfe in sozialen Angelegenheiten.

Ich will dazu anmerken, dass auch wir gefordert sind, wenn es darum geht, die **Arbeitsbedingungen** in unseren **Behörden** nicht außer Acht zu lassen. Sie sind Grundlage für eine funktionierende bürger-nahe Verwaltung. Wir brauchen Erkenntnisse darüber, wo Änderungsbedarf besteht. Auch diese Aufgabe erfüllt die Bürgerbeauftragte im besonderen Maße. Dort, wo sie gebraucht wird, geht es häufig um die Existenz eines Menschen oder einer gesamten Familie. Die Tatsache, dass die Eingaben im Bereich des SGB II auf besonders hohem Niveau liegen, zeigt dies sehr deutlich. Hier gibt die Bürgerbeauftragte Hinweise und zeigt einen deutlichen Änderungsbedarf bei der Bearbeitung einzelner Anträge auf.

Die Anregungen der Bürgerbeauftragten an die politischen Institutionen in diesem Land sind für uns wichtig. Sie sind oft schmerzhaft, weil sie den Finger immer wieder zielsicher in die Wunden legt. Umso mehr werbe ich dafür, dass wir ihre Anregungen aufgreifen, dass wir sie debattieren und wo immer möglich umsetzen.

Ein Drittel der Eingaben im vergangenen Jahr betraf die **Grundsicherung für Arbeitsuchende**. Das ist wahrlich keine Luxusfrage, sondern schlicht eine Überlebensfrage. Die Vielfalt ihrer Arbeitsbereiche geht aber weit darüber hinaus: Arbeitsförderung, Kranken- und Rentenversicherung, Gesundheitsversorgung, Kinder- und Jugendhilfe, Rehabilitation, Teilhabe von Menschen mit Behinderung, BAföG, familienpolitische Leistungen, Wohngeld und Schulangelegenheiten; all dies und noch viel mehr umfasst der Tätigkeitsbereich des kleinen Teams der Dienststelle der Bürgerbeauftragten in Schleswig-Holstein, das unendlich viel leistet und unser aller Dank und Anerkennung verdient hat.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Die Einführung der **Antidiskriminierungsstelle** hat Ihre Arbeit im Übrigen noch vielseitiger gemacht. Frau Kollegin Rathje-Hoffmann hat eben deutlich gemacht, worum es bei der Diskriminierung vielfältigster Art geht. Ich glaube, wir haben durch Ihren beherzten Einsatz auch einen Staat erlebt, in dem viel zu tun ist.

Wer die Einzelfallbeispiele im Tätigkeitsbericht nachliest, dem wird dies sehr anschaulich gemacht. Da gibt es die Schülerin, die dank Grundsicherung während der Ausbildung noch einen Abschluss machen kann. Das ist prima, wissen wir doch, was aus einem Leben ohne Berufsabschluss wird. Da ist die Witwe, die lange kämpfen muss, um Rentenansprüche zu bekommen, die dann endlich erfüllt werden.

(Dr. Ralf Stegner)

Da ist die pflegebedürftige Frau, deren Rechte und Wünsche endlich respektiert werden, nachdem sie durch Verwaltungspraxis teilweise nicht anerkannt wurden. Da ist die Befreiung einer Familie von Kita-Beiträgen, die dafür sorgt, dass eine ordentliche Betreuung der Kinder stattfinden kann. All das sind Erfolgsbeispiele, all das haben diese Menschen Ihnen zu verdanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Sie haben das geschafft, weil diese Menschen mit Birgit Wille und ihrem Team in Kontakt getreten sind und weil man sich dort für diese Menschen starkgemacht hat. Der Einsatz und das Engagement sind etwas, was wirklich allen Respekt verdient. Im Namen der SPD-Landtagsfraktion möchte ich Birgit Wille für ihren unermüdlichen Einsatz und für viele anregende Hinweise im Verlauf ihrer 13-jährigen Amtszeit herzlich danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Birgit Wille hat uns stets sachlich vor Augen geführt, wo wir nicht wegschauen sollten. Dabei war sie nie unparteiisch. Sie war überparteilich, aber sie war nie unparteiisch, denn sie stand immer fest an der Seite derjenigen, die auf ihre Hilfe angewiesen sind. Ich füge hinzu, Eugen Glombig, Sigrid Warnicke und Birgit Wille haben dieses Amt in den vergangenen Jahren mit Leben gefüllt. Frau Warnicke sehe ich oben auch auf der Tribüne. Ihnen und Ihren Teams gilt daher unser Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Viele 10.000 Eingaben sind bearbeitet worden. Vielen Bürgerinnen und Bürgern konnte schnell und unmittelbar geholfen werden. Die kompetente und in Teilen auch empathische Beratung ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines **sozialen Schleswig-Holsteins**. Man muss es wollen, Menschen zu helfen. Manchmal sind wir ein bisschen zu weit von den Dingen entfernt, die einzelne Menschen wirklich betreffen. Die Gesetzgebung ist das eine, die Praxis ist das andere. Sich um Menschen kümmern zu wollen, die Hilfe brauchen, ist wichtig und unverzichtbar. Dies macht den Sozialstaat ebenfalls aus.

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten ist und bleibt eine notwendige und bewährte Institution in Schleswig-Holstein. Dass ihre Existenz inzwischen unbestritten ist, ist gut für dieses Land. Mit Blick auf die gleich im Anschluss anstehende

Wahl bin ich optimistisch, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. So bleibt mir nach dem Dank an die ausscheidende Bürgerbeauftragte nun, der künftigen zu wählenden Amtsinhaberin Glück und Erfolg zu wünschen. Samiah El Samadoni, ich bin sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger, die auf den Sachverstand und auf Engagement mit Herz angewiesen sind, sich darauf verlassen können, dass dies mit Ihnen so bleibt. Beides verbinde ich mit diesem Amt. Das Amt ist gut für Schleswig-Holstein, es verdient die volle Rückendeckung dieses Hauses. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen wir nun auch offiziell die ehemalige und langjährig tätige Bürgerbeauftragte Sigrid Warnicke. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten hat ihren **Tätigkeitsbericht** für das Jahr 2013 vorgelegt. Er ist detailliert und deutlich, klar und konsequent. Im Namen der Fraktion der Grünen sage ich: Liebe Frau Wille, herzlichen Dank an Sie und Ihr Team dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Engagement der Bürgerbeauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist für die Menschen in Schleswig-Holstein unersetzlich. Das macht der vorliegende Bericht einmal mehr deutlich. Das ist nicht nur ein Bericht, das ist ein kleines Buch geworden. Auf 90 Seiten werden viele Eingaben zusammengefasst. 3.875-mal sind Bürgerinnen und Bürger in Not, und 3.875-mal haben Sie und Ihr Team erfolgreich Erste Hilfe geleistet. In diesem 90-seitigen Bericht zeigt sich, dass unser **soziales Netz** zwar sehr gut ist, es aber immer noch Lücken gibt. Es ist unsere Aufgabe, diese Lücken im Laufe der Zeit zu schließen.

Bemerkenswert ist, dass sich ein Drittel der Fälle auf die **Grundsicherung für Arbeitssuchende**, auf das **SGB II**, bezieht. Dabei sind insbesondere wir

(Dr. Marret Bohn)

von den Grünen und von der SPD in der Verantwortung. Wenn es nach so vielen Jahren immer noch so viele Eingaben und Beschwerden gibt, bedeutet das für mich ganz klar, dass wir noch lange nicht da sind, wohin wir wollen. Das muss noch wesentlich besser werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Als gesundheitspolitische Sprecherin macht mir die zunehmende Anzahl der Beratungsfälle in der **gesetzlichen Krankenversicherung** Sorgen. Auch in diesem Fall müssen wir genau hinschauen, warum diese Menschen in Not sind und was wir tun können, damit das in Zukunft seltener oder am besten gar nicht mehr passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir debattieren heute zum letzten Mal einen Bericht, den Birgit Wille vorgelegt hat. Ich kann nur danke sagen für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, für Ihre Beharrlichkeit, für Ihr Engagement und für Ihr ewiges Nachfragen: Warum ist das noch nicht besser? Was können wir tun, damit es besser wird? - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für meine Fraktion kann ich sagen - ich denke, dabei sind wir uns im Landtag einig -, dass wir offene Ohren für das haben, was Sie uns sagen. Ihre Appelle werden auch weiterhin ein sozialer Wegweiser, ein sozialer Kompass für Schleswig-Holstein sein.

In den Bereichen, in denen wir dies können, werden wir auf Landesebene tätig werden. In den Bereichen, in denen wir das auf Landesebene nicht alleine entscheiden können, müssen wir versuchen, auf Bundesebene und gemeinsam mit den Kommunen praktikable Lösungen zu finden.

Abschließend möchte ich ein zentrales Thema ansprechen, nämlich die **Gleichstellung**, die uns Grünen auf allen politischen Ebenen sehr wichtig ist. Wir haben uns gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von der SPD und vom SSW dafür eingesetzt, dass das Thema der **Antidiskriminierung** mit Leben gefüllt und eine Beratungsstelle eingerichtet wird. Auch diese ist bei Ihnen in guten Händen. Ich finde es sehr wichtig, dass überall in Schleswig-Holstein Menschen, die das Gefühl haben, dass sie diskriminiert werden, eine Anlaufstelle und jemanden haben, der sie unterstützt und sie in ihrer schwierigen Situation auffängt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Anschluss an diese Debatte werden wir eine neue Bürgerbeauftragte wählen. Ich hoffe, wir werden die neue Bürgerbeauftragte mit einer breiten Mehrheit wählen. Ich schließe meine Rede mit den Worten des Dankes und des Wunsches der zukünftig guten Zusammenarbeit mit der voraussichtlichen Nachfolgerin. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Wille, auch von meiner Seite und im Namen der FDP-Fraktion möchte ich Ihnen ganz herzlich danken für die Arbeit, die Sie in den vergangenen Jahren zuverlässig, engagiert, mit viel Herzblut und dennoch immer sehr sympathisch und offen ausgeübt haben.

(Beifall FDP)

Ich persönlich habe mich immer sehr gern mit Ihnen ausgetauscht. Ich hoffe, dass wir uns in Ihrem weiteren Leben das eine oder andere Mal über den Weg laufen werden.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, auch Ihren Mitarbeitern zu danken. Sie haben ein kleines Team hinter sich. Die Zahl der Eingaben macht deutlich, dass die Arbeit nicht unerheblich war. Wie meine Vorredner bereits gesagt haben, ist die Arbeit im Laufe der Jahre stetig mehr geworden.

Frau Wille, Sie haben in Ihren Berichten sehr viele persönliche Schicksale dargestellt und beschrieben. An vielen Stellen habe ich mich gefragt, warum wir es nicht schaffen, Gesetze, Verordnungen et cetera so zu formulieren, dass die Menschen das verstehen, dass die Mitarbeiter, die das umsetzen sollen, das auch wirklich einwandfrei hinbekommen, so dass es eigentlich gar nicht nötig wäre, dass man Sie anruft.

Wir werden später noch über den Antrag mit dem Titel „Mehr leichte Sprache in Schleswig-Holstein“ debattieren. Das wird sicherlich ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein. Auch dazu haben Sie Ihren Beitrag geleistet.

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel gab und gibt es unter den Fraktionen immer unterschiedli-

(Anita Klahn)

che Vorstellungen darüber, wie wir mit den **benannten Missständen** umgehen sollen. Die Bürgerbeauftragte war dabei immer sehr deutlich. Ich möchte ein Beispiel aus dem Tätigkeitsbericht herausgreifen. Dies betrifft die Altersarmut.

Wir sind uns alle einig, dass die kontinuierliche Zunahme von **Altersarmut** unbedingt bekämpft werden muss. So richtig der jetzt eingeschlagene Weg, der zu einer besseren Anrechnung der Erziehungszeiten führt, auch sein mag: Das wirkt nur begrenzt; denn bei den meisten Betroffenen wird die höhere Rente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet, sodass im Ergebnis das verfügbare Einkommen nicht steigt. Vielmehr sorgt der Verzicht auf die Absenkung des Rentenbeitrags zu einer geringeren Rentenerhöhung im Folgejahr. Außerdem müssen wir uns fragen, warum denjenigen, die privat vorsorgen, kein Freibetrag eingeräumt wird und warum die bestehenden Zuverdienstgrenzen so niedrig sind.

(Beifall FDP)

Außerdem muss die sogenannte **Mütterrente** aus Steuermitteln bezahlt werden; denn die Finanzierung der sogenannten Mütterrente nur durch Beitragszahler der Rentenversicherung belastet untere und mittlere Einkommen und schont diejenigen, die von ihren Kapitaleinkünften leben. Kleine und mittlere Beitragszahler schultern also diese Last. Diese Finanzierung stellt eine Umverteilung von unten nach oben dar. Es ist mir schleierhaft, wie eine christlich-soziale Koalition sich für ein derartiges Konstrukt aussprechen kann.

Meine Damen und Herren, die schwarz-rote Bundespolitik wird leider dazu führen, dass die zukünftige Bürgerbeauftragte deutlich mehr Arbeit bekommt. Keines der bisher vorgestellten Projekte löst die sozialpolitischen Probleme in unserem Land. Vielmehr werden sie sogar noch verschärft.

Nicht ohne Grund titeln zahlreiche überregionale Zeitungen, dass das deutsche Jobwunder vorbei sei, wenn die angekündigte Politik der Bundesregierung Wirklichkeit werden sollte. Wenn man den Unterschied nicht erkennen kann, ob Schwarz-Rot oder Rot-Rot-Grün regiert, sollten sich gerade die Kollegen der Union fragen, ob das wirklich die richtige Politik ist.

Meine Damen und Herren, namhafte Wirtschaftsforscher kritisierten in den vergangenen Tagen erneut den **Mindestlohn** und die **Rente mit 63**. Im Zusammenhang mit dem Mindestlohn wird ein Stellenabbau von etwa 900.000 Arbeitsplätzen erwartet. Das wird auch in Schleswig-Holstein Spu-

ren hinterlassen. Nicht nur der Paritätische Wohlfahrtsverband, sondern auch der Vorsitzende der Bertelsmann-Stiftung mahnt an, erfolgreiche Strukturreformen in der Rentenpolitik nicht wieder aufzuweichen; denn das gefährde die Fortschritte der vergangenen Jahre wie etwa bei der Generationengerechtigkeit.

Anstatt unnötige Regelungen zu treffen, die unserer Wirtschaft schaden, sollten wir vielmehr die Bereiche **Qualität, Bildung** und **Qualifizierung** verbessern, um unseren Kindern ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Nicht ohne Grund stehen die Themen „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ sowie „Arbeitsförderung“ am Beginn des inhaltlichen Teils des Berichts der Bürgerbeauftragten. Es muss doch das Ziel sein, prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen und möglichst viele junge Menschen zu qualifizieren. Davon ist bei dieser Landesregierung leider nicht viel zu sehen.

Die neuesten Zahlen zeigen, dass sich Schleswig-Holstein weiter von der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesgebiet abkoppelt. Der Aufbau von Bürokratie, Steuererhöhungen, niedrige Investitionsquoten und das Verrottenlassen der Infrastruktur schnüren jede positive Entwicklung in diesem Land ab.

Der neuen Bürgerbeauftragten kann ich bei diesen Perspektiven nur Mut zusprechen. Sie wird viel Kraft für ihr neues Amt brauchen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Wille, dem Dank meiner Vorrednerinnen und Vorredner für Ihre großartige Arbeit schließe ich mich namens meiner Fraktion natürlich vollständig an. Das ist keine Frage.

(Beifall PIRATEN)

In den knapp zwei Jahren, in denen wir miteinander zu tun hatten, habe ich Sie immer als sehr offen für Anregungen und tolle Gespräche erlebt. Gegen Auswüchse und Formen der eiskalten sozialen Bürokratie haben Sie und Ihr Team den Menschen dieses Landes oft geholfen. Damit haben Sie auch ge-

(Wolfgang Dudda)

holfen, das Vertrauen in diesen Sozialstaat aufrechtzuerhalten. Damit haben Sie Ihren gesetzlichen Auftrag mehr als erfüllt.

Sie waren tatsächlich die **Anwältin**, das **Sprachrohr** und die **Informationsstelle**, wie es § 1 des Bürgerbeauftragtengesetzes vorsieht.

Besonders gut in Erinnerung behalte ich, dass Sie als eine der Ersten auf die dramatischen Folgen der **Kosten der Energiewende** für die Empfänger staatlicher Transferleistungen hingewiesen haben.

(Beifall PIRATEN)

Auch in Ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2013 findet sich das wieder. Die Anregung von Ihnen, sich auf Bundesebene für die Wiedereinführung des **Heizkostenzuschusses** einzusetzen, greife ich auf. Meine Fraktion wird das verfolgen.

Die **Zahlen** gehe ich etwas anders an als die Kollegen Katja Rathje-Hoffmann, eher in die Richtung des Kollegen Stegner. Wir haben dieses Amt seit 25 Jahren. Allein für das vergangene Jahr waren rund 5,8 % aller Eingaben zu verzeichnen. Das müssen wir als Alarmsignal und auch als Auftrag verstehen. Grundlegendes können wir nämlich auch verbessern, ohne viel Geld in die Hand nehmen zu müssen. Da bin ich völlig bei der Kollegin Klahn. Beispielsweise müssen wir die Sozialgesetze besser und klarer formulieren, damit die Ansprüche und deren Gewährung unmissverständlich sind. Bis uns das besser gelingt, müssen wir uns darum kümmern, dass die Beratungsleistungen besser werden.

Der Bericht merkt auch hier das Richtige an: Das Recht eines Leistungsberechtigten auf Beratung und Information passt überhaupt nicht mit einer Callcenter-Mentalität zusammen, wie sie derzeit leider Praxis ist.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Dieses Übel muss und kann man durch geeignete **Organisationsmaßnahmen** abstellen sowie durch die entsprechende Schulung der Mitarbeiter. Das kostet nicht viel, sorgt aber dafür, dass der Begriff Sozialstaat tatsächlich besser mit Leben gefüllt wird.

Ein weiteres Beispiel zeigt, dass wir mit dem Sozialstaat nicht überall im 21. Jahrhundert angekommen sind. Da empfiehlt der Bericht: Bei der Beantragung eines Darlehens zur Überbrückung des Zeitraums bis zum Eingang des ersten Arbeitslohns nach der Arbeitslosigkeit empfiehlt Frau Wille tatsächlich, dass man am besten persönlich gegen Eingangsstempel seine Unterlagen abgibt oder das gute

alte Einschreiben dafür benutzt. Grund dafür ist offensichtlich eine fehlerhaft arbeitende Postverteilung in den Behörden. Als Kontrast füge ich dazu an, dass millionenschwere Förderprogramme für die Wirtschaft im Online-Verfahren bearbeitet werden, wie ein Blick auf die Seite des Bundeswirtschaftsministeriums leicht verrät. Aber die haben auch eine starke Lobby, das haben Ihre Kunden im wahrsten Sinne des Wortes nicht.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Dass die Sicherstellung von Grundrechten für die Leistungsberechtigten immer mehr an Grenzen stößt, wird besonders bei den Unterkunftskosten deutlich. Der Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten bringt das Spannungsfeld eines völlig überhitzten Wohnungsmarktes und den Anspruch auf angemessenes Wohnen mit den Worten zum Ausdruck, ich zitiere:

„Wie und unter Zuhilfenahme welcher mathematisch-statistischen Verfahren kann ein richtiges ‚schlüssiges Konzept‘ entwickelt werden? In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, dass die Entscheidungen des Bundessozialgerichts hier nur bedingt weiterhelfen, weil immer offensichtlicher wird, dass die Anforderungen an die Praxis überspannt worden sind.“

- Das ist die Situation.

Aber anstatt sich diesem Problem mit aller Kraft zu widmen, verschwendet man von allen Seiten der Behörden sehr viel Energie beim Sanktionieren einzelner in Bedarfsgemeinschaften. Dass sich solche **Sanktionen** völlig unverhältnismäßig auf die anderen Angehörigen solcher Bedarfsgemeinschaften auswirken, wird bewusst ignoriert. Das meinte ich mit dem, was ich eingangs als eiskalte soziale Bürokratie bezeichnete.

Die Redezeit von fünf Minuten macht es unmöglich, auf alle genannten Probleme einzugehen. Der Bericht, den Sie abgegeben haben, Frau Wille, ist auch ein **Status quo** unseres **Sozialstaates**. Theoretisch ist er gar nicht so schlecht, in der Praxis hat er aber viel, viel Luft nach oben.

Damit komme ich zu dem Beispiel, das Frau Kollegin Rathje-Hoffmann vorhin angedeutet hat. Das ist der Fall 12 in Ihrem Bericht, nämlich dass eine Beinamputation für unsere Behörden noch lange keine Gehbehinderung darstellt. Das zeigt, dass es bei uns im wahrsten Sinne des Wortes schiefläuft.

Dass Sie auch da zügig Abhilfe schaffen konnten, dafür danke ich Ihnen, Frau Wille. Ich wünsche Ih-

(Wolfgang Dudda)

nen auch im Namen unserer Fraktion alles Gute für die Zukunft.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun der Abgeordnete Flemming Meyer

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir den aktuellen Bericht der Bürgerbeauftragten anschau und mir vergangene Tätigkeitsberichte vor Augen führe, habe ich, ehrlich gesagt, sehr gemischte Gefühle. Es steht völlig außer Frage, dass Frau Wille und ihr gesamtes Team mit größtem Engagement an ihre Arbeit gehen. Wir sehen aber, dass die **Zahl der Eingaben** stetig steigt. Die **Arbeitsschwerpunkte** haben sich dabei kaum verändert. Auch wenn die Beauftragte mit ihren Mitarbeitern immer mehr Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Problemen helfen kann, ist das natürlich nicht Grund zur Freude. Denn ich denke, unser eigentliches und gemeinsames Ziel sollte es sein, die Institution „Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten“ nach und nach möglichst überflüssig zu machen. Leider sind wir davon meilenweit entfernt. Das Gegenteil ist der Fall: Auch dieser Bericht ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass wir vor gewaltigen Problemen im Sozialbereich stehen. Aber ohne die wertvolle Beratungsarbeit der Bürgerbeauftragten würden noch viel mehr Bürgerinnen und Bürger an der Sozialgesetzgebung und ihrer Auslegung verzweifeln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW dankt Ihnen, liebe Frau Wille, und Ihrem Team ausdrücklich für diesen großen Einsatz.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Grundsätzlich kann es aber keinen Zweifel daran geben, dass die Zahl der Menschen, die sich mit einem Problem an die Beauftragte wenden, viel zu hoch ist. Wenn wir ehrlich sind, lässt diese Entwicklung nur einen Schluss zu: Wir brauchen dringend eine **grundlegende Reform der Sozialgesetzgebung**.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Eine traurige Erkenntnis, an der wir auch in diesem Jahr nicht vorbeikommen, ist, dass der Bereich rund um das **Sozialgesetzbuch II** wieder Spitzenreiter

unter den Eingaben ist. Damit wird überdeutlich, dass die Probleme bei der Verwaltungshandlung und bei der Gesetzgebung nicht gelöst sind.

Den Mitarbeitern in den Arbeitsverwaltungen fehlt es offenbar bis heute an Orientierung und Sicherheit im Umgang mit dem viel zu komplexen Regelwerk. Aus Sicht des SSW ist und bleibt die Hartz-IV-Gesetzgebung ungenügend. Deshalb bleiben wir auch dabei: Der Bereich rund um das SGB II muss endlich grundlegend im Sinne der Hilfebedürftigen verändert werden.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze nicht zuletzt das Ziel verbunden war, ein besseres Verhältnis zwischen den Komponenten **Fördern und Fordern** zu erreichen, wobei das Fördern ganz klar die höhere Priorität haben sollte. Umso enttäuschender ist es, dass sich die Probleme in diesem Teilbereich so hartnäckig halten. Auch wenn diese Aufgabe mühsam erscheinen mag, ist dieser Ansatz zentral. Denn ohne die Priorität des Förderns wird es kaum gelingen, den Menschen echte berufliche Chancen zu geben.

SSW, Grüne und SPD sehen hierzu keine Alternative. Das bloße Verwalten der Arbeitsuchenden darf keinem von uns genügen. Doch der Bericht von Birgit Wille zeigt leider mehr als deutlich, dass sich bis heute noch viel zu viele Ratsuchende alleingelassen und hilflos fühlen.

Ich denke, die Bürgerbeauftragte hat auch für das vergangene Jahr deutlich genug gemacht, wo die **Großbaustellen im Sozialbereich** liegen. Mit den Möglichkeiten, diese Probleme zu lösen, setzen sich auch die Koalitionspartner intensiv auseinander. Wir sind der Bürgerbeauftragten für diese und weitere Anregungen sehr dankbar. Eines möchte ich aber hier noch ganz besonders hervorheben: Unsere Bürgerbeauftragte hilft nicht nur den Menschen, die sich im Dickicht der Sozialgesetze verirrt haben. Sie legt auch öffentlich den Finger in die Wunden. Durch sie haben die Schwächsten unserer Gesellschaft eine Stimme, und für sie macht sich Frau Wille schon seit Jahren stark. - Für diesen Einsatz und für die stets gute Zusammenarbeit möchte ich noch einmal von ganzem Herzen danken

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, da die Bürgerbeauftragte bei dem Landtagspräsidenten angesiedelt war und auch künftig bleibt und wir mit Ihnen, Frau Wille, oftmals sehr intensiv über ihre Aufgabenbereiche gesprochen haben und Sie viele Dinge auch bei uns in Gang gesetzt haben, möchte ich aus meiner Position Ihnen für das gesamte Haus herzlich für die hohe soziale Kompetenz, das Beharrungsvermögen, die Durchsetzungskraft und vor allem für das große soziale Herz, das Sie immer mit großem Charme vorgetragen haben, danken.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 11 auf:

Wahl der/des Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1739

Eine Aussprache ist gemäß § 7 Abs. 2 des Bürgerbeauftragtengesetzes nicht vorgesehen.

Da mir signalisiert worden ist, dass von zwei Fraktionen geheime Abstimmung gewünscht ist, gehe ich davon aus, dass wir geheim abstimmen.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein die Mehrheit der Mitglieder des Landtags - das sind 35 Abgeordnete - erforderlich ist.

Zum Wahlauf Ruf gebe ich Ihnen folgende verkürzte Hinweise: Sie haben die Möglichkeit, die Stimmzettel mit Ja, Nein und Enthaltung anzukreuzen. Für den Fall der Enthaltung mache ich darauf aufmerksam, dass Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Nach Aufruf durch die Schriftführerin beziehungsweise durch den Schriftführer gehen Sie bitte zum Mitarbeiter des Saaldienstes zu meiner Linken, der Ihnen den Stimmzettel aushändigen wird. Sie haben die Möglichkeit, eine der beiden Wahlkabinen zu nutzen. Ich bitte Sie, zügig von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Bitte benutzen Sie nur den in

der Wahlkabine bereitliegenden Stift zur Stimmabgabe. Andere Kennzeichnungen führen zur Ungültigkeit.

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, bitte ich die Schriftführerin oder den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist. Barbara, schau bitte einmal nach.

(Ein Mitarbeiter des Saaldienstes zeigt der Schriftführerin die geöffnete Wahlurne.)

Das ist der Fall. Meine Damen und Herren, damit ist der Wahlakt eröffnet. Ich bitte nunmehr die Schriftführerin und den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

Meine Damen und Herren, bevor ich die Wahlhandlung schließe, frage ich Sie, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter unter Ihnen ist, der noch nicht gewählt hat. - Das ist nicht der Fall. Der Wahlakt ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung der Stimmen für etwa 10 Minuten. Ich bitte Sie, um 12:20 Uhr wieder auf den Plätzen zu erscheinen. - Danke schön.

(Unterbrechung 12:11 bis 12:20 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Begrüßen Sie zunächst auf der Tribüne mit mir vom Deutschen Beamtenbund Frau Schwitzer und die ehemalige Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel, Frau Volquartz. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich komme jetzt zum Abstimmungsergebnis. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt; das sind 77 % der Abgeordneten.

(Anhaltender Beifall)

Mit Nein haben 9 Abgeordnete gestimmt; das sind 13 %. 7 Abgeordnete haben sich enthalten; das sind 10 %. Der Wahlvorschlag ist mit der erforderlichen Mehrheit zu einem Erfolg geworden. Frau Samiah El Samadoni ist damit zur Bürgerbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein gewählt. - Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit, viel Gutes für Schleswig-Holstein. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1760

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN
Drucksache 18/1779

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Dr. Waltraud Wende, das Wort.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem neuen **Lehrkräftebildungsgesetz** verbessern wir die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung in Schleswig-Holstein, und zwar in Kiel und in Flensburg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir stärken die Ausbildung an beiden Universitäten.

Was aber noch wichtiger ist: Die künftigen Lehrkräfte bekommen eine Ausbildung, die passgenau auf die **Herausforderungen in den Schulen** vorbereitet, und die Schülerinnen und Schüler bekommen Lehrkräfte, die darauf vorbereitet sind, individuell auf ihre Stärken und Schwächen eingehen zu können.

Die heutigen Lehrkräfte leisten viel. Wie viel einfacher hätten sie es gehabt, wenn sie bereits im Studium darauf vorbereitet worden wären, mit den Herausforderungen des Schulalltags, beispielsweise mit leistungsheterogenen Klassengemeinschaften, umzugehen?

Die heute an unseren Schulen arbeitenden Lehrkräfte mussten und müssen sich in bewundernswerter Eigeninitiative weiterbilden, etwa im Rahmen der Fortbildungsangebote die das IQSH zum Schwerpunkt Inklusion bereitstellt und die das MBW mit 1 Million € finanziert.

Meine Damen und Herren, mein Ziel, unser gemeinsames Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine exzellente Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Schleswig-Holstein zu setzen. Ich bedanke mich bei allen an der Entstehung des Gesetzentwurfs Beteiligten, bei den am **Bildungsdialog** Beteiligten, bei den Universitäten genauso wie bei den am Anhörungsverfahren beteiligten Verbänden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die im Anhörungsverfahren artikulierten Anregungen sind bis zum Schluss in diesen Gesetzentwurf eingeflossen. Das Gesetz ist noch immer im Status eines Entwurfs. Kritik ist gut, das Infragestellen des Bestehenden steht für Fortschritt.

Allerdings bedauere ich die Schärfe der Kritik. Es wäre schön, wenn wir zu einem konstruktiven Dialog und zu konstruktiver Kritik zurückfinden könnten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich verstehe die Schärfe der Kritik aber auch als Ausdruck unterschiedlicher Sorgen - Sorgen, die ich ernst nehme. Wir sollten den Dialog nicht abreißen lassen, wir sollten im Dialog bleiben. Ich bin mir sicher: Im Rahmen des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens werden die Kraft des Dialogs und die Kraft des besseren Arguments letztendlich siegen.

Meine Damen und Herren, das neue Lehrkräftebildungsgesetz dieser Landesregierung setzt drei Akzente. Erstens. Schleswig-Holstein bringt eine Lehrerbildung auf den Weg, die Standards setzt. Wir gestalten eine Ausbildung, die Lehrerinnen und Lehrer auf höchstmöglichem Niveau ausbildet. Fachwissenschaftlicher Maßstab ist die **Gymnasiallehrerbildung**, die um **pädagogisch-didaktische Studienanteile** erweitert wird.

Zweitens. Wir stärken beide **Universitäten: Kiel und Flensburg**. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wir bilden endlich genau die Lehrkräfte aus, die wir tatsächlich benötigen, die erstens zu unserer Schullandschaft passen und die zweitens in der Lage sind, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und zu fordern.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Es wird zukünftig die folgenden zu unserer Schullandschaft passenden Lehrämter geben: das Studium **Grundschullehramt**, das Studium **Sonderpädagogik**, das Studium **Sekundarschullehramt** für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Studium **Berufsschullehramt**.

Wer in Schleswig-Holstein ab dem Wintersemester 2014/15 mit dem Bachelor-Studium auf Lehramt beginnt, studiert auf fachwissenschaftlich hohem Niveau und erhält zugleich die notwendige pädagogisch-didaktische Expertise, um auf die tatsächlichen Herausforderungen von Schule reagieren zu können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten König?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Nein, ich möchte gern meine Gedanken entwickeln.

(Anita Klahn [FDP]: Sie liest doch ab! - Weitere Zurufe)

Zukünftig werden sowohl in Kiel wie auch in Flensburg Sekundarlehrerinnen und Sekundarlehrer ausgebildet. Sie können in den Jahrgängen 5 bis 13 der Gymnasien und der Gemeinschaftsschulen eingesetzt werden. Genau das ist uns wichtig. Und sie sind in der Lage, nicht nur fachlich exzellenten Unterricht zu gestalten, sondern auch individuell zu fördern und zu fordern.

Wir brauchen solche Qualifikationsprofile, nicht nur weil wir Gemeinschaftsschulen und Gymnasien haben, wir bräuchten sie auch - so das IPN, das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften -, wenn wir noch Hauptschulen und Realschulen hätten.

Für den Standort Flensburg bedeutet die Reform der Lehrkräftebildung: Wir stärken den fachwissenschaftlichen Ausbau der Fächer.

Für den **fachwissenschaftlichen Ausbau der Fächer** wird das Land der Universität Flensburg Gelder zur Verfügung stellen. Bereits jetzt sind 450.000 € in den jetzigen Haushalt eingestellt, ab 2017 sollen weitere 400.000 € pro Jahr und ab 2019 noch einmal 500.000 € hinzukommen.

Darüber hinaus wird eine einmalige Investition in Höhe von 1,2 Millionen € für die **Modernisierung** der Flensburger **Labore** zur Verfügung gestellt. Eine Aufstellung all der Kosten, die wir planen, wird heute dem Bildungsausschuss zugeleitet und ist damit für die Öffentlichkeit zugänglich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere neue Lehrkräftebildung bedeutet für Kiel: An der **CAU** erhalten die **pädagogisch-didaktischen Studieninhalte** ein größeres Gewicht. In Kiel benötigen wir eine veränderte Akzeptanz der Lehrkräftebildung, eine größere Akzeptanz des Berufsfeldbezugs. Wenn die fachlich exzellente Ausbildung durch eine Stärkung der didaktisch-pädagogischen Expertise flankiert wird, dann wird Kiel - da bin ich mir sicher - unschlagbar werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Beide Standorte profitieren von der Reform der Lehrkräftebildung. Flensburg erhält eine Stärkung im Bereich der Fachwissenschaft, Kiel gewinnt durch den Praxisbezug. Schule ist immer nur so gut wie die Lehrerinnen und Lehrer, die sie verantworten. Hierbei spielt die Ausbildung unserer Lehrkräfte eine entscheidende Rolle. Lehrkräfte müssen in die Lage versetzt werden, alle Schülerinnen und Schüler, egal ob Gymnasiast oder Gemeinschaftsschüler, individuell zu fördern und zu fordern. Ich betone es gern noch einmal: Schule im Gleichschritt einer als leistungshomogen gedachten Klasse war gestern. Der **individuellen Differenzierung** sowohl in den Gemeinschaftsschulen wie an den Gymnasien gehört die Zukunft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jeder Schüler und jede Schülerin ist anders als die anderen. Genau das ist gut so.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Genau darauf müssen wir Lehrkräfte entsprechend vorbereiten. Im Fokus unserer Schulpolitik steht nicht die Frage, wie ein Schüler oder wie eine Schülerin sein muss, um den Anforderungen von Schule gerecht zu werden, sondern im Fokus unserer Schulpolitik steht die Frage, wie Schule sein muss, damit sie den Ansprüchen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass der Gesetzentwurf genau hierfür, nämlich für eine Schule der Zukunft, die Voraussetzungen schafft. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht allen Fraktionen zur Verfügung. Zunächst hat für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Frau Ministerin gerade eben gesprochen und uns darüber berichtet hat, dass sie einen Brief an die Bildungsausschussvorsitzende geschrieben und in diesem **Brief** die **Kosten** aufgeführt hat, habe ich mich gefragt, ob es nicht für uns alle hier spannend gewesen wäre, wenn sie die Zahlen hier vorgetragen hätte, wenn wir miteinander über den Gesetzentwurf reden.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Aber lassen Sie mich hier zu Beginn - mit Erlaubnis des Präsidenten - drei Zitate vortragen. Frau Ministerin Wende am 12. Oktober 2012:

„Ich habe seinerzeit als Präsidentin der Universität Flensburg erleben müssen, wie frustrierend und wenig produktiv es ist, wenn Politik nicht im Dialog mit den Betroffenen, sondern über die Köpfe der Betroffenen hinweg gemacht wird. Das wird bei mir als Ministerin anders sein.“

(Lachen und vereinzelter Beifall CDU und FDP - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Staatssekretär Fischer am 7. Februar 2013:

„Entscheidungen werden nur im Dialog mit den Hochschulen getroffen.“

Frau Ministerin Wende jetzt im Interview am 7. April 2014:

„Ich muss den Kieler Uni-Präsidenten ... nicht fragen, wenn ich in Flensburg etwas verändern will.“

(Lachen und Beifall CDU und FDP)

Diese Zitate zeigen, wie weit Anspruch und Wirklichkeit in dieser Albig-Regierung auseinanderklaffen.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

- Ja, das sage ich auch gerade, Herr Dr. Stegner.

Sie dokumentieren eindrucksvoll wie theatralisch Sie immer wieder aufs Neue das Hohelied des Dialoges singen, während Sie in Wahrheit das schleswig-holsteinische Bildungssystem rücksichtslos nach den persönlichen Vorlieben dieser Ministerin außer Kraft setzen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was für ein Unsinn!)

Diese persönlichen Vorlieben von Frau Wende haben nichts damit zu tun, was die Menschen in unserem Land wollen;

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

denn die **Ausbildung von Einheitslehrern** ist ein weiterer Schritt auf Ihrem Weg, die Gymnasien in Schleswig-Holstein möglichst schnell abzuschaffen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Diesem ideologischen Ziel ordnen Sie alle bildungspolitischen Ziele unter, koste es, was es wolle, und egal, was Experten und Betroffene sagen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Solche Experten wie Sie wahrscheinlich!)

Ihre Begründung für die **Neustrukturierung der Lehramtsausbildung** ist nichts anderes als eine Ausrede.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist Unsinn!)

Schauen Sie sich einmal an, was die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg gerade beschlossen hat. Die passen dort auch das Lehramtsstudium den Schulstrukturen an. Schauen Sie einmal, was Ihre Kolleginnen und Kollegen dort beschlossen haben. Natürlich bleibt dort ein Gymnasiallehramt erhalten.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Es macht doch auch gar keinen Sinn, wenn man Gymnasien erhält, das entsprechende Lehramt abzuschaffen.

Mit einer Legendenbildung möchte ich aufräumen, weil es mich ärgert, jedes Mal wieder die Koaliti-

(Daniel Günther)

onsabgeordneten zu hören, die sagen, es sei so schlimm, dass hier in Schleswig-Holstein immer noch Lehrerinnen und Lehrer für die alten Schulstrukturen Haupt- und Realschule ausgebildet wurden. - Sind Sie einmal in Flensburg gewesen?

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unverantwortlich!)

Können Sie mir einmal sagen, wo da heute noch Haupt- oder Realschullehrer ausgebildet werden und dort damit angefangen wird?

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Minister Klug und Minister de Jager haben doch zu CDU- und FDP-Zeiten die Neustrukturierung der Lehramtsausbildung auf den Weg gebracht.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Deswegen werden im Moment **Gemeinschafts- und Regionalschullehrer** ausgebildet.

Aber offenkundig ist Ihnen der Gesetzentwurf der Ministerin selbst so peinlich, dass Sie erst einmal versucht haben, alles zu tun, um zu verhindern, dass er nicht mitten im Plenum diskutiert wird, sondern schön an den Rand geschoben wird, damit niemand mitbekommt, was hier vorgelegt wird.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist Unsinn! - Weitere Zurufe)

So weit ist es bei Ihnen schon gekommen, Herr Dr. Stegner, dass Sie sich nicht nur für ihre Äußerungen schämen, sondern für ganze Gesetzentwürfe, die diese Ministerin vorlegt.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe)

Herr Ministerpräsident Albig, Sie brauchen sich gar nicht so zurückzulehnen und immer zu sagen: Frau Wende macht schon. - Sie tragen Verantwortung für das Landeskabinett.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie mal zu Inhalten! - Weitere Zurufe)

- Ja, das muss man ihm vielleicht ab und zu mal sagen, Herr Dr. Stegner. Sie sind nicht Ministerpräsident in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Sie tragen Verantwortung dafür, dass dieser Murks dem Landtag zugeleitet worden ist, Herr Albig. Diese schlampige Arbeit ist Ihr Problem.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich weiß, dass Sie heute so tun, als seien Sie nicht überrascht worden. Ich sage Ihnen aber heute: Zu keinem einzigen Zeitpunkt konnten die Hochschulen, konnte der Landtag damit rechnen, dass in Flensburg über die genannten sieben Fächer hinaus im Sek-II-Bereich ausgebildet wird - zu keinem einzigen Zeitpunkt. Im Koalitionsvertrag steht sogar nur etwas von Lehrerausbildung bis zur 10. Klasse in Flensburg. Frau Wende hat sogar mit dem, was sie hier vorgelegt hat, den Koalitionsvertrag gebrochen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Noch viel schwerwiegender aus meiner Sicht ist aber der **Vertragsbruch** gegenüber den **Universitäten Flensburg und Kiel**, den Sie jetzt öffentlich zugegeben haben.

(Beifall CDU und FDP)

Noch im September 2013 - das müssen Sie sich einmal vorstellen - hat sie öffentlich - es gab schon damals Kritik an ihrer Neustrukturierung der Lehramtsausbildung - gesagt: Lass uns noch einmal darüber reden. Ich weiß noch genau, wie Sie am 12. September 2013 vor die Presse getreten sind. Wenn man mit den Beteiligten dort spricht, sagen die, dass es vorher noch hieß, Sie wollten einen Vertrag unterschreiben. An dem Tag selbst sagen Sie: Lassen wir das lieber einmal mit der Unterschrift, machen wir lieber nur eine gemeinsame Pressekonferenz.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

Diese Vereinbarung, mit der Sie damals an die Öffentlichkeit gegangen sind, ist das Papier nicht mehr wert, auf dem sie damals gestanden hat.

(Beifall CDU und FDP)

Der Ministerpräsident - ich meine, das hat mich jetzt nicht überrascht -, was hat er zu dem Gesetzentwurf gesagt? - Er ist klug, der Gesetzentwurf ist klug.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Stark!)

- Stark hätte noch gefehlt. Der Ministerpräsident - das möchte ich gern fürs Protokoll festhalten - bezeichnet den Vertragsbruch dieser Landesregierung als kluge Regierungspolitik. - Na, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

In dem gesamten Anhörungsverfahren - und Sie können sich alle Gesetzentwürfe, die an die Verbände verschickt worden sind, auch die Parlaments-

(Daniel Günther)

information, die stattgefunden hat, ansehen - haben Sie sich nur auf die **sieben Fächer** bezogen. Immer ist nur von sieben Fächern die Rede gewesen. Man muss sich irgendwann doch auch einmal darauf verlassen können, was Frau Wende selbst in aller Öffentlichkeit am 28. November 2012 auf dem Hochschulkongress erklärt hat. Es waren einige von uns dabei, ich auch. Ich zitiere noch einmal kurz für all diejenigen, die das nicht wissen:

„Labore für naturwissenschaftliche Lehrerbildung sind bereits in Kiel vorhanden. Da wird Flensburg nie mithalten können.“

(Lachen CDU und FDP)

„Geld, um so etwas an zwei Standorten vorzuhalten, hat das Land nicht.“

(Zurufe CDU und FDP: Ach!)

- Meine Damen und Herren, dem haben wir nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Das galt übrigens nicht nur im November 2012, das gilt auch noch heute. Frau Finanzministerin Heinold hat auch sehr genau darauf hingewiesen, dass sie sich voll auf die Zahlen verlässt, die Frau Wende aufgelistet hat. Frau Heinold, ich frage mich: Wenn nicht die **Kosten**, was prüft eigentlich eine Finanzministerin, bevor sie einen **Gesetzentwurf** mitzeichnet? Die Kommasetzung?

(Beifall und Lachen CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Ob Umweltpapier verwendet wurde!)

Das versteht doch kein Mensch. Wofür hat man denn eine Finanzministerin?

Ich habe mir das einmal angeschaut, weil ich gedacht habe, es ist auch schwierig, so einen Gesetzentwurf, der plötzlich aus dem Nichts aufgetaucht ist und mitgezeichnet werden muss, in drei Tagen zu prüfen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Im Umlaufverfahren!)

- Im Umlaufverfahren. Wie soll man denn solche Kosten überhaupt prüfen? Ich habe in den letzten Tagen einfach einmal ein paar Anrufe getätigt und gefragt, was eigentlich der Umbau von drei Klassenräumen in Fachräume für Biologie, Physik und Chemie kostet. Frau Heinold - das darf ich Ihnen einmal sagen -, die Antwort war: Für den Umbau von Klassenräumen reichen die 1,2 Millionen € nicht aus, mit denen Sie die ganze Lehramtsausbil-

dung in Flensburg umstrukturieren wollen. An solche Zahlen können Sie doch nicht glauben!

(Beifall und Lachen CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

Dieser Gesetzentwurf muss zurückgezogen werden.

Sie haben in dem Anhörungsverfahren einen gefälschten Gesetzentwurf vorgelegt.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Widerspruch SPD)

Frau Wende hat das Kabinett, den Landtag und die Universitäten über Monate getäuscht. Sie hat Landesregierung und Landtag in allerletzter Minute falsch berechnete **Ausbaupläne** für die Universität Flensburg untergejubelt. Sie sind im Kabinett einer Lobbyistin auf den Leim gegangen, die nur ihre eigenen Interessen verfolgt.

(Zuruf SPD: Das ist ungehörig! - Weitere Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, dem sollten wir hier im Landtag nicht Folge leisten.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: - Weitere Zurufe SPD)

Deshalb fordere ich Sie auf, dem gemeinsamen Entschließungsantrag von CDU, FDP und PIRATEN zuzustimmen. Stoppen Sie dieses unverantwortliche Gesetz. Offenkundig hat der Ministerpräsident nicht die Kraft, Frau Wende zu stoppen. Frau Ministerin, Sie haben genug Schaden in der Bildungslandschaft hinterlassen. Setzen Sie diesem Treiben ein Ende, treten Sie zurück, Frau Ministerin.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Oh mein Gott! - Weitere Zurufe SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, es ist sicherlich Ihrer feurigen Rede geschuldet, aber ein paar benutzte Ausdrücke sind erklärungsbedürftig: gefälschter Gesetzentwurf, Lobbyistin in eigener Sache und so weiter. Dazu hätten Sie mehr sagen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte? - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wir sind hier nicht in der Staatsduma, Herr Präsident! - Anita Klahn [FDP]: Unglaublich! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Aber ich rüge das nicht. Es war eine feurige Rede, und ich achte auch bei den anderen Fraktionen darauf. Seien Sie sich dessen gewiss.

(Weitere Zurufe)

- Ich passe genau auf, was gesprochen wird. Denn es ist sehr wichtig, dass wir in dieser Debatte sachlich diskutieren

(Lachen CDU und FDP - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Unverschämtheit! - Weitere Zurufe FDP und CDU)

- sofern Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten beider Lager, das möglich ist.

Jetzt fahren wir in der Rednerliste fort. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, ich für meinen Teil war ganz zufrieden damit, dass Kollege Günther manche Teile nicht noch weiter ausgeführt hat. Das war eine muntere Oppositionsrede, eine der muntersten, die wir in dieser Legislaturperiode bisher gehört haben. Vielleicht antworte ich einmal mit der Offenlegung eines weiteren Geheimnisses, Herr Günther: Die bildungspolitischen Vorlieben dieser Ministerin sind auch die bildungspolitischen Vorlieben dieser Koalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Wir wollen hier nicht über Ihre Vorlieben reden!)

Es zeugt schon von - nennen wir es so - Mut, sich als CDU-Abgeordneter hier hinzustellen und so einen Ton anzuschlagen vor dem Hintergrund dessen, was Sie in der Hochschullandschaft dieses Landes an Schaden angerichtet haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Tatsache, dass Sie Probleme mit dem Konzept Dialog zu haben scheinen,

(Lachen FDP)

führe ich immer darauf zurück, dass Ihnen das **Konzept Dialog** fremd zu sein scheint.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lesen Sie doch einmal nach, was die Dialogpartner dazu sagen!)

Wenn Sie Entwürfe an Verbände verschickt haben, warum denn sonst als mit dem Ziel, Anregungen

und Kritik an- und möglicherweise dann auch in den Gesetzentwurf aufzunehmen? Das ist ein völlig normaler Vorgang. Ich weiß gar nicht, wie man daraus Rücktrittsforderungen konstruieren kann.

(Zurufe FDP)

Dass letztendlich so viel Kritik dann ja doch nicht zusammenkam, mache ich daran fest, dass Sie sogar den Beratungszeitpunkt hier im Landtag mit heranziehen müssen, um Skandale zu konstruieren.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, die CAU ist das **wissenschaftliche Zentrum** von Schleswig-Holstein. Hier studieren mehr als 24.000 junge Menschen. Hier lehren und forschen rund 2.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in derzeit 185 Studiengängen. Sie ist heute größte Arbeitgeberin in der Region. Sie versteht sich als moderne Volluniversität verbundener Wissenschaftskulturen. Breite exzellente Einzelforschung und interdisziplinäre Zusammenarbeit werden an der CAU gezielt über Kooperationen, koordinierte Forschungsprojekte und die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturplattformen gelebt. - So berichtet die CAU über sich selbst. Das zeugt zu Recht von einer Menge Selbstbewusstsein.

Von einer derart starken und selbstbewussten Institution mit knapp 3.500 Lehramtsstudenten sollte man auch glauben, dass sie über typisches Kirchturmdenken hinaus ist und nicht nach dem Motto agiert: Was jemand anderem nutzt, schadet automatisch mir. Von Selbstbewusstsein könnte zeugen, mögliche Stärken anderer zur Kenntnis zu nehmen und die Konkurrenz einfach das Geschäft beleben zu lassen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Stattdessen werden einmalig 1,2 Millionen € für die **Universität Flensburg** und ein jährlicher Mehrbedarf von knapp 900.000 € in Kiel als Provokation und als manifestierte Abrissbirne vor der CAU inszeniert. Was sollen denn dann eigentlich die anderen Hochschulen im Land zu 165 Millionen € sagen, die diese Koalition der CAU für die Sanierung ihrer Gebäude zur Verfügung stellt?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das! - Christopher Vogt [FDP]: Damit werden Gebäude saniert, keine Doppelstrukturen geschaffen!)

Die Aufregtheit in der Debatte lässt sich ja historisch erklären. Wir hatten einen Wissenschaftsmini-

(Martin Habersaat)

ster Jost de Jager und eine Haushaltsstrukturkommission, und die haben tatsächlich die **Existenz von Hochschulen** infrage gestellt. Sie haben tatsächlich die Abrissbirnen auffahren lassen. Da bestand eine wirkliche Gefahr für die Hochschulen in unserem Land.

(Vereinzelter Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glauben Sie wirklich!)

Und was war die Reaktion von Ihnen, Herr Kubicki? - Nicht etwa Rücktrittsforderungen, sondern Herr de Jager wurde Spitzenkandidat der CDU im nächsten Landtagswahlkampf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Es ist aus meiner Sicht durchaus nachzuvollziehen, dass die CDU jetzt endlich einmal ihre Abteilung Attacke trainiert.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das haben sie auch nötig! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich verfolge das mit Interesse. Interessant ist, dass Frau Wende zunächst, als wir mit der Debatte um die Lehrerbildung anfangen, als Lobbyistin für Flensburg gebrandmarkt wurde. Dann kam eine Phase, da kritisierte Kollege Günther, sie verrate die Interessen ihrer ehemaligen Hochschule, um sich in Kiel und Lübeck anzubiedern.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jawohl, Herr Günther!)

Jetzt haben Sie sie wieder als Flensburger Agentin enttarnt. Ich freue mich schon auf morgen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe SPD)

Die Frage ist: Ist es denn wirklich so schwer anzuerkennen, dass Frau Wende den Rollenwechsel von der erfolgreichen Hochschulpräsidentin zur erfolgreichen Bildungs- und Wissenschaftsministerin geschafft hat, ohne sich verbiegen zu lassen?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie eine Meinungsumfrage!)

Sieben Jahre nach einer sehr grundlegenden Schulgesetzreform in Schleswig-Holstein geht nun endlich auch die **Reform der Lehrerbildung** in die Schlussgerade. Frau Ministerin Wende holt das nach, was ihre Vorgänger - möglicherweise auch wegen verkürzter Legislaturperioden - nicht geleistet haben:

(Christopher Vogt [FDP]: Das hat damit nichts zu tun!)

die Anpassung der Lehrerbildung an die neuen Schulstrukturen und die sich wandelnden Anforderungen an den Lehrerberuf - endlich!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Endlich haben wir in Schleswig-Holstein ein Gesetz, das die drei Phasen der Lehrerbildung, Studium, Vorbereitungsdienst, Fortbildung, in eines gießt und dem Ganzen eine Form gibt, die vorbildlich ist.

Die **Vermittlung von Fachwissen** stand bisher schon im Mittelpunkt der Lehrerausbildung und wird natürlich auch weiterhin im Mittelpunkt stehen müssen. Gleichrangig daneben stehen allerdings **pädagogische Herausforderungen**, weil die Schule heute in vielen Fällen Aufgaben übernehmen muss, die von Elternhäusern nicht mehr geleistet werden können - wofür es unterschiedliche Gründe gibt.

Wenn wir mehr Inklusion wollen - ich habe bisher alle Fraktionen immer so verstanden, dass sie dieses Ziel unterstützen -, dann müssen wir den Lehrkräften beibringen, wie das geht - allen.

Wenn wir allerdings junge Leute, die gerade das Abitur abgelegt haben, dazu bringen wollen, sich für den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers zu entscheiden, müssen wir ihnen auch sagen, dass es Risiken auf dem Lehrermarkt gibt. Diese resultieren aus der schlechten Haushaltssituation der Bundesländer und aus stark zurückgehenden Schülerzahlen. Wir können ihnen aber auch sagen, dass es im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich praktisch Jobgarantien für angehende Lehrerinnen und Lehrer gibt. Vor diesem Hintergrund verstehe ich nicht ganz, warum Sie gerade den Ausbau der MINT-Fächer mit Feuer aus allen Kanonen bekämpfen.

(Christopher Vogt [FDP]: Unsinn!)

Der Gesetzentwurf geht den richtigen Weg auch, indem er den Anteil der **studienbegleitenden Praktika** an den Schulen ausweitet. Nur so können Studierende rechtzeitig überprüfen, ob ihre Entscheidung für den Lehrerberuf richtig war.

Das Modell eines gemischten Lehramts mit einem ersten Fach auf dem Niveau der Sekundarstufe I und einem zweiten auf dem Niveau der Sekundarstufe II ist in der Anhörung kritisiert worden, und die Landesregierung hat daraufhin - wir sprachen darüber; das macht man manchmal: auf Kritik rea-

(Martin Habersaat)

gieren - beschlossen, grundsätzlich alle **Lehrämter** an der Universität Flensburg auf das Niveau der **Sekundarstufe II** anzuheben. Die Landesregierung hat auch beschlossen, dazu die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wenn ich sage, die Landesregierung hat beschlossen, meint das explizit nicht, Frau Wende hat am Kabinett vorbei heimlich irgendetwas ins Gesetz gemogelt, sondern das Kabinett hat geprüft, beschlossen und das richtig gemacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch CDU und FDP)

Damit geht Schleswig-Holstein auch keinen Sonderweg. Ich freue mich immer über Beiträge wie: Wer den Gymnasiallehrer abschafft, schafft das Gymnasium ab. Im Saarland kann man das „Lehramt für die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II“ studieren, in NRW - Kollege Vogt, richtig - heißt es „Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen“. Es gibt auch andere Beispiele. Ich möchte auf Hamburg eingehen. In Hamburg heißt es interessanterweise „Lehramt Gymnasien“. Zu meiner Zeit hieß es das noch nicht, da hieß es „Lehramt Oberstufe Allgemeinbildende Schulen“.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben dazugelernt!)

Das ist aber genau das Gleiche. In Hamburg nennen sie das „Lehramt Gymnasien“. Das ist aber de facto der Lehrer, der an Stadtteilschulen und Gymnasien unterrichtet. Wenn das Ihr Problem ist, wenn es nur eine Frage der Namensgebung ist und ein reiner Gymnasiallehrer für Sie kein Einheitslehrer ist, weil er Gymnasiallehrer heißt, haben wir vielleicht noch Verhandlungsmasse für die Ausschussberatung.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind jetzt auf der Schlussgeraden, aber nicht am Ziel. Das Parlament ist dran. Ich hoffe, das Parlament wird sich eines Tones befleißigen, der der bildungspolitischen Auseinandersetzung würdig ist.

Natürlich gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten. Es gibt auch Grund für Selbstkritik. Zum Beispiel hat Hochschulpolitik in Deutschland insgesamt Zwänge geschaffen, die wir jetzt beklagen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Martin Habersaat [SPD]:

Zwei Sätze, Herr Präsident! - Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, beklagt zu Recht:

„Solange Kapazitätsverordnungen und nicht die Bedürfnisse eines Faches die Zahl der Professoren bestimmen, bleibt die Lehrerausbildung die Überlebensquelle für viele.“

Das ist das Bild, das an manchen Universitäten fälschlicherweise da ist: Angehende Lehrer werden benutzt, um Seminare aufzufüllen. Wenn jetzt die CAU die Bedeutung der Lehrerbildung und die Lehrerbildung als Rückgrat für sich selbst entdeckt, haben wir viel erreicht. Dann können wir auch in Zukunft viel erreichen. Dann vermeiden wir es vielleicht, dass einige auf Kosten von Studierenden ihr Mütchen kühlen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich will den Applaus nicht unterbrechen. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder zweite Lehrer gibt an, durch das **Studium** nur unzureichend auf den **Lehrerberuf** vorbereitet worden zu sein. Über 20 % berichten von einem Praxisschock am Anfang ihrer Laufbahn. Bildungsforscher wie Professor Köller - jetzt hören - von der Christian-Albrechts-Universität Kiel oder aber auch Professor Prentzel von der Universität München haben in mehreren Studien deutlich gemacht, worauf es ankommt: Sie fordern die Rückkehr der **Pädagogik** in das Lehramt.

Es ist ein Skandal, dass es Vorgängerregierungen nicht gelungen ist, unser Lehramt im Land neu aufzustellen.

(Heike Franzen [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Die Wahrheit ist doch, dass das Lehramt schon 2008 zusammen mit dem Schulgesetz hätte reformiert werden müssen. Wer eine so unrühmliche und konzeptlose Vergangenheit beim Lehramt hat wie vor allem die CDU-Opposition hier im Haus, sollte mit etwas mehr Demut in der Debatte auftreten.

(Rasmus Andresen)

Es ist ein Erfolg, dass sich unsere Küstenkoalition traut, dieses dicke und dringend reformbedürftige Brett zu bohren. Wir Grüne haben als bislang einzige Fraktion immer wieder Gesetzentwürfe zum Lehramt vorgelegt. Unser Ziel ist ein stärkerer Praxisbezug in der Ausbildung und eine **Ausbildung**, die die **Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler** und nicht alte Schulstrukturen in den Mittelpunkt rückt. Wir Grüne wollen die parlamentarische Anhörung dazu nutzen, an der Sache orientiert über ein besseres Lehramt zu diskutieren. Für uns gibt es neben vielen anderen Aspekten vier Hauptpunkte, die für uns in der Fragestellung relevant sind.

Der erste ist die Fächerstruktur. Es gibt nicht nur in Kiel, sondern an beiden Standorten gerade Aufregung um die zukünftige **Fächerstruktur**. Während in Kiel - das ist hinlänglich bekannt - die Universität befürchtet, dass sie durch den parallelen Aufbau von Naturwissenschaften an einem anderen Standort geschwächt wird, macht sich die Universität Flensburg vor allem Sorgen um das Fach Kunst, das dort nämlich abgebaut werden beziehungsweise nur noch für Grundschullehrer verhaftet bleiben soll. Das zeigt schon, dass die Sache etwas bunter ist als die Fragestellung Kiel oder Flensburg. Es gibt an beiden Standorten Debatten um die Fächerstruktur. Wir wollen sowohl mit den Hochschulen als auch mit externen Experten weiter diskutieren, welche Fächerstruktur für unsere Hochschulen für das Lehramt insgesamt am besten ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das zweite Themenfeld - Herr Kollege Habersaat hat es angeschnitten - ist das Thema **Bedarfsanalyse**. Wir müssen die Bedarfe, wie sie beim Lehramt für unser Bundesland, aber auch darüber hinaus in Zukunft sein werden, weiter genau analysieren und daraufhin auch die Frage der Fächerstruktur diskutieren. Auch wenn es aus unserer Sicht unrealistisch ist, dies bis auf die letzte Lehrerstelle zu tun, müssen wir da weiter kommen, als wir zurzeit sind - zugegeben. Aber auch da bleibt in den Anhörungen Zeit, um bei diesem Gesetzentwurf noch etwas nachzulegen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten König?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Uli König [PIRATEN]: Habe ich Sie gerade richtig verstanden, Sie wollen jetzt die Reform anschieben, wissen aber gar nicht oder nicht so richtig, welche Lehrer mit welchen Fächerkombinationen wir benötigen?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie haben mich falsch verstanden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe - Lachen)

Der dritte Punkt bei unseren Kriterien ist die **Ausbildung für Mangelfächer** für die Sekundarstufe I. Der Gesetzentwurf formuliert auch jetzt schon eine Öffnung in dem Bereich. Es steht auch jetzt schon für eine Übergangsphase bis 2019 drin, dass für die Sekundarstufe I weiter Lehrkräfte ausgebildet werden sollen. Wir wollen gern diskutieren, auch, weil es in den Bildungswissenschaften durchaus sehr kontroverse Meinungen dazu gibt, ob es sinnvoll sein kann, gerade in den Mangelfächern nach wie vor Sekundarstufe-I-Lehrer auszubilden. Diesen Aspekt wollen wir in der Anhörung als Grüne starkmachen und ergebnisoffen diskutieren.

Der vierte Aspekt ist natürlich die **Finanzierung**. Wie könnte ich anders, als hier zu stehen und nichts zur Finanzierung zu sagen! Mich stört bei der Finanzierung, dass jetzt einige Oppositionspolitiker unterschiedliche Mythen aufstellen und astronomische und zum Teil auch sehr interessengeleitete Prognosen in den Raum stellen.

Sie waren ja heute etwas zurückhaltender, Herr Günther. Aber aus unserer Sicht ist das eben auch keine seriöse Grundlage. Ja, Sie fordern eine seriöse Grundlage ein. Es gibt Zahlen dazu. Allein durch den Umbau in Flensburg wird es schon zu einer Gegenfinanzierung kommen. Wir werden gleichzeitig auch bei den Laboren noch einmal weiter nachfragen - ganz klar. Was aber auch nicht geht, ist zu sagen: 7 Millionen, 50 Millionen, wer weiß, was dann morgen dabei herauskommt! So geht es eben auch nicht. Wer Seriosität einfordert, der muss sie auch selbst liefern. Das haben Sie nicht getan.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für uns ist Lehramt auch kein Sparmodell. Wir müssen diskutieren, wie die Mittel am sinnvollsten an beiden Standorten eingesetzt werden können. Ganz klar, da sind wir noch nicht am Ende. Aber sich hier hinzustellen und nur mit der Kostenfrage zu kommen, das passt zu Ihrer alten Hochschulpolitik, ist aber nicht unser Ansatz.

Ein weiterer Punkt bei der Finanzierung ist auch das dringend benötigte **Semesterticket**. Das ist eine berechnete Forderung der Studierenden. Sie sagen, wenn wir mehr im Land unterwegs sein müssen, wenn wir auch Schulen besuchen müssen, die vielleicht nicht in Kiel oder in Flensburg liegen, dann müssen wir auch die Fahrtkosten erstattet bekommen. Diesen Punkt nehmen wir als Grüne sehr ernst. Auch da ist der Knoten noch nicht durchgeschlagen. Aber auch da geht es nicht einfach darum, das Bildungsministerium in die Pflicht zu nehmen, sondern es geht auch darum, das Verkehrsministerium und die Landesverkehrsgesellschaft endlich dazu zu bewegen - vor allem die Landesverkehrsgesellschaft -, hier nachzulegen. Eine Lösung beim Semesterticket für die Praxisphase ist für uns ein Muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es bringt aus unserer Sicht niemandem etwas, Schreckgespenster an die Wand zu malen, wie die Opposition dies betreibt. Es gibt viele kolportierte Falschaussagen. Ich nenne ein Beispiel: Es wird behauptet, dass die angebliche Verlagerung der Ausbildung der Realschullehrer nach Flensburg zu einer Massenflucht geführt habe. Das habe ich mehrfach in der Zeitung gelesen. Studierende sollen massenhaft in andere Bundesländer gewandert sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat das gesagt?)

- Das ist von unterschiedlichen Leuten kolportiert worden.

(Zurufe CDU und FDP)

Das ist nicht richtig. Wir haben nachgefragt. Das stimmt gar nicht. Die Studierendenzahlen sind ungefähr gleichgeblieben. Deshalb verbieten sich solche Argumente in dieser Debatte.

(Zurufe CDU und FDP)

Wir können sehr gut nachvollziehen, dass sich **Hochschulen** Gedanken darüber machen, wie man angesichts des demografischen Wandels an den

Schulen in Bezug auf das **Lehramt** überlebensfähig bleiben kann. Das ist klar, davor haben wir großen Respekt. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Wir haben allerdings kein Verständnis dafür, Angstmacherei zu betreiben. Einige Akteure in dieser Debatte tun so, als würden wir Studiengänge in **Kiel** schließen. Das ist nicht der Fall.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Christian-Albrechts-Universität verliert kein einziges Fach. Sie wird auch in Zukunft deutlich mehr Fächer haben als die **Universität Flensburg**, und zwar egal wo wir am Ende landen werden. Es ist schon gesagt worden: Wer Flensburg stärkt, der schwächt nicht automatisch Kiel. Was ist das für eine absurde Logik?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben der Christian-Albrechts-Universität beispielsweise im Rahmen des Sondervermögens zur **Hochschulsanierung** von über 60 Millionen €, das wir übrigens im großen Konsens beschlossen haben, fast alles gegeben. Ich habe keine einzige Stimme an irgendeiner anderen Hochschule gehört, die behauptet hätte, dass man dadurch geschwächt werde, dass in Kiel die Gebäude saniert werden.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Das ist ein absurder Vorwurf, den man deutlich zurückweisen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ein Punkt noch zur Ressourcenfrage: Auch die Christian-Albrechts-Universität bekommt mehr Mittel, um das Lehramt auszugestalten. Dies ist angedeutet worden. Es geht um die Praxisphase. Die Stundenreduzierung, die es an der Hochschule zum Beispiel gibt, ist nicht etwas, wovon nur die Universität Flensburg profitiert. Davon profitiert auch die Christian-Albrechts-Universität. Das heißt: Selbst wenn man dies in monetären Ressourcen aufrechnet, profitiert auch die Christian-Albrechts-Universität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Günther, das ist schon eine große Unverschämtheit. Vor zwei Jahren waren Sie noch der größte Pressesprecher Ihres ehemaligen Wissenschaftsministers. Diese Koalition investiert viel mehr in die **Hochschulen**, als es die Vorgängerregierungen getan haben. Das gilt auch für die Grund-

(Rasmus Andresen)

haushalte. Das sollten Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen. Auch dieser Aspekt gehört zur Wahrheit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch FDP)

Ich komme zum Schluss: Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, es wird der Zeitpunkt in der Lehramtsdebatte kommen, an dem es nicht ausreicht, populistische Vertagungsanträge zu stellen oder den absurden Rücktritt der Ministerin zu fordern. Ich frage mich ernsthaft, ob es Ihnen um die Sorgen der Hochschulen geht oder ob es Ihnen nur darum geht, unserer Koalition keinen Erfolg zu gönnen. Wo sind Ihre Konzepte zum Lehramt? Sie haben bis heute nichts dazu vorgelegt. Auch die Rede des Kollegen Günther war ein einziger Angriff mit Kritikpunkten, bei denen wir vielleicht noch Nachbesserungen vornehmen wollen. Sie haben aber in Bezug auf das Lehramt keine eigenen Ideen. Das ist in Ihrer Rede deutlich geworden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Knoten für das Lehramt ist noch längst nicht durchschlagen. Ich garantiere Ihnen aber, dass wir bis zur Sommerpause mit allen Akteuren, die ernsthaft eine Modernisierung des Lehramtes wollen, diese auch schaffen werden. Den Arbeitsverweigerungsantrag, den die Opposition geschlossen vorgelegt hat und bei dem sie sagt, sie wolle das parlamentarisch nicht beraten, wobei selbst keine Alternativen vorgelegt werden, können wir aus gutem Gewissen ablehnen. Ich finde es sehr enttäuschend, dass sich die PIRATEN diesem Antrag angeschlossen haben. Wir werden im Rahmen der Anhörung zu einem guten Ergebnis kommen, da bin ich sicher. Das Lehramt ist dann nach Jahren der Tristesse endlich wieder zukunftsfest aufgestellt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Opposition hat die Landesregierung vor einer Woche aufgefordert, diesen völlig vermurksten Gesetzentwurf zurückzuziehen, um bei der sehr wichtigen Frage der **Lehrerbildung** einen Neustart zu ermöglichen. Es ist aus meiner Sicht sehr bedauer-

lich, dass die Landesregierung diese Chance nicht ergriffen hat. Manchmal ist ein Ende mit Schrecken trotz des drohenden Gesichtsverlustes besser als ein Schrecken ohne Ende.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Deshalb sind Sie abgewählt worden! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie durften erst gar nicht kandidieren! - Weitere Zurufe)

- Soll ich kurz rausgehen, damit Sie das untereinander klären können? - Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, Sie hätten damit vor allem den beiden **Universitäten in Kiel und Flensburg**, den angehenden Studenten und den Schulen im Land, aber auch sich selbst und Ihrer Regierung einen großen Gefallen getan.

(Beifall FDP und CDU)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist aus unserer Sicht so gar nicht beratungsfähig. Die **Finanzierung** ist unklar, und das notwendige Vertrauen ist bei den entscheidenden Akteuren zerstört. Die Ministerin hat den mit beiden Universitäten schwer errungenen Kompromiss aus dem Herbst kurzerhand einseitig aufgekündigt. Damit hat sie sehr viel Porzellan zerschlagen und steht nun vor einem gewaltigen Scherbenhaufen ihrer Reform. Wer nach eineinhalb Jahren feststellt, dass er mit seinem Modell auf dem Holzweg ist und dann kurzfristig und ohne Rücksprache mit den Betroffenen massive Änderungen vornimmt und diese dann noch im Umlaufverfahren beschließen lässt, der hat schlicht den falschen Job.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist richtig: Natürlich ist eine Reform der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein notwendig. Sie ist eigentlich sogar lange überfällig. Die Große Koalition hatte bei ihrer umfangreichen Schulstrukturreform den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht, also die Schulstrukturen verändert, ohne vorher oder nachher, es war wenig Zeit vorhanden, die Lehrerbildung entsprechend anzupassen.

Ja, es stimmt. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung konnte in ihrer aus meiner Sicht leider recht kurzen Regierungszeit keine Reform umsetzen. An einen entscheidenden Streitpunkt möchte ich noch einmal erinnern. Das war keine Boshaftigkeit, das hatte entscheidende Gründe. Der entscheidende Streitpunkt war: Die Union wollte gern - wie Sie jetzt auch - die Umstellung auf das Bachelor-Master-System. Ich kann das inhaltlich nachvollziehen. Das ist auch heute noch ein großes Problem, das Sie nicht anpacken, nämlich die Auswirkungen dieses Vorhabens auf die zukünftige Besoldungsstruk-

(Christopher Vogt)

tur der Lehrerinnen und Lehrer, die das Land finanziell stemmen muss. Das ist ein großes Problem.

(Beifall FDP)

Da geht es schnell um höhere zweistellige Millionenbeträge pro Jahr. Die Frage der aus dieser Reform folgenden Besoldungsstruktur ist für diesen Gesetzentwurf von elementarer Bedeutung. Dass die Landesregierung diesen mehr als fragwürdigen Entwurf nun im Schweinsgalopp durch das Parlament bringen und im August verabschieden will und erst danach, Ende des Jahres, mit den Lehrerwerkschaften über die zukünftige **Besoldung** sprechen will, ist völlig verrückt.

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

Was ist das für ein Verständnis von Dialog? Was ist das für ein Parlamentsverständnis?

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Herr Kollege, ich möchte meinen Gedanken entwickeln. Daher lasse ich keine Zwischenfrage zu.

(Beifall FDP)

Herr Dr. Stegner, die Gewerkschaften, die Ihnen sonst so am Herzen liegen, fordern angesichts des vorgeschlagenen Modells A13 für alle. Das können Sie bei diesem Gesetzgebungsverfahren, bei dem die Weichen gestellt werden, doch nicht einfach ausblenden. Nicht nur mit Blick auf die Besoldungsfrage ist das Kernproblem Ihres Entwurfs die rein ideologisch motivierte Abschaffung des Gymnasiallehrers.

(Beifall FDP)

Herr Kollege Habersaat, Sie haben hier tolle Nebelkerzen geworfen. Das war ganz lustig. Inhaltlich war das allerdings nicht zielführend.

Meine Damen und Herren, das ist ja gerade das Problem, das wir mit diesem Entwurf haben. Sie wollen die Lehrerausbildung ja gar nicht an die aktuellen **Schulstrukturen** anpassen. Sie wollen Fakten schaffen und stellen mit Ihrem Entwurf ohne Not wieder einmal das **Gymnasium** als Schulform infrage.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die Schulstrukturdebatte, die Sie jetzt auslösen, ist doch völlig unnötig.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die führen doch nur Sie!)

Diese Debatte braucht kein Mensch. Die Ministerin hat vorhin wieder einmal angedeutet, dass sie aus

dem Gymnasium eine Art schlechtergestellte Gemeinschaftsschule machen will. Das merken die Leute doch auch. Tun Sie doch nicht so, als wären Sie die Unschuld vom Lande!

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die Ministerin hat mit ihrem dilettantischen Vorgehen und ihrem eigenwilligen Kommunikationsstil einen Keil zwischen die beiden betroffenen Universitäten getrieben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich weiß, wie Sie mit der Universität Lübeck umgehen. Sie mischen sich auch in hochschulinterne Entscheidungen ein. Dass Sie die Hochschulen schätzen, das glauben Sie doch selbst nicht.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, ich kann die **Flensburger Universität** verstehen. 13 Fächer auf Oberstufenniveau sind natürlich besser als sieben Fächer auf Oberstufenniveau. Natürlich gibt es Einschränkungen, Herr Kollege Andresen. Der vorgesehene Ausbau der **Naturwissenschaften** ist natürlich reizvoll für die Universität. Das ist vollkommen klar. Die Universität Flensburg wurde durch die Ministerin in eine schwierige Lage gebracht. Wenn die Universität Flensburg der Presse gegenüber erklärt, sie habe an einem Gesetzgebungsverfahren nicht mitgewirkt, und wenn sie die Zusammenarbeit mit der Universität Kiel einfordert, dann ist das schon sehr vielsagend und sehr bemerkenswert, Herr Kollege.

(Beifall FDP und CDU)

Sie hat die Universität Flensburg in eine schwierige Situation getrieben.

Meine Damen und Herren, das ändert aber alles nichts daran, dass es komplett aus der Zeit gefallen ist, dass für mehrere Millionen Euro in einem kleinen Bundesland völlig unnötige **Doppelstrukturen** für die **Lehrerausbildung** geschaffen werden sollen.

(Beifall FDP und CDU)

Natürlich stellt das eine Gefährdung der Hochschullandschaft dar. Herr Kollege Andresen, in der vergangenen Legislaturperiode haben Sie zu Recht angeprangert, dass die Hochschullandschaft ohnehin unterfinanziert ist. Nun wollen Sie Doppelstrukturen schaffen. Dass Sie die Sanierung von Gebäuden mit der Schaffung neuer Doppelstrukturen, die

(Christopher Vogt)

kein Mensch braucht, gleichsetzen, das ist wirklich bemerkenswert, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Es geht hier doch nicht um einen sinnvollen Wettbewerb, wie es der eine oder andere behauptet hat, sondern es geht um die Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall FDP und CDU)

Hinzu kommt, dass die Ministerin dem Hohen Haus hierzu immer noch keine nachvollziehbaren Zahlen vorgelegt hat. Die Zahlen, die in dem Gesetzentwurf stehen, sind vollkommen lächerlich. Das wurde heute schon ausgeführt. Es ist wirklich unglaublich, dass der Gesetzentwurf heute in erster Lesung beraten wird, die Zahlen aber erst danach an den Bildungsausschuss versandt werden. Was ist denn das für ein Verfahren, meine Damen und Herren? Das ist doch wirklich unglaublich.

(Beifall FDP und CDU)

Ebenso wie für die Universität Flensburg kann ich aber auch Verständnis für die Kieler Universität aufbringen. Dass eine Wissenschaftsministerin, die zudem auch noch eine ehemalige Kollegin ist, so mit dem Präsidium der größten Universität im Lande umspringt, wie es Frau Wende in den vergangenen Tagen getan hat, ist wirklich unglaublich.

(Beifall FDP)

Uns ist nicht neu, dass prominente Mitglieder dieser Landesregierung eigene SMS veröffentlichen. Nun werden aber auch SMS von anderen veröffentlicht, um von sich abzulenken. Das ist wirklich neu. Das ist eine neue Qualität.

(Beifall FDP und CDU)

Ich finde es wirklich erschreckend, wenn Frau Wende dann auch noch öffentlich äußert, sie müsse die Kieler Universität nicht fragen, wenn sie das gemeinsame Konzept verwirft und die Lehrerbildung in Flensburg umfangreich ausweiten will. Natürlich hat ein solcher Schritt Auswirkungen auf die Universität Kiel. Dass Sie das heute bestreiten, ist wirklich lächerlich. Das glaubt Ihnen kein Mensch.

(Beifall FDP und CDU)

Ich wundere mich schon sehr, dass der Ministerpräsident und die Finanzministerin diesen Wahnsinn auch noch unterstützen.

Frau Ministerin, als Sie noch Präsidentin der Universität Flensburg waren, haben Sie über Ihren Amtsvorgänger Dr. Klug gesagt, dieser sei vor sei-

ner Zeit als Minister Privatdozent an der Universität Kiel gewesen und sei damit quasi befangen bei Hochschulfragen. Was sind Sie denn dann eigentlich heute?

(Beifall FDP und CDU)

Es ist schon bemerkenswert, wenn gefordert wird, dass man als Lobbyist in eigener Sache in diesem Hause nichts mehr sagen darf. Wie hätten Sie aber damals reagiert, wenn jemand mit Ihnen so umgegangen wäre, wie Sie jetzt mit Herrn Professor Fouquet umspringen? Was ist das für ein Umgang unter ehemaligen Kollegen? Was ist das für eine Art und Weise?

(Beifall FDP und CDU)

Problematisch ist auch die Tatsache, dass die Anerkennung der geplanten Abschlüsse durch andere Bundesländer mehr als fraglich ist. Das ist eine Zumutung für die angehenden Studenten. Hinzu kommen das umstrittene Praxissemester und die fragwürdige geplante Reform im sonderpädagogischen Bereich.

Meine Damen und Herren, uns fehlt bei dem vorgelegten Murks und nach dem Chaos der vergangenen Tage die Phantasie, wie die Ministerin dies alles noch kitten will. Sie scheint mit der Situation völlig überfordert zu sein und sollte deshalb aus unserer Sicht die notwendigen Konsequenzen ziehen. Ansonsten ist der Ministerpräsident an dieser Stelle gefragt.

Vor diesem Hintergrund erhalten wir unseren Antrag aufrecht, in dem wir die Landesregierung auffordern, diesen untauglichen Entwurf zurückzuziehen und einen Neustart bei der Reform der Lehrerbildung zu wagen, bei dem alle Akteure an einen Tisch müssen.

Herr Dr. Stegner, weil wir glauben, dass wir es deutlich besser können als Sie, werden wir einen eigenen Entwurf vorlegen. Wir hoffen auf einen konstruktiven Umgang mit diesem Entwurf. Außerdem hoffen wir, dass wir das gemeinsam an einem Tisch beraten können. Wir zeigen Alternativen auf, die auch umsetzbar sind. - Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Ich muss den Kieler Unipräsidenten Gerhard Fouquet nicht fragen, wenn ich in Flensburg etwas ändern will.“ Das sagte Frau Wende. Wir haben dieses Zitat heute schon einmal gehört. Wenn Sie das so sehen, Frau Wende, dann dürfen Sie sich aber auch nicht ein Jahr lang dafür feiern lassen, dass Sie die beiden Universitäten zusammengebracht und einen Kompromiss für ein zukünftiges Miteinander erreicht haben. Dieser Kompromiss wurde mittlerweile aufgekündigt.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Durch den genannten entlarvenden Satz haben Sie gezeigt, was Sie wirklich denken, wenn Sie Dialog simulieren. Sie zeigen, dass Sie kraft Ihres Amtes machen können, was Sie wollen. Dieses Mal haben Sie es aber nicht mit Ihren Hündchen zu tun, sondern mit der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein, allen voran mit der CAU.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Fehler zu machen, lässt einen fast nie stürzen, nur der Umgang mit ihnen.

(Unruhe)

Herr Albig hätte gut daran getan, Sie, Frau Professor Wende, in diesem Fach häufiger nachsitzen zu lassen; denn Ihre Karriere als Ministerin ist eine einzige Aneinanderreihung von Pleiten und Pannen. Was sich in den vergangenen Tagen in diesem Land rund um das heute zu diskutierende **Lehrerbildungsgesetz** abgespielt hat, ist erschütternd.

Das muss man sich einmal vorstellen: Wir bereisen im Rahmen von Sitzungen des Bildungsausschusses die Hochschulen und sitzen gemeinsam in der CAU. Dabei macht Frau Wende auf Kuschelkurs. Abends kündigt sie den Konsens aber einfach auf. Klar, dass der SSW als SPD-Appendix in die gleiche undifferenzierte Kerbe haut. Kollege Harms fragt, warum die PIRATEN bei der Kritik mitmachen.

(Lars Harms [SSW]: Das fragt man sich wirklich!)

- Lieber Kollege Harms, wir machen bei dieser Kritik mit, weil wir diesen Stil nicht mittragen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Man verhandelt nicht auf Augenhöhe, um die Partner anschließend so zu foppen. Keiner von uns kennt den tatsächlichen Lehrerberdarf. Trotzdem bauen Sie in Flensburg deutlich mehr Kapazität auf,

ohne zu wissen, ob wir jemals Arbeit für die dort ausgebildeten Lehrer haben werden. Das wissen wir nicht.

(Zuruf SPD: Wie bitte?)

Schade, dass Sie meine Zwischenfrage vorhin nicht zugelassen haben; denn Kritik an teuren **Doppelstrukturen** kommt von vielen Seiten. Was wird das alles kosten? Woher kommt das Geld? Sie haben vorhin gesagt, dass Sie die Zahlen dem Bildungsausschuss zugeleitet hätten. Ich finde es sehr schade, dass Sie das nicht vor der ersten Lesung gemacht haben, sodass uns die Zahlen vorliegen. Nun werden verschiedene Zahlen in den Raum geworfen: 1,2 Millionen €, 55 Millionen € und so weiter. Herr Stegner sagte vorhin: Das ist ja wie beim Bingo. - Ja, genauso komme ich mir vor, Herr Stegner. Wie beim Bingo.

(Beifall PIRATEN)

Die nicht transparenten Zahlen des Ministeriums und die Zahlen der Hochschulen liegen deutlich auseinander. Wer am Montag in der Flensburger Universität war, der weiß, dass die Zahlen der Ministerin dort nicht bestätigt worden sind. Die Ministerin wurde dort auch nicht gestützt. Man betrieb sich auf Sachlichkeit. Man wolle seinen Job machen. Man distanzierte sich sehr klar und glaubhaft von dem Vorwurf der Mausehelei mit dieser Ministerin. Man stellte sich ganz klar und deutlich in eine andere Ecke und hoffte darauf, sich der CAU wieder anzunähern.

Wie wird das alles bezahlt? - Das ist eine Frage, die auch die Flensburger umtreibt. Umschichtungen? - Wenn das die Lösung ist, muss die Regierung erklären, von wo nach wo umgeschichtet werden soll, Frau Heinold. Der Aufkleber „Lübeck kämpft für seine Uni“ klebt noch an dem Ampelmast vor dem Finanzministerium.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Rasmus Andresen?

Uli König [PIRATEN]:

Ich entwickle gerade meine Rede. Ich denke, da würde mich die Zwischenfrage stören.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir jetzt anfangen, von einer Hochschule zur anderen Gelder zu verschieben, dann haben wir

(Uli König)

ganz schnell haufenweise Studenten in der Brunswiker Straße vor dem Turm von Frau Wende stehen. Ich hoffe, darüber sind Sie sich im Klaren. Oder hoffen Sie tatsächlich auf Geld aus Berlin?

Herr Stegner sagte ja, dass es keine Umschichtungen geben wird. Ich bin gespannt. Aber auf Hoffnungen können Sie keine Reformen aufbauen.

(Beifall PIRATEN)

Sachliche Grundlagen gibt es für die Eskapaden der Ministerin nicht. Ihre Kraft schöpft sie aus souveräner Willkür. Und das lehnen wir PIRATEN ab!

(Beifall PIRATEN, FDP und CDU)

Die Flensburger Uni hat sich klar zu den Gemeinschaftsschulen bekannt. Da sind wir PIRATEN ganz nah bei ihr. Aber wir haben Fragen, Fragen nach den Praktikaplänen. Sind die Praktika besser als das Referendariat? Oder dienen die angehenden Lehrer als billige Arbeitskräfte in Zeiten des Lehrermangels? Nach dem Status des Sonderschullehrer, nach dem Lehramt mit einem Fach - Präsident Reinhart der **Universität Flensburg** sagte ausdrücklich, dass die Lehrerausbildung immer zwei Fächer haben muss -, nach der Verlagerung der Musiklehrerausbildung nach Lübeck frage ich Sie, wie das mit dem zweiten Fach klappen soll. Wollen Sie die Studenten von Kiel und Flensburg nach Lübeck pendeln lassen? Herr Kollege Andersen hat vorhin schon gesagt, dass er ein ausgeweitetes Semesterticket fordert. Ich finde das als PIRAT natürlich prima, da wir ja auch für den fahrscheinlosen Nahverkehr sind.

(Beifall PIRATEN)

Sie müssen aber immer noch bedenken, dass die Vorlesungszeiten untereinander kompatibel sein müssen. Ich bin sehr darauf gespannt, was Sie im Ausschuss dazu sagen.

Wir haben Fragen zum Amt des Berufsschullehrers, zur Anerkennung über die Landesgrenzen hinaus sowie zur Besoldung der zukünftigen Lehrer. Die jetzige Situation allerdings versperrt den Blick auf diese Frage. Ministerin Wende muss ganz neu aufbauen. Sie hat Vertrauen verspielt und verbrannte Erde hinterlassen. Man traut ihr nicht mehr,

(Lachen SPD)

weil sie sich selbst als nicht vertrauenswürdig geoutet hat.

Was die **Schulen** schon wussten, erfährt die **Hochschullandschaft** jetzt. Da muss ein Neustart her, wenn er überhaupt noch möglich ist. Den Entwurf

zurückziehen, sich entschuldigen und von vorne anfangen. Das ist das Zeichen, das wir erwarten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade für den SSW mit seiner starken regionalen Verankerung für den nördlichen Landesteil will ich hier eines deutlich machen: Bei der Frage der Neuordnung der Lehrerbildung stand und steht für uns das Ziel der bestmöglichen Ausbildung unserer Lehrkräfte im Vordergrund, und das ist sicher keine Standortfrage.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Leider scheint man das an der Kieler Universität plötzlich anders zu sehen. Diesen Sinneswandel bedauern wir außerordentlich. Denn gerade in Sachen **Lehrerbildung** haben **Kiel** und **Flensburg** in jüngster Vergangenheit sehr gut zusammengearbeitet. Um ehrlich zu sein, verwundern mich die Äußerungen aus Kiel sehr stark. Denn sowohl Kiel als auch Flensburg wurden umfangreich in den Gesamtprozess einbezogen.

(Zuruf: Was?)

Die Ministerin hat auch den endgültigen Entwurf noch einmal mit beiden Universitäten beraten und letzte Änderungswünsche aufgenommen. Mit dem vorliegenden Gesetz zur Lehrerbildung wird die Lehrkräfteausbildung in Kiel mitnichten gefährdet. Noch einmal: Ziel ist eine landesweit einheitliche und qualitativ gleichwertige Ausbildung unserer Lehrkräfte.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies setzt ein beiderseitiges Geben und Nehmen voraus, sowohl in Kiel als auch in Flensburg. Eine einseitige Schlechterstellung kann ich beim besten Willen hier nicht erkennen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf den umfassenden Dialog mit den Hochschulen kann ich das Verhalten des Präsidenten wirklich kaum nachvollziehen.

Doch losgelöst von diesem Standort- und Besitzstandsdenken ist eines ganz klar: Mit dem vorlie-

(Jette Waldinger-Thiering)

genden Gesetzentwurf setzen wir das um, was unsere Vorgänger jahrelang vor sich hergeschoben haben. Die Lehrerbildung der Zukunft entspricht damit endlich den faktischen Strukturen unserer Schullandschaft. Wir machen Schluss mit dem unhaltbaren Zustand, indem munter Lehrkräfte für Schulformen ausgebildet werden, die es in der Praxis gar nicht mehr gibt.

Mit diesem Gesetz werden unsere Lehrerinnen und Lehrer nicht nur fachwissenschaftlich exzellent ausgebildet, sondern sie werden auch flexibel einsetzbar sein. Sie wissen, dass zu diesem Zweck sowohl in Kiel als auch in Flensburg Sekundarlehrerinnen und -lehrer ausgebildet werden, die von Klasse 5 bis Klasse 13 einsetzbar sind. Damit bekommen sie die höchstmögliche Qualifikation und die erforderlichen Kompetenzen für **Gymnasien** wie auch für **Gemeinschaftsschulen**. Damit wird es keine Lehrkräfte erster und zweiter Klasse mehr geben.

(Beifall SSW und SPD)

Damit sind unsere Absolventen endlich auch bundesweit wettbewerbsfähig. Ich habe schon zu Beginn erwähnt: Übergeordnetes Ziel der rot-grün-blauen Koalition ist die bestmögliche Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer. Sie sollen in Zukunft schon im Studium das Rüstzeug für die zentralen Anforderungen des Schulalltags bekommen. Gerade mit Blick auf die immens wichtige Aufgabe und große Herausforderung, die ein wirklich inklusives Schulsystem mit sich bringt, ist diese Neuordnung besonders wichtig. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer viel stärker für die individuelle Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler sensibilisiert werden. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt. Denn hierdurch werden unsere Lehrerinnen und Lehrer von Beginn an in die Lage versetzt, ihren Unterricht entsprechend zu gestalten.

Ewiggestrige mögen weiterhin von Gleichmacherei oder von notorisch überforderten Einheitslehrern sprechen. Aus unserer Sicht ist es aber zu begrüßen, dass pädagogische wie auch didaktische Basisqualifikationen für den Umgang mit **Heterogenität** und **Inklusion** in die Ausbildung für alle Lehrämter integriert werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Gesetz nicht nur im Bereich Inklusion einen großen Schritt vorankommen.

Auch den faktischen gesellschaftlichen Realitäten unseres Landes wird endlich Rechnung getragen, denn die Vermittlung der Bedeutung der Sprache, Geschichte und Kultur der nationalen dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der

Minderheit der deutschen Sinti und Roma sind zukünftig Bestandteil der Lehrkräftebildung.

Auch wenn dieser Schritt aus Sicht des SSW längst überfällig ist, freut es uns natürlich umso mehr.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gerade im Hinblick auf die europäischen, angrenzenden und mit uns befreundeten Länder ist eine gute Minderheitenpolitik aktive Friedenspolitik. Deshalb finde ich es gut, dass wir in Schleswig-Holstein mit unserem neuen Lehrkräftebildungsgesetz aufzeigen, dass wir in Schleswig-Holstein etwas Besonderes sind.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zusammengenommen sehe ich dieses Gesetz zur Lehrerbildung als ganz wesentlichen Beitrag für ein modernes und qualitativ hochwertiges Bildungssystem in Schleswig-Holstein. Es ist nicht zuletzt Ergebnis des Bildungsdialogs, in dem deutlich wurde, wie wichtig und überfällig eine konsistente Lehrerbildung ist. Hier sind wir mit dem vorliegenden Entwurf auf einem sehr guten Weg.

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss. Einige Wortmeldungen der Opposition sind total verfehlt. Ich freue mich trotzdem auf die Beratungen. Endlich neue Lehrer für die Kinder von morgen und für die Kinder, die schon im Schulsystem sind. - Vielen Dank.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Als Erster hat der Herr Abgeordnete Torge Schmidt von der Piratenfraktion das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu dem Vorgehen der Frau Ministerin ist heute bereits vieles gesagt worden. Dazu werde ich mich nicht noch weiter äußern müssen. Was mich wirklich bewegt und was mich interessiert - deshalb bin ich Finanzpolitiker -, sind die Zahlen. Die **Kosten**, die Frau Ministerin Wende in ihrem Gesetz darlegt, mit denen sie der **Universität Flensburg** Chancengleichheit ermöglichen will, überzeugen mich nicht.

(Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Sie überzeugen mich auch deshalb nicht, weil die profitierende Universität Flensburg auf konkrete Nachfragen aus Journalistenkreisen Hurra gerufen und es sich bestätigt hat. Ich zitiere gern einmal den letzten Satz aus der Pressemitteilung vom 7. April:

„Ob über die derzeit von der Landesregierung vorgesehene Auswahl der jeweiligen Fächer bereits das letzte Wort gesprochen ist, wird nach der ersten Lesung im Landtag in aller Ruhe mit der Landespolitik und der Christian-Albrechts-Universität erörtert werden können.“

Was heißt das im Klartext? - Im Klartext bedeutet das, dass sich die Universität Flensburg darauf vorbereitet, Fächer zu tauschen, vermutlich mit dem Ziel Kosten zu sparen, um die Vorgaben der Ministerin irgendwie erfüllen zu können. Denn verschiedene Fächer sind unterschiedlich teuer. **Chemie** ist sehr viel teurer als WiPo. Das ist völlig klar. Wer Chemie vollwertig anbietet, braucht Labore, und zwar aufgeteilt in Plätze für organische und für anorganische Chemie. Er braucht Laborplätze für physikalische Chemie, Professoren und Mitarbeiter, Mitarbeiter für die Laborsicherheit und technische Mitarbeiter. Ihm entstehen Kosten für Chemikalienentsorgung und so weiter und so fort.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rasmus Andresen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern. Dann kann er mir erklären, wie er das finanzieren möchte.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke, Herr Kollege. Ich freue mich sehr, dass Sie bereit sind, den Gedankengang zu unterbrechen und als PIRAT noch einen Dialog zu führen. Das scheint nicht bei allen der Fall zu sein. Ihr Fachkollege wollte es ja nicht beantworten. Deswegen frage ich jetzt Sie: Gibt es in der Piratenfraktion eine Vorstellung darüber, wie das Lehramt in der Zukunft aufgestellt sein sollte? Falls ja, wie sieht das aus? Wäre es dann nicht eine gute Idee, im Rahmen der parlamentarischen Anhörung - dazu haben die Abgeordneten der Regierungsfractionen ja schon eine Menge gesagt - diese Ideen konstruktiv in den Prozess einzuspeisen?

- Natürlich sind wir bereit, unsere Ideen konstruktiv einzuspeisen. Herr König hat das schon vorgetragen. Aber ein Gesetzentwurf ist nicht nur Sachpolitik. Er muss auch vernünftig mit Zahlen und Fakten hinterlegt sein. Er muss auch geplant sein.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Man kann die schönsten Dinge fordern. Wenn sie aber nicht bezahlbar und nicht vernünftig finanziell hinterlegt sind, dann nutzt der schönste Gesetzentwurf nichts.

(Beate Raudies [SPD]: Daran werden wir Sie das nächste Mal erinnern!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Rasmus Andresen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der von Ihnen erwähnte Aspekt ist ja hinlänglich von allen Kollegen angesprochen worden. Er wird auch weiterhin eine Rolle spielen. Ich habe jetzt verstanden, dass Sie Ideen haben. Das freut mich. Meine Folgefrage ist: Wie sehen diese Ideen denn aus?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Möchten Sie von mir jetzt einen kompletten Gesetzentwurf hören? Herr Kollege Andresen, vielleicht sollten Sie sich noch einmal mit meinem Fachkollegen, Herrn König, unterhalten.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich getan!)

Er kann Ihnen dazu gern noch etwas erzählen.

Ich frage mich ernsthaft, wie Sie dieses ganze Vorhaben finanzieren wollen. Herr Kollege Stegner, Sie haben ja bei diesem Thema Ideen, die Sie gerne finanzieren wollen. Sie können es aber nicht. Sie sind auch nicht vernünftig hinterlegt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wieso habt ihr zwei Jahre gebraucht, um das vorzulegen?)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten König?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja, gerne.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Uli König [PIRATEN]: Herr Kollege Schmidt, was hielten Sie davon, wenn wir über diese Sache mit Herrn Andresen im Ausschuss reden würden?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich denke, das ist eine sehr kluge Idee, Herr König. Ich würde mich freuen, wenn die Frau Ministerin den Brief an den Bildungsausschuss auch noch an den Finanzausschuss schicken könnte. Denn er soll sich ebenfalls mit den Zahlen beschäftigen. Daher werden wir uns wahrscheinlich dort ebenfalls mit dem Gesetzentwurf beschäftigen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Andresen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Andresen, Sie sind heute ja hartnäckig!

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, denn mich verwirrt jetzt einiges. Sie haben gemeinsam mit CDU und FDP den Vorschlag vorgelegt, den Gesetzentwurf nicht in den Ausschuss zu überweisen. Jetzt verweisen sowohl Ihr Fachsprecher, Herr König, als auch Sie als Fraktionsvorsitzender auf die Ausschussberatung. Sie fordern jetzt sogar, dass der Gesetzentwurf nicht nur in den Bildungsausschuss, sondern auch in den Finanzausschuss überwiesen werden soll. Jetzt habe ich gar nicht mehr den Anspruch zu verstehen, was Sie inhaltlich eigentlich wollen. Jetzt würde mich einfach interessieren, welches Verfahren Sie wollen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Herr Kollege Andresen, uns wäre es am liebsten, wenn Sie noch einmal anfangen, den Gesetzentwurf

zu überdenken und zum Beispiel eine vernünftige Gegenfinanzierung zu erstellen, damit wir eine vernünftige Grundlage haben, über die wir im Ausschuss beraten können. Aber ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden. Von daher müssen wir uns doch mit dem beschäftigen, was vorliegt.

(Beifall PIRATEN)

Mir drängt sich die Frage auf, woher Sie Ihre Zahlen haben. Warum haben Sie das nicht vorher öffentlich gemacht und nicht mit den beteiligten **Hochschulen** gesprochen? Vielleicht ist das dem Wahlkampf geschuldet. Wir möchten aber eine solide und überprüfbare Datenbasis.

(Lars Harms [SSW]: Auch das kann Wahlkampf sein!)

Diese Datenbasis sollte nicht unbedingt von der Flensburger Uni oder von der Universität Kiel und um Gottes Willen nicht aus diesem Ministerium stammen. Das sollte vielleicht einmal von einer externen Stelle geprüft werden. Ansonsten stehen wir wahrscheinlich vor dem finanziellen GAU.

(Beifall PIRATEN)

Am Ende steht fest: Dieser Gesetzesentwurf ist nicht solide finanziert. Ich bin gespannt, welche Zahlen Sie im Ausschuss vorlegen werden, Herr Andresen. Ich lasse mich auch gern eines Besseren belehren. Aber ich glaube, die 1,2 Millionen € reichen bei Weitem nicht aus.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass wir einmal auf den Aufkleber „Lübeck kämpft für seine Uni“ hingewiesen werden und sich Abgeordnete von CDU und FDP mit dem Satz aufplustern, dass eine Landesregierung so schlecht mit ihren Hochschulen umgehe, das entbehrt in der Tat nicht einer gewissen Komik.

Der Bildungsausschuss hat in seiner vergangenen Sitzung die drei Kieler Hochschulen besucht. Wir waren zuerst bei der Fachhochschule, dann bei der Muthesius-Kunsthochschule und schließlich bei der CAU. Erstaunlicherweise verliefen alle drei Gespräche nicht so, dass irgendein Vertreter dieser

(Martin Habersaat)

Hochschulen kritisiert hätte, dass wir so schlecht mit den **Universitäten** umgehen. Das war erstaunlicherweise nach dem Gespräch von Herrn Fouquet mit Frau Wende und Herrn Fischer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir beraten heute noch das Stiftungsgesetz für die Universität Lübeck. Wir haben in Flensburg tolle Erfolge auf dem Weg zum Europacampus und bereiten ein Hochschulgesetz vor. Alles spricht dafür, dass diese Regierung, wie es sich gehört, vernünftig mit ihren Hochschulen umgeht.

Wenn Sie Sorge haben, dass es der CAU eines Tages anders ergehen könnte, dann nehmen Sie unsere Aussage, die lautet „die CAU verliert nicht“, und Ihre Aussage, die lautet „die CAU darf nicht verlieren“, und alles ist gut.

(Christopher Vogt [FDP]: Die CAU sagt das!)

- Herr Kollege Vogt, meine Zwischenfrage hätte ich genutzt, um Sie zu fragen, woher die Notwendigkeit kommt, die **Besoldung** der **Lehrämter** umzustellen. Ich werfe Ihnen das nicht vor; denn ich finde das im Prinzip richtig. Aber die Ausweitung des Grundschullehramts auf 300 Leistungspunkte fällt in Ihre Verantwortung. Letztlich ist es das zehensemestrierte Studium, das zur Folge hat, dass die Besoldung überarbeitet werden muss. Das hat also nichts mit diesem Gesetz zu tun.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Herr Kollege König, der Begriff „verbrannte Erde“ war ein wenig mehr Stalin als Putin. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich finde beides bescheuert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und was die Ausbildung von Musiklehrern in Lübeck und deren Möglichkeiten, ein zweites Fach zu studieren, angeht, empfehle ich Ihnen nach Flensburg einen Besuch auch in Lübeck. Denn das gibt es dort heute schon.

Liebe PIRATEN, verdammen Sie das Prinzip Hoffnung nicht zu sehr. Ich habe das Gefühl, Sie werden es noch einmal dringend brauchen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Sozialdemokratie aber auch!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich finde es in Ordnung, dass Sie sich auf Sachlichkeiten und nicht auf Personen bezogen haben. Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte Sie trotzdem - -

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind doch auf einem Auge blind!)

- Ich bin nicht auf einem Auge blind, sonst würde ich es ja nicht erwähnen, sondern verschweigen. Ich bitte Sie, in der Debatte weiterhin sachlich zu bleiben. Bisher war das überwiegend der Fall.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Abgeordneter Heike Franzen von der CDU-Fraktion das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Das, was wir heute hier gehört haben, ist schon ausgesprochen spannend. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion sagt, die bildungspolitischen Vorlieben dieser Ministerin sind auch die bildungspolitischen Ziele dieser Koalition.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich frage mich, wozu Sie eigentlich noch Dialog betreiben.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Sie predigen Dialog, doch umgesetzt wird das, was die Ministerin will. Ob Ergebnisse des Dialogs die Grundlage dafür bilden, ist völlig egal.

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie inzwischen fast zwei Jahre im Amt sind. Das Gejammer über die Vorgängerregierung

(Beifall CDU und SPD - Martin Habersaat [SPD]: Wer jammert denn?)

hat inzwischen an Substanz stark verloren. Wir diskutieren hier über das, was Sie auf die Tagesordnung setzen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, es sind doch immer wieder die gleichen dusseligen Zwischenrufe, die Sie hier machen.

(Beifall CDU und FDP)

Es geht hier um die Gesetzentwürfe, die Sie einbringen und die Sie zu verantworten haben, mit ei-

(Heike Franzen)

ner finanziellen Grundlage, die Sie nicht klarstellen.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Ministerin, ich fordere Sie auf, wenn Sie als Bildungspolitikerin dem Bildungsausschuss einen Brief geschrieben haben, werden Sie ja wohl wissen, was darin steht. Bitte erläutern Sie uns heute, welche **finanzielle Grundlage** diesem Gesetz zugrunde liegt. Sie haben hier jegliche Möglichkeit, davon Gebrauch zu machen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Zu dem, was mein Kollege Daniel Günther angesprochen hat, sage ich, es ist schon sehr interessant, dass sich unsere Finanzpolitikerin und profilierte Finanzministerin in der Öffentlichkeit so geäußert hat. Zunächst war sie sehr überrascht, dann hat sie zurückgerudert und gesagt, sie vertraue auf die Zahlen der Bildungsministerin. Frau Heinold, der Kollege Habersaat hat etwas anderes geäußert. Ich frage mich jetzt, ob Sie geprüft haben. Ist das alles gegenfinanziert, wie Frau Waldinger-Thiering gesagt hat? Ist alles besprochen? Ist es nicht besprochen? Ich würde darauf gern eine Antwort haben.

Ich würde auch gern der Legendenbildung hier im Hause entgegentreten. Die letzte Landesregierung hat eine neue **Lehrerausbildung** auf den Weg gebracht, für Grundschullehrer, für Regional- und Gemeinschaftsschullehrer. Wir haben eine Lehrerausbildung für Gymnasiallehrer analog zu den Schulen, die wir in diesem Land haben.

(Beifall CDU und FDP)

Die Studiengänge sind vor einem halben Jahr in Kraft getreten, und laut Aussage des Präsidenten der **Universität Flensburg** haben die Akkreditierungsagenturen bestätigt, dass es ausgesprochen gute Studiengänge sind. Sagen Sie nicht, wir hätten keine Vorstellung! Das alles wollen Sie wieder abschaffen, bevor es überhaupt einen Studenten gibt, der diese Studiengänge durchlaufen hat. Wunderbar! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, auch hier möchte ich sagen, „dusselige Zwischenrufe“ ist kein parlamentarischer Begriff.

(Zurufe CDU und FDP)

- Herr Kubicki, eine Kritisierung des Präsidiums steht Ihnen definitiv nicht zu. Die weise ich zurück.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was steht mir nicht zu? Das habe ich nicht verstanden!)

- Eine Kritik am Präsidium steht Ihnen nicht zu, und die weise ich zurück.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir werden einen entsprechenden Antrag formulieren!)

- Das können Sie gern machen.

Jetzt machen wir weiter mit den Wortmeldungen. Weitere Dreiminutenbeiträge liegen nicht vor.

Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, in der Tat: Das, was wir hier heute diskutieren, ist ein Kernstück unserer Politik. Das, was wir diskutieren, ist das, wofür wir gewählt worden sind. Wir wollen eine Schulpolitik in diesem Land, die für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer die bestmögliche Ausbildung in ganz Deutschland sicherstellt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist das, wofür wir gewählt sind, und das setzen wir auch um.

Wir sind einen ersten Schritt gegangen, indem wir eine kluge und - wenn es in dem Land endlich gelänge, auch bei Ihnen, dieses aus kriegsähnlichen Zuständen zu führen, wäre ich dankbar - befriedigende Form des Schulsystems auf den Weg gebracht haben.

(Anita Klahn [FDP]: Was ist das denn?)

Zwei Säulen nebeneinander, die beide die gymnasiale Ausbildung zum Ziel haben, nämlich Kinder - wenn es geht - zum Abitur zu führen, und zwar zu dem gleich guten Abitur, am **Gymnasium** und an der **Gemeinschaftsschule**. Das ist Ziel meiner Regierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu gehört es, dass wir die bestmögliche deutsche **Lehrerausbildung** organisieren, die bestmögliche, auf dem fachlich höchsten Niveau, auf dem pädagogisch höchsten Niveau. Dieses wollen wir, und dieses werden wir mit diesem Gesetz erreichen. Es ist ein modernes, es ist ein gutes und es ist ein wegweisendes Gesetz, das die Ministerin vorgelegt hat.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir uns die Debatte, die Sie führen, die wir im Augenblick hier in dieser Stadt und im Land erleben, auf uns wirken lassen - **Hochschulen** reden miteinander, als wären sie Staaten, die ihre diplomatischen Beziehungen abbrechen,

(Tobias Koch [CDU]: Wie kommt denn das?)

Rücktritte werden gefordert, Murksdebatten ohne Ende -, wenn man einmal all Ihren Lärm beiseite lässt und guckt, worüber Sie denn um alles in der Welt reden, dann reden Sie tatsächlich darüber - etwas anderes habe ich aus Ihren Reden heute nicht gehört -, dass die Landesregierung einen Vorschlag gemacht hat, bei dem revolutionärerweise die Stärkung der MINT-Ausbildung in Schleswig-Holstein mit einigen wenigen Professuren in Flensburg Sie so aufregt, dass Sie es nicht aushalten können. Ist das allen Ernstes der Kern Ihrer Kritik?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Sie haben nicht richtig zugehört!)

- Herr Abgeordneter, wenn es nicht der Kern Ihrer Kritik wäre, hätte ich gern Ihre Kritik gehört. Etwas anderes haben Sie nämlich nicht gesagt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Simone Lange [SPD])

Alle Ausführungen der heutigen Redner der Opposition haben sich nur um dieses Thema gedreht: Wie kann es sein, dass wir so töricht sind, in Flensburg die MINT-Ausbildung zu verbessern? Was ist das für eine Diskussion? Wo waren Sie denn alle in den letzten Jahren in jeder Wirtschaftsdiskussion, in der gesagt wurde, wir brauchen besser MINT-gebildete Lehrerinnen und Lehrer? Wir haben riesige Abgänge in den nächsten Jahren. Darum geht es uns.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir werden das tun. Wir werden die **MINT-Ausbildung** in diesem Land verbessern. Wir werden sie auf gleich hohem guten Niveau in Kiel haben, und wir werden sie in Flensburg haben. Wir wollen, dass dort Oberstufenlehrerinnen und -lehrer in Chemie, Biologie und Physik ausgebildet werden. Wir werden das sicherstellen. Wir werden das auch in den Haushalten abbilden. Die Zahlen finden Sie in dem Gesetzentwurf: 378.000 € im Jahr 2017, 896.000 € im Jahr 2019, 1,2 Millionen € einmalig zum Ausbau von Laboren, die bereits da sind.

Herr Günther, sie müssen nicht von Klassenräumen in Labore umgewandelt werden. Es sind Labore, die heute für die Sek-I-Ausbildung genutzt werden und die dann auch für die Akkreditierung der Sek-II ausreichen. Das wird diese Regierung sicherstellen. Das werden wir auch mit diesen Zahlen sicherstellen.

Es geht nicht darum - was ist das für eine törichte Diskussion! -, dass wir Flensburg auf das Exzellenzniveau einer naturwissenschaftlichen Universität heben, sondern wir wollen in **Flensburg** Oberstufenlehrer in **Physik, Biologie** und **Chemie** ausbilden. Wir wollen, dass diese Hochschule auf höchstmöglichem Niveau arbeitet. Das werden wir mit den Mitteln, die in dem Gesetzentwurf beschrieben sind und die noch einmal in dem Brief dargestellt werden, den Sie erhalten haben, sicherstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Haben wir nicht!)

Was für ein Verständnis hat denn dieses Parlament oder zumindest ein Teil davon, wenn Sie allen Ernstes kritisieren, dass wir Ihnen einen Gesetzentwurf geben, den Sie möglicherweise noch verbessern können! Mein Verständnis ist, dass das, was mir aus den Debatten meiner Regierung am Ende vorgelegt wird, von mir bei Bedarf noch korrigiert wird, vollkommen egal, mit wem gesprochen wurde. Dieser Regierungsentwurf ist einer, den die gesamte Regierung mitträgt.

Ursprünglich gab es in der Tat den Vorschlag, einen Sonderweg zu definieren, auch mit Flensburg. Wir haben gesagt, ein Teil der Lehrer macht eine Sek-I-Ausbildung und hat dann noch ein Fach mit einer Sek-II-Ausbildung. Dieses halte ich als Ministerpräsident für den falschen Weg. Deswegen habe ich das aus dem Gesetz auch wieder entfernen lassen. Es wäre eine Doppelstruktur, die sich das Land nicht leisten kann. Wenn es richtig ist, dass wir die bestausgebildeten Lehrer haben wollen, wenn es denn richtig ist, dass wir in den nächsten 20 bis 30 Jahren - und das sind ja die Lehrerinnen und Lehrer, von denen wir reden - in einer demografisch dramatisch veränderten Welt diese Lehrer für all unsere Schulen, die gymnasiale Bildung zum Ziel haben, einsetzen wollen, damit sie überall das Beste für unsere Kinder erreichen können, dann muss ich die Ausbildung dieser Lehrerinnen und Lehrer an jeder Stelle, an jeder Hochschule auf diesem gymnasialen Niveau andocken. Das ist das Ziel. Mache ich es nicht, baue ich eine Doppel-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

struktur auf. Die ist teuer, und die hilft uns nicht weiter.

(Zurufe CDU)

Deswegen habe ich das ändern lassen. Dies ist - nehmen Sie das in Ihrer Aufgeregtheit zur Kenntnis - der Wunsch eines Kieler Ministerpräsidenten, der in dieser Stadt durchaus andere Verantwortung gehabt hat, weil es richtig ist, weil es in die Struktur unserer **Lehrerbildung** passt, weil es in die Struktur unserer Vorstellungen von Bildung passt. Deswegen machen wir das.

All die, die hier „Kirchturmpolitik“ schreien - das ist doch ein Club von Kirchturmwärtern, die uns das hier vorhalten! Uns Kirchturmpolitik vorzuwerfen, ist doch eine lächerliche Kritik!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit großem Respekt und Stolz sehe ich auf die **Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**. Mit tiefer Verwunderung sehe ich, dass diese Universität allen Ernstes vorträgt, dass der Umstand, dass wir in Flensburg die Oberstufenlehrausbildung für Chemie-, Biologie- und Physiklehrer verbessern, zum Aushöhlen der Christian-Albrechts-Universität führe, in ihrem 450. Jahr! Meine Damen und Herren, in welcher Diskussion sind wir? Wenn das die CAU meiner Stadt ist, dann haben wir irgendetwas missverstanden in ihrem Selbstbewusstsein von Hochschule, dass das diese Hochschule unterhöhle.

Kein Mensch, der bei Verstand ist, glaubt doch, dass sich diese Regierung allen Ernstes an diese CAU begibt und sie schwächt. Nein, wir werden sie stärken, wie noch keine Regierung vor uns sie gestärkt hat. Das wird diese Ministerin tun, und sie wird es mindestens bis 2017 tun. Wir werden das beste Lehrerbildungsgesetz in Deutschland und die beste Schulstruktur in Deutschland haben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da wir ja alle nicht wissen, was Frau Ministerin Wende der Vorsitzenden des Bildungsausschusses zugeleitet hat, müssen wir hier natürlich ein bisschen im Nebel stochern. Ich bezweifle, dass man mit den genannten Beträgen von 1.350.000 € in der Lage ist, 13 Universitätsfächer auf das Niveau einer Sekundarstufe-II-Ausbildung für Lehrer aufzupeppen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich bezweifle sehr, dass das möglich ist. Ich stelle mir die Frage: Wie will man überhaupt eine Fachdidaktik in den einzelnen **Naturwissenschaften** in **Flensburg** etablieren mit den genannten Geldern, die auch nur annähernd dem das Wasser reichen kann, was in Kiel am Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften geboten wird, das ja eine enge Verzahnung, gerade was die Fachdidaktiken betrifft, mit der **Lehrerausbildung** hat. Das ist schlicht und ergreifend eine Illusion. Das ist nicht möglich. Herr Ministerpräsident, wer das behauptet, der hat vom Thema schlicht und ergreifend keine Ahnung.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Wenn man dann auch noch hört, dass das zusätzliche Geld vom Bund kommen soll, und wenn man weiter hört, dass die Konditionen, unter denen der Bund das Geld an die Länder gibt, überhaupt noch nicht klar sind, ist doch wirklich offenkundig, dass das Gesetz mit heißer Nadel gestrickt worden ist.

In der Vergangenheit ist gerade, was die Lehrerausbildung in Flensburg betrifft, viel zu viel mit heißer Nadel gestrickt worden. Denken Sie an den ersten Anlauf nach dem Bachelor-Master-Modell, der im Akkreditierungsverfahren am Ende gnadenlos gescheitert ist wegen enormer Unzulänglichkeiten und auch deshalb, weil er mit den zentralen KMK-Vorgaben überhaupt nicht im Einklang stand. Die Abschlüsse wären bundesweit nicht anerkannt worden.

Nach dieser Vorgeschichte, nachdem in der Vergangenheit in Flensburg in der Lehrerbildung schon so viel schiefgelaufen ist, haben Sie doch wirklich allen Anlass, jetzt sorgfältig und solide vorzugehen und nicht in der Weise, wie es in den letzten Wochen im Land offenkundig geworden ist.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat jetzt der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Ihren Vorwurf eben an die Opposition, wir würden hier für kriegsähnliche Zustände sorgen, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Es ist Ihre Landesregierung, die den Konsens zwischen Flensburg und Kiel aufgekündigt und damit erst den Konfliktgrund gelegt hat.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, es geht auch nicht um die Frage, ob jemand Naturwissenschaften oder die sogenannten MINT-Fächer gut findet oder nicht, ob sie für die Wirtschaft wichtig sind oder nicht - keine Frage. Es geht im Kern ausschließlich darum, ob in **Flensburg Doppelstrukturen** aufgebaut werden, mit viel Geld, das wir noch gar nicht wissen, was am Ende in **Kiel** dazu führt, dass wichtige Strukturen an der CAU für die Zukunft verloren gehen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Wortmeldung Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Callsen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Johannes Callsen [CDU]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Ihren Versuch, die doch berechtigten Sorgen der Kieler CAU, die Professor Fouquet formuliert hat, hier kleinzureden und lächerlich zu machen, so zu tun, als wenn das alles unschädlich für die übrigens nicht 450-, sondern 350-jährige Geschichte der CAU wäre, finde ich wirklich peinlich.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Herr Albig, Ihr Gesetzentwurf hat keine Grundlage, weder vom Verfahren noch von den Kosten. Deswegen unser Antrag, für den ich namentliche Abstimmung beantrage.

(Zuruf SPD: Bei Ausschussüberweisung?)

Ich will noch auf einen Punkt hinweisen. Man kann sich gern einmal Ihre Regierungserklärung nach der Landtagswahl durchlesen. Da steht drin - ich darf mit Erlaubnis des Präsidiums die Worte des Ministerpräsidenten zitieren -:

„Wir werden damit Planungssicherheit an unseren Hochschulen schaffen. An allen Entscheidungen, die unsere Hochschulen betreffen, werden wir sie teilhaben lassen.“

Spätestens nach dem Interview mit Professor Fouquet in den „Kieler Nachrichten“ wissen wir, dass die CAU an Ihrem Entwurf nicht beteiligt war, dass sie dieser Kahlschlag, der der CAU droht, kalt erwischt hat. Das als Beteiligung darzustellen, finde ich peinlich.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Herr Ministerpräsident, Herr Albig, das ist Ihr Wortbruch gegenüber der CAU, und das ist Ihr Wortbruch gegenüber den Menschen in Schleswig-Holstein. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da erzählen!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Kollege Callsen gerade eben noch einmal deutlich gemacht hat, dass er gegen den Aufbau von Doppelstrukturen in Flensburg und überhaupt gegen Doppelstrukturen ist, wie er es formuliert hat -, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, lieber Kollege Callsen: Die Studiengänge, die es in Flensburg gibt, sind die gleichen wie in Kiel. Das sind also Doppelstrukturen. Mit der Äußerung, die Sie gerade getan haben, stellen Sie den Bestand der **Universität Flensburg** an sich infrage.

(Widerspruch CDU, FDP und PIRATEN)

Lieber Kollege Callsen, das ist Kahlschlag. Wer solche Abgeordneten in der Region hat, braucht keine Feinde mehr als Universität.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Franzen?

Lars Harms [SSW]:

Ja, selbstverständlich gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Lars Harms [SSW]:

Ich habe ja gelernt, dass ich ein lupenreiner Demokrat bin. Das hat ja der Kollege Callsen von sich gegeben.

Heike Franzen [CDU]: Das mögen Sie gern sein, Herr Harms. Können Sie mir bitte sagen, welche Doppelstrukturen in Schleswig-Holstein derzeit innerhalb der Lehrerausbildung gelten?

- Liebe Kollegin Franzen, es ist so, dass die Lehrerstudiengänge an beiden Hochschulen angeboten werden. Das ist von Ihrem Fraktionsvorsitzenden kritisiert worden.

(Widerspruch FDP)

- Darf ich einmal ausreden, lieber Kollege Garg? Das ist ja nett. Wunderbar, vielleicht gewöhnen wir uns einmal eine vernünftige Debattenkultur an und regen uns nicht immer gleich auf.

(Vereinzelter Beifall und Zurufe)

Es ist so, dass die **Lehrerbildung** an beiden Standorten angeboten wird und dort auch gleiche Studiengänge sind. In dem Moment, in dem man sagt, Studiengänge, die in Flensburg seien, dürften nicht erweitert werden, weil man Doppelstrukturen an sich ablehnt, lehnt man alle Doppelstrukturen ab. Das bedeutet automatisch, dass man auch die Hochschule in Flensburg ablehnt. Das ist etwas, was ich nicht teile. Ich finde, es ist doch wert, dies noch einmal deutlich zu machen, damit die Flensburger wissen, wo sie Herrn Callsen haben.

(Vereinzelter Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Habersaat [SPD]: So kommt man auf die Idee, Lübeck dichtzumachen!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, möchten Sie noch eine Zwischenfrage stellen? Der Herr Abgeordnete hat das zugelassen.

Heike Franzen [CDU]: Ich würde meine Frage gern konkretisieren. Scheinbar habe ich mich falsch ausgedrückt. Herr Harms, Sie haben gerade gesagt, wir hätten derzeit Doppelstrukturen an den Universitäten, die böten die gleichen Studiengänge an. Können Sie mir bitte sagen, welche Lehrerstudiengänge in Kiel und welche Lehrerstudiengänge in Flensburg derzeit angeboten werden?

(Zurufe)

Lars Harms [SSW]:

Liebe Kollegin Franzen, Ihr Kollege Callsen hat darauf aufmerksam gemacht, dass das Aufstocken von bestehenden Studiengängen eine Doppelstruktur schaffe. Ich habe festgestellt, dass diese Doppelstrukturen jetzt schon da sind.

(Zurufe)

Lehrerbildung findet an beiden Standorten statt. Wenn der Kollege fordert, dass Doppelstrukturen, dass Lehrerbildung nicht an beiden Hochschulen stattzufinden haben, bedeutet das im Umkehrschluss, dass man die Hochschule in Flensburg am besten dichtmachen und alles nach Kiel schieben müsste.

(Zurufe)

Das ist nicht unsere Auffassung. Unsere Auffassung ist: gleiche Studiengänge mit gleichem Niveau, die die gleichen Lehrer ausbilden, die in gleicher Qualität ausbilden, passend zu unserem Schulgesetz, die an beiden Standorten ausbilden, damit an beiden Standorten noch bessere Lehrerbildung stattfindet als ohnehin schon. Die Hochschulen machen eine hervorragende Arbeit. Vor dem Hintergrund ist genau das, was wir jetzt machen, zukunftsträchtig.

Man muss noch einmal sehr deutlich machen: Wir stehen zu beiden Hochschulen. Beide Hochschulen werden es in unserer Regierungszeit, die noch länger als bis 2017 dauern wird, gut haben. Ich glaube, wir werden nachher ein tolles Schulsystem haben und damit auch für die Schülerinnen und Schüler, um die es uns eigentlich geht, sehr viel erreicht haben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner, Vorsitzender der SPD-Fraktion, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Lieber Kollege Harms, ich darf die Frage der Kollegin Franzen in der Weise beantworten, dass ich Ihnen die Fächer schnell einmal vorlese, in denen wir Doppelstrukturen in der Sekundarstufe I haben. Das sind die Fächer Biologie, Chemie, Dänisch, Deutsch, Englisch, Geografie, Geschichte, Kunst, Mathematik, Philosophie, Physik, Sport, Theologie und Wirtschaft/Politik. Das ist die Antwort auf Ihre Frage, Frau Kollegin Franzen. Die wollte ich Ihnen gern gegeben haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Der derzeit amtierende Oppositionsführer hat eben von Kahlschlag an der **Universität Kiel** gesprochen. Dieser Kahlschlag beträgt plus 165 Millionen €. Dazu zitiere ich den Herrn Präsidenten der Universität Kiel, Herrn Professor Fouquet:

„CAU-Präsident Professor Gerhard Fouquet bewertet die verlässliche Zusage des Landes, in die Sanierung der Kieler Universität einzusteigen, als klares Bekenntnis zur Landesuniversität. Wir sind glücklich und dankbar.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Herr Oppositionsführer, Sie haben gesagt, es sei schwierig, wenn man die Hochschulen nicht beteilige. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bei Gelegenheit einmal erläutern würden, wie stark Sie seinerzeit die Universität Lübeck beteiligt haben, als Sie sie schließen wollten. Ich habe das gar nicht mitbekommen. Die haben gegen Sie auf der Straße demonstriert, die ganze Stadt hat gegen Schwarz-Gelb demonstriert, und Sie sind dann ja unter anderem auch deswegen abgewählt worden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Herr Kollege Callsen, ich verstehe ja, dass Sie sich nach Herrn Günther und Frau Franzen zu Wort gemeldet haben. Sie haben das allerdings im Pathos getan, sich an den Ministerpräsidenten gewandt und gesagt: Mensch, ich muss mich dagegen wehren, dass hier so eine Rhetorik angewandt

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

wird. Haben Sie eigentlich den Kollegen, der gestern fälschlicherweise unter Ihrem Namen von „Putin-Methoden“ dieser Koalition gesprochen hat, schon ausfindig gemacht? Denn das muss ja eine Fälschung gewesen sein, dass der unter Ihrem Namen solche Erklärungen abgibt. Es ist schon ziemlich verwunderlich, was Sie hier abliefern. Man sieht, warum Sie in der Opposition sind. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist von der CDU-Fraktion beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1779 in namentlicher Abstimmung abstimmen zu lassen. Da namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 18/1779 beantragt wurde, lasse ich zunächst hierüber abstimmen. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten verlangt wird. Das ist hier der Fall.

Wir werden jetzt mit der namentlichen Abstimmung beginnen. Wer der Drucksache 18/1779 zustimmen will, erklärt dies bei der namentlichen Abstimmung bitte mit einem Ja. Ich bitte die Schriftführer, jetzt mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

- Das Ergebnis liegt vor. 32 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt. 35 Abgeordnete haben den Antrag abgelehnt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich lasse dann über die Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung abstimmen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/1760 federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, der möge jetzt die Hand heben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltungen einiger Abgeordneter der FDP und der Piratenfraktion ist der Antrag auf Überweisung angenommen worden.

Um 15:15 Uhr treffen wir uns zu den weiteren Beratungen hier wieder. Wir treffen uns erst um 15:15 Uhr, weil der Ältestenrat in der Mittagspause eine Begrüßung vornimmt. Die Beratungen werden

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

um 15:15 Uhr fortgesetzt. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 14:12 bis 15:20 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Sitzung wieder.

Bitte begrüßen Sie mit mir Absolventen der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung Eutin. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Stiftungsuniversität zu Lübeck und zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1724

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Ministerin für Bildung und Wissenschaft Dr. Wara Wende das Wort.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich lege Ihnen heute einen Gesetzesentwurf vor, der einen besonderen Wunsch der **Universität zu Lübeck** aufnimmt. Wir alle wissen um die Vorgeschichte. Unter der Vorgängerregierung stand die Schließung des Medizinstudiengangs in Lübeck im Raum. Nach einem beispiellosen Protest der Lübeckerinnen und Lübecker für den Erhalt ihrer Universität wurden die Schließungspläne zurückgenommen. Es blieb aber der Wunsch der Universität nach mehr Sicherheit, um dauerhaft ihre Existenz zu erhalten. Dies kann ich sehr gut nachvollziehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Wunsch muss sich zugleich in die Hochschullandschaft Schleswig-Holstein einpassen. Um dies zu erreichen, haben wir ein **Stiftungsmodell** Schleswig-Holstein entwickelt. Damit verbindet sich für mich insbesondere die Sicherung erstens der Freiheit von Forschung und Lehre, zweitens die Wahrung der Mitbestimmungsrechte aller Mitglieder der Universität zu Lübeck, drittens ein Abschluss von Studiengebühren und viertens die Zu-

stimmung aller Mitgliedergruppen der Universität zu einer Stiftung.

Sehr geehrte Damen und Herren, nur wenn es gelingt, die betroffenen Beschäftigten der Universität von dem neuen Modell zu überzeugen, kann dies auch langfristig zum Erfolg führen. Deshalb möchte ich hier noch einmal ausdrücklich betonen: Eine Privatisierung schließen wir klar und deutlich aus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gemeinsam mit der Universität haben wir im vergangenen Jahr in vielen intensiven Gesprächen eine **gesetzliche Regelung** entwickelt, die einerseits der Universität mehr Freiraum bei der Verwaltung ihres Personals, der Gebäude und der Finanzen lässt und die andererseits die berechtigten Interessen der Betroffenen wahrt. Die Universität erhält das Eigentum an den von ihr genutzten Liegenschaften und kann mehr Einfluss auf die Baumaßnahmen nehmen. Im Rahmen einer Personalkostenobergrenze kann sie eigenverantwortlich über die Einstellung, Höhergruppierung und Beförderung ihres Personals entscheiden. Außerdem erhält sie zusätzliche Freiheiten bei der Bewirtschaftung ihrer Finanzmittel. Wir haben dabei großen Wert auf die Sicherung der Beschäftigung und die Mitbestimmung des Personals der Universität gelegt. Das Tarifrecht des Landes gilt für die Stiftungsuniversität zu Lübeck uneingeschränkt fort. Bereits erworbene Rechte und Beschäftigungszeiten bleiben gewahrt. Betriebsbedingte Kündigungen aus Anlass des Rechtsformwechsels sind ausgeschlossen. Im neuen Stiftungsrat sind alle Mitgliedergruppen der Universität mit einem eigenen Stimmrecht vertreten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz etwas zur gewährten **Rechtsform** einer Stiftung sagen. Gerade in der Hansestadt Lübeck mit seiner ausgeprägten Stiftungskultur und der großen Verbundenheit der Stadt mit ihrer Universität macht es durchaus Sinn, eine solche Stiftung zu gründen. Private Mittelgeber können sich so an der Finanzierung der Hochschule beteiligen und gleichzeitig von den rechtsformspezifischen Steuervorteilen profitieren. Erste Interessenkundgebungen machen mich zuversichtlich, dass es der Universität zu Lübeck gelingen wird, auf diesem Weg zusätzliche Mittelgeber für die Universität zu gewinnen und auch zu begeistern. Es gibt noch wenige Fragen, die wir - da bin ich sicher - lösen werden. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lange hat es gedauert, jetzt liegt der Gesetzentwurf auf dem Tisch des Hohen Hauses. Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, heute zu kritisieren, dass das so lange gedauert hat. Da wusste ich aber noch nicht, wie wir uns heute Vormittag zum Thema Lehrkräftebildungsgesetz austauschen. Deswegen möchte ich jetzt lieber formulieren: Ich bin froh, dass sich die Landesregierung so viel Zeit genommen hat, um einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen.

(Beifall CDU und FDP)

So sehr Sie auch die Hochschulpolitik der vorherigen Landesregierung kritisiert haben, als Sie noch in der Opposition waren, muss man feststellen, dass wir dieses Gesetz doch in vielen Punkten gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Die Eckpunkte, die damals noch von Jost de Jager vorgelegt worden sind, finden sich in weiten Teilen auch in diesem Gesetzentwurf wieder. Von daher werden Sie jetzt von mir nicht erwarten können, dass ich fundamentale Kritik an dem Vorgehen äußere. Ich finde richtig, was hier gemacht wird. Die **Stiftungsuni** war ein Wunsch, der aus **Lübeck** an den Schleswig-Holsteinischen Landtag herangetragen worden ist. Ich finde, dass der Gesetzentwurf deutlich mehr Licht als Schatten aufweist. Über einige Kleinigkeiten sollten wir uns im Gesetzgebungsverfahren unterhalten. Meiner Meinung nach formuliert man solche Gesetzesentwürfe möglichst schlank. Ich möchte ein Beispiel nennen: Wir schließen im Hochschulgesetz nun explizit aus, dass es Hochschulgebühren gibt. Dies wird auch noch einmal in die Gesetzesbegründung reingeschrieben. Und dies bloß, weil die SPD-Fraktion beim Thema Stiftungsuni - von ihrem Vorsitzenden getrieben - immer besonders skeptisch ist. Da muss alles noch einmal aufgeführt werden, damit auch die SPD-Fraktion dem Gesetzentwurf die Zustimmung geben kann. Es fehlen nur noch der Mindestlohn und was sonst noch alles hätte hineinformuliert werden können. Das finde ich ein bisschen schade. Vielleicht können wir uns im Gesetzgebungsverfahren verständigen. An die Landesregierung gerichtet kann ich sagen, dass die CDU-Fraktion, die ja genauso groß wie die SPD-Fraktion ist,

(Zuruf: Ich denke, größer!)

dem Gesetz im Notfall zur notwendigen Mehrheit verhelfen würde.

(Lachen)

Ich freue mich auf ein spannendes Anhörungsverfahren. Im Grundsatz sind wir uns einig: Die Stiftungsuni muss auf den Weg gebracht werden, damit es am 1. Januar 2015 losgeht. Das hat die Uni Lübeck verdient. Uns haben Sie da an Ihrer Seite. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Als Lübecker muss er sich mal melden! Er kann auch ein bisschen stiften!)

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An der Universität Lübeck ist die Sensibilität für Veränderungen am Status wahrscheinlich noch höher als an anderen Hochschulen in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Fusion der beiden Universitätsklinika zum UKSH, immer wieder aufkommende Überlegungen, die drei Universitäten zu einer Landesuniversität zusammenzuschließen und schließlich der auch von seinen Urhebern als Fehlgriff erkannte Beschluss der damaligen Landesregierung, das Medizinstudium in Lübeck zu beenden, waren mit berechtigten Ängsten verbunden, ob die **Existenz** der **Universität zu Lübeck** überhaupt gesichert werden kann.

Die Universität zu Lübeck verdankt ihren Fortbestand dem tausendfachen Protest der Lübeckerinnen und Lübecker und dem kämpferischen Engagement der Studierenden und der Beschäftigten der Uni. Deswegen war es alles andere als selbstverständlich, dass der Senat der Hochschule im Dezember 2012 einstimmig über alle Hochschulgruppen hinweg die **Umwandlung** in eine **Stiftungsuniversität** befürwortet hat - einstimmig über alle Hochschulgruppen hinweg, weil alle an der Universität zu Lübeck ein hohes Interesse daran haben, den Fortbestand der Universität zu Lübeck auf Dauer zu sichern. Dieser Konsens an der Hochschule seiner-

(Wolfgang Baasch)

seits war die Voraussetzung für die Küstenkoalition, diesen Weg weiterzugehen. Ein Hauen und Stechen zwischen Professoren und Studierenden, zwischen Mittelbau und nicht wissenschaftlich Beschäftigten in dieser Frage hätte jeden möglichen Vorteil des Stiftungsmodells von vornherein zu nichtegemacht.

Die SPD-Landtagsfraktion hat frühzeitig gesagt, dass sie bereit ist, diesen Weg zur Stiftungsuniversität mitzugehen, wenn dies die Universität zu Lübeck wirtschaftlich stärkt, wenn dies nicht die berechtigten Mitbestimmungsinteressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Studierenden gefährdet und wenn unser Grundsatz, dass das Erststudium gebührenfrei sein muss, nicht ausgehebelt wird. Der Gesetzentwurf, den uns die Landesregierung heute vorlegt, trägt unseren Forderungen Rechnung.

Die Hochschule muss nicht befürchten, dass das Land seine Aufgaben auf Private abwälzt. Im laufenden Jahr zahlt das Land knapp 25 Millionen € als Zuschuss an die Universität zu Lübeck. Dazu kommen 800.000 € Investitionszuschuss. Ohne den Haushaltsberatungen für 2015 vorzugreifen, kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Summe im nächsten Haushalt sinkt, zumal die **Zuschüsse** über **Zielvereinbarungen** abgesichert sind.

Was wir uns aber erwarten, sind bessere Möglichkeiten dieser Hochschule, in Lübeck, dem Sitz zahlreicher Unternehmen aus medizinaffinen Branchen, zusätzliches Geld einzuwerben. Die finanzielle Verantwortung für die Existenz und den Betrieb der Hochschule wird ebenso wie für jede andere schleswig-holsteinische Hochschule beim Land verbleiben. Die Hochschule scheidet nicht aus dem Zuständigkeitsbereich des Schleswig-Holsteinischen Hochschulgesetzes aus. Wir bleiben beim **Modell der Gruppenuniversität**, in der die Mitbestimmungsrechte für Mittelbau, nicht wissenschaftliches Personal und Studierende in dem Rahmen gesichert sind, wie dies unter den Vorgaben der Verfassungsrechtsprechung möglich ist.

Für die Universität zu Lübeck gilt, dass ihr eine zusätzliche Finanzierungsquelle ebenso wenig offensteht wie allen anderen: **Studiengebühren** wird es in Schleswig-Holstein auch künftig nicht geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **innere Organisationsverfassung** wird sich ändern: Neben den Senat und das Präsidium treten ein Stiftungsrat und ein Stiftungskuratorium. Das ist ein Experiment, und wir werden uns die Stellung-

nahmen der Hochschulgruppen und vieler Interessenvertretungen in der Anhörung, die der Bildungsausschuss durchführen wird, genau ansehen. So wird es niemanden überraschen, dass auch die SPD-Fraktion im Gesetzgebungsverfahren sehr kritisch darauf achten wird, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Stiftungsrat Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte haben. Ebenso gilt es, bei der Umsetzung des Modells der Stiftungsuniversität einen Stichtag zur Ermittlung der Personalkosten zu wählen, der nah am Inkrafttreten des Gesetzes liegt.

Wir werden zu gegebener Zeit die Erfahrungen der Stiftungsuniversität auswerten und überprüfen, ob irgendwo gesetzlich nachgesteuert werden muss. Heute ist in diesem Fall nicht Skepsis angesagt, sondern Freude darüber, dass dieser für Schleswig-Holstein neue Weg in großer Einmütigkeit gegangen werden kann. Ich bitte um Überweisung des Gesetzentwurfs an den Bildungsausschuss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als am 25. Mai 2010 der Lübecker Unipräsident Professor Peter Dominiak durch eine NDR-Journalistin telefonisch von den Plänen der schwarz-gelben Koalition erfuhr, die Medizinstudiengänge an der Universität zu Lübeck zu streichen, war noch keinem klar, welche erheblichen Konsequenzen dies für alle beteiligten Akteure haben sollte. Es folgten die größten Proteste in der Geschichte des Landes: 130.000 Unterschriften, über 15.000 Teilnehmer bei der zentralen Demonstration vor dem Landhaus am 15. Juni 2010 und viele kreative Aktionen wie beispielsweise ein Sitzstreik vor der Landesvertretung in Berlin.

Aus diesem Protest ist der verständliche Wunsch einer gesamten Region gewachsen, vom Land mehr Unabhängigkeit zu erhalten. Die Idee zur **Stiftungsuni** wurde konkret. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Kind der „Lübeck kämpft“-Bewegung. Mit der Küstenkoalition wird der lange Kampf zum erfolgreichen Abschluss geführt. Wir Grüne standen während der Proteste uneingeschränkt an der Seite der **Lübecker Universität**. Wir freuen uns deshalb besonders, dass es in einem

(Rasmus Andresen)

wahrscheinlich sehr großen Konsens mit der Region gelingen wird, diesen Gesetzentwurf nach der parlamentarischen Anhörung zu verabschieden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wir haben aus der Opposition heraus folgende für die Stiftungsuniversität im April 2012 im Landtag vier Eckpunkte durchgesetzt. Herr Günther, das war Ihr letzter Regierungsmonat. Dies haben wir gemeinsam verabschiedet. Der erste Punkt dieses Beschlusses lautet, dass es keine **Studiengebühren** geben darf. Es geht daher nicht darum, dass die SPD zufriedengestellt werden muss

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- was überhaupt kein Problem ist. Es geht um einen der Grundsätze, der von dem Landtag der letzten Legislaturperiode mit sehr großer Mehrheit verabschiedet wurde. Dazu stehen wir immer noch. Deshalb ist es richtig, dass dies im Gesetzentwurf auftaucht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der zweite Punkt aus dem damaligen Beschluss, der als Kriterium der Grünen schon vorher formuliert wurde, betrifft die **Zustimmung aller Statusgruppen**. Der Kollege Baasch ist darauf bereits eingegangen.

Drittens geht es uns darum, dass die **Mitbestimmung** nicht eingeschränkt werden darf.

Der vierte Punkt: Wenn man Modelle wählt, bei denen privates und öffentliches Kapital zusammentreffen, dann muss die **Freiheit von Forschung und Lehre** gesichert sein.

Diese vier Kriterien wurden damals beschlossen. Es ist jetzt an der Zeit, zu schauen, was daraus geworden ist. Im Dialog mit der Universität Lübeck ist es Ministerin Wende und Staatssekretär Fischer gelungen, ein neues Modell für die Stiftungsuni zu entwerfen.

Für uns war und ist noch immer klar, dass es Studiengebühren auch durch die Hintertür einer Stiftungsuniversität nicht geben darf. Uns Grünen ist es ebenso wie der SPD-Fraktion sehr wichtig, dass der öffentliche Charakter der Universität Lübeck erhalten bleibt.

Im Vergleich zu Schwarz-Gelb gibt es allerdings einen Unterschied: Unser Gesetzentwurf beabsichtigt nicht einen Ausstieg des Landes aus der **Finanzierung** der Universität. Ich will Ihnen nicht vor-

werfen, dass Sie dies geplant hätten. Es stand damals jedoch zumindest in Rede. Ich erinnere mich an Aussagen der damaligen Staatssekretärin Andreßen. Sie hatte sehr deutlich gemacht, dass die Stiftungsuniversität aus ihrer Sicht auch mit Einsparungen für das Land verbunden sein kann. Das machen wir nicht, auch wenn dies in den letzten Tagen immer wieder fälschlicherweise behauptet wurde. Wir sichern die Zuschüsse für die Universität Lübeck, und wir eröffnen gleichzeitig die Möglichkeit dahingehend, dass sich die Stiftungsgeber, die es in der Region Lübeck gibt, stärker an der Universität beteiligen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Auch der einstimmige Senatsbeschluss, den es in dieser Frage an der Universität gegeben hat, untermauert die grundsätzliche Zustimmung. Gerade das nicht wissenschaftliche Personal hat noch Kritikpunkte an dem konkreten Gesetzentwurf. Im Kern gibt es jedoch an der Universität einen großen Konsens. Dieser Konsens ist für uns sehr wichtig. Die Frage, wie viel Stiftungskapital man zurzeit generieren kann, wenn die Finanzmärkte so sind, wie sie sind, ist eine Frage, über die wir im Gesetzgebungsverfahren noch diskutieren müssen.

Uns Grünen geht es vor allem um einen Aspekt, und das ist für uns das Zentrum der parlamentarischen Beratung. Es geht um die Frage der **Mitbestimmung**. Wir Grüne sind noch nicht ganz zufrieden mit der Struktur, nach der es zukünftig einen Stiftungsrat, ein Kuratorium und einen Senat geben wird. In diesen Gremien wird externen Mitgliedern mehr Macht gegeben. Der Senat, der im aktuellen Entwurf vor allem eine Art Beratungsfunktion hat, wird im Kern entmachtet. Wir glauben nicht, dass in dieser Frage das letzte Wort gesprochen ist. Wir glauben, dass die unterschiedlichen Statusgruppen, die im Senat auch an der Universität Lübeck wirklich gute Arbeit machen, weiter gestärkt werden sollen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Wir wollen in genau diesem Punkt nachbessern, um dafür zu sorgen, dass alle Statusgruppen nicht an Mitbestimmung verlieren, sondern sogar gewinnen werden. Ich bin sehr optimistisch, dass wir dies in einem großen

(Rasmus Andresen)

Konsens bis zum Sommer hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorgelegte Gesetzentwurf ist ganz anders als alles, was wir in letzter Zeit aus dem Wissenschaftsministerium bekommen haben. Er ist durchdacht und weitgehend schlüssig. Kurz gesagt, er ist in Gänze ziemlich gut.

(Zuruf SPD)

- Ja, sinnvolle und durchdachte Gesetzentwürfe loben wir gern, Frau Kollegin. Das ist gar kein Problem. Das liegt offensichtlich auch daran, dass Sie an dieser Stelle die Politik der Vorgängerregierung fortsetzen, die auf Wunsch der Universität gestartet wurde.

(Zurufe)

- Die alte Landesregierung hatte an dieser Stelle etwas gutzumachen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das kann man wohl sagen! - Beifall SPD)

- Da die SPD so hemmungslos begeistert ist von diesem Statement, muss ich Ihnen sagen: Man kann sich in der Hochschulpolitik auch korrigieren. Das ist durchaus möglich. Das ist gar kein Problem.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf orientiert sich überwiegend an dem gemeinsam mit der **Universität** entwickelten **Eckpunktepapier** vom April 2012. Darin wurden die wesentlichen Eckpfeiler bereits festgeschrieben: mehr Selbstständigkeit, Flexibilität und Eigenverantwortung, vor allem aber die Möglichkeit, von den Finanzmitteln des Landes unabhängiger zu werden, ohne dass das Engagement des Landes zurückgeht.

Herr Kollege Andresen, Sie haben uns gerade an die Äußerungen Ihrer Namensvetterin und ehemaligen Staatssekretärin erinnert.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit „ß“!)

Ich drücke es einmal diplomatisch aus: Es gibt Sachen, an die man nicht so gerne erinnert wird. An dieser Stelle hat sie für sich selbst gesprochen, aber nicht für die Koalition.

(Lars Harms [SSW]: Das hättest du einmal vorher sagen sollen!)

- Jetzt ist es raus, Herr Kollege.

Dabei wurde bereits damals festgeschrieben, dass die Partizipationsrechte im bisherigen Umfang erhalten bleiben müssen und dass die Liegenschaften, die von der Universität genutzt werden, in das Grundstockvermögen überführt werden und damit auch die Bauherreneigenschaft auf die Stiftungsuniversität übergeht. Darüber hinaus erhält die Stiftungsuniversität die für ein solches Modell sehr wichtige Dienstherrenfähigkeit.

Meine Damen und Herren, es bleibt natürlich die Frage, warum dies so lange gedauert hat. Unter Schwarz-Gelb war es das Ziel, die **Umwandlung** bereits Anfang des Jahres zu vollziehen. Sei es aber drum. Wir wollen nicht kleinlich sein. Wenn das dazu gedient hat, die immer sehr skeptische SPD-Fraktion von diesem Vorhaben zu überzeugen, dann war das richtig. Insofern hat der umfängliche Dialog innerhalb der Koalition gefruchtet und war im Sinne der Sache.

Wir hoffen, dass die weiteren Beratungen nun zügig vorangehen und es gelingt, diesen historischen Schritt mit Beginn des kommenden Jahres zu gehen. Im weiteren Verfahren ist aus unserer Sicht noch zu prüfen, inwieweit die Verantwortung des Landes für die bestehenden Gebäude hinsichtlich der **Sanierung und Modernisierung** noch deutlicher als bisher hervorgehoben werden kann und ob die Grenze für Bauunterhaltungsleistungen, die die Stiftung selbst durchführen kann, nicht noch weiter angehoben werden kann. Das sollte man noch prüfen.

Hinsichtlich der **Mitbestimmung** ist der Gesetzentwurf aus meiner Sicht ein Sprung nach vorn. Insbesondere der Stiftungsrat, der den Hochschulrat ersetzen soll, erhält aus unserer Sicht das nötige Gewicht aus der Hochschule selbst heraus. Alle Gruppen sind vertreten, und die externen Mitglieder werden durch eine Findungskommission - ebenfalls unter Beteiligung aller Gruppen - ausgewählt und durch das hochschuleigene Gremium des Senats gewählt. Dies ist aus meiner Sicht ein sinnvolles und transparentes Verfahren.

Herr Kollege Andresen, den Diskussionsbedarf, den Sie bereits in einer Pressemitteilung angemeldet ha-

(Christopher Vogt)

ben, kann ich bisher nicht ganz nachvollziehen; denn auch das nicht wissenschaftliche Personal ist durch ein Mitglied - wie die anderen Gruppen - vertreten. Insofern habe ich Ihre Einlassung nicht ganz verstanden. Außerdem finde ich, der Gesetzentwurf ist nicht ein Weniger an Mitbestimmung im Vergleich zum Status quo, sondern eher ein Mehr.

Meine Damen und Herren, abschließend bedanke ich mich bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für diesen Gesetzentwurf und ganz besonders bei Staatssekretär Fischer. Sie haben es mit Ihrer Arbeit offenbar geschafft, nun auch alle Skeptiker zu überzeugen. Das ist ein Modell, das größere Autonomie zulässt. Das unterstützen wir.

An dieser Stelle möchte ich auch die Rolle des Präsidenten Professor Dr. Dominiak, dessen Nachfolger heute Abend gewählt werden soll, würdigen. Wenn man so will, ist er der Vater dieses Gesetzentwurfs. Heute hat er gesagt, es werde vorrangige Aufgabe seines Nachfolgers sein, sich im Bereich des Fundraising zu betätigen und Stifter für die Universität zu gewinnen. Ich bin davon überzeugt, dass dem Nachfolger dies gelingen kann.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass es die Mehrheit mit der größeren Autonomie der Universität Lübeck ernst meint und dass der Gesetzentwurf nicht verwässert, sondern im Zweifel an der einen oder anderen Stelle verbessert wird. Ich freue mich auf die Ausschussberatung und danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Lübecks Schlüssel für die Zukunft liegt in Bildung, Forschung und Wissenschaft. So wurde am 17. Januar 2014 die CDU-Bundestagsabgeordnete Dinges-Dierig in den „Lübecker Nachrichten“ zitiert. Sie kommentierte den Rückzug der Kaufmannschaft und das nachlassende Engagement der Stadt Lübeck in die Wissenschaftsstadt Lübeck. Die Possehl-Stiftung scheint zunehmend zurückhaltender. Die Industrie- und Handelskammer bedauerte Anfang des Jahres, dass die Schilder mit der Aufschrift „Stadt der Wissenschaft“ abmontiert wurden.

Schwächt Lübeck als Standort, dem besondere Spenden- und Stiftungsfreudigkeit zu Recht nachgesagt wird? Wird sich die **Stiftungsuniversität** unter diesen **Rahmenbedingungen** so entwickeln können, wie wir das alle miteinander hoffen?

Die Frage nach den Stiftern wurde auch an die Wissenschaftsministerin im Rahmen der Pressekonferenz gerichtet. Dazu könne man erst etwas sagen, wenn das Gesetz zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten sei, hieß es. Wir werden abwarten müssen, ob das der große Befreiungsschlag aus der Mangelwirtschaft, der strukturierten Unterfinanzierung und der verengten Gestaltungsmöglichkeiten wird. Ich persönlich würde mich als Absolvent der Universität Lübeck darüber ehrlich freuen.

Alle, von der Hochschule bis zur Regierung, sind sich über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass die **Umwandlung der Hochschule** in eine **Stiftung** des Göttinger Modells wünschenswert ist, um alle möglichen positiven Effekte auszunutzen. Insofern sollte es dazu gute Wünsche von allen Seiten geben.

Trotzdem gibt es offene Fragen. Die Antworten darauf möchte ich mir im Ausschuss gern noch einmal geben lassen. Dies betrifft zum Beispiel die Frage nach der **Absicherung der Universität** in Zeiten niedriger Zinsen. Wenn das Zinskapital in den Liegenschaften liegt, die natürlich keinen Zinsertrag abwerfen und insofern auch gar nicht kapitalisiert wurden, dann würde ich gern wissen, wie sich die Zinserträge errechnen und wie das Ganze erwirtschaftet wird. Wenn das Göttinger Modell in Lübeck zu einem Erfolgsmodell wird, dann habe ich schon Bauchweh, den anderen rein staatlichen Hochschulen zu erklären, warum sie zum Beispiel kein Kapital ansparen dürfen, nur weil ein Gesetz dies verbietet. Chancengerechtigkeit werden wir dann auch über die ganze Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein hinweg spiegeln müssen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Uli König [PIRATEN]:

Ja, bitte.

Martin Habersaat [SPD]: Genau genommen sind es sogar zwei Fragen, Herr Kollege König.

Erstens frage ich Sie, ob Sie nach der Lektüre des Gesetzentwurfs genauso wie ich fest-

(Uli König)

gestellt haben, dass dies nicht das Göttinger Stiftungsmodell, sondern ein eigenes Stiftungsmodell ist.

Zweitens frage ich Sie, ob die PIRATEN neben kritischen Fragen auch mit eigenen Vorschlägen in diesem Hause glänzen wollen.

- Vielen Dank dafür. - Soweit ich weiß, basiert das auf dem Göttinger Modell.

(Zuruf SPD: Nein!)

- Nein? Okay. Ich schaue noch einmal nach. - Ja, wir werden Vorschläge machen. Diese werden wir im Ausschuss unterbreiten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das darf jetzt in den Ausschuss!)

- Ja, das darf in den Ausschuss. Ich finde den Gesetzentwurf gut. Ich bin Absolvent der Universität Lübeck. Ich finde es gut, dass die Universität Lübeck zu einer Stiftungsuniversität wird. Über die Details müssen wir uns noch unterhalten. Es gibt noch zwei oder drei Sachen, an denen wir gern drehen würden. Im Großen und Ganzen ist das aber eine gute Sache.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Welche Sache?)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Wenn wir unsere stets nachhaltig klammen Hochschulen trotz Schuldenbremse und Stellenabbaupfad stärken wollen, dann müssen wir - Frau Ministerin Wende wird mir dabei zustimmen - nach kreativen Lösungen suchen. Dabei sind wir alle in der Pflicht.

Heute gratuliere ich den Kämpfern in und für die Universität zu Lübeck, die sieben Jahre lang für ihre Pläne gestritten haben. Unsere Zukunftsperspektiven waren nicht immer so positiv umrissen wie jetzt. Ich wünsche uns alles Gute. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Universität in Lübeck** besteht in diesem Jahr 50 Jahre. Stück für Stück ist in Lübeck eine hervorragende und vielfach ausgezeichnete medizinische und medizintechnische Institutslandschaft entstanden.

Dieser **Standort** entwickelt sich ständig weiter. Doch die Situation war von Anfang an schwierig, und die Lübecker haben sich ihre Eigenständigkeit lange erkämpfen müssen. Die Reputation von Forschung und Lehre stand dabei außer Zweifel, was nicht nur die steigenden Studierendenzahlen eindrucksvoll belegen.

Lübeck ist etwas Besonderes. Kritiker unterstellten darum, dass die Lübecker eine Extrawurst für sich beanspruchen wollten.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich der Wissenschaftsministerin und dem Staatssekretär danken, denen es gelungen ist, alle Akteure an einen Tisch zu bekommen. Dieser **Dialog** ist gelungen und wegweisend. Selten habe ich einen erfreueren Uni-Präsidenten erlebt. Gegenüber den „Lübecker Nachrichten“ sagte er, dass die gemeinsam mit allen Gruppen der Universität einstimmig beschlossenen Eckpunkte so gut wie vollständig in den Gesetzentwurf eingegangen sind.

Die seitens der alten Landesregierung drohende Schließung wurde durch die große Verbundenheit der Region zu ihrer Universität abgewendet. Die Demonstrationen waren ein eindrucksvoller Beweis für eine aktive **Bürgergesellschaft**. Die Lübeckerinnen und Lübecker haben sich also schon in der Vergangenheit für ihre Universität tatkräftig eingesetzt und können das durch die **Umwandlung in eine Stiftungsuniversität** auch in Zukunft tun.

Bereits im Herbst 2010 hat der damalige Wissenschaftsminister Jost de Jager davor gewarnt, dass man gerade in Sachen Forschung nicht in Statusquo-Dimensionen denken darf, also nicht nur daran denken darf, dass man das sichert, was man hat. Wenn man das macht, schränkt man die Handlungsspielräume der Wissenschaft ein. Eine verantwortungsvolle Landespolitik muss Freiräume eröffnen. Genau das tut die Wissenschaftsministerin mit dem vorgelegten Gesetzentwurf. Allerdings sollte man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Es gibt ernst gemeinte Forderungen nach einer **Privatisierung**. Diesen erteilt der SSW eine eindeutige Absage. Eine private Universität Lübeck wird es mit uns nicht geben!

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Universität in Lübeck ist eine Universität des Landes. Die entsprechenden **finanziellen Verpflichtungen** bleiben bestehen; es geht allerdings um die **Möglichkeiten der zusätzlichen Finanzierung**. Eine Stiftungsuniversität kann einfach Drittmittel einwerben - das zeigen auch die Erfahrungen der anderen deutschen Stiftungsuniversitäten. Landtag und Landesregierung bleiben aber weiterhin in der politischen Steuerungsverantwortung. Wir sind uns sicherlich einig, dass die **Mitbestimmungsrechte** und die **Freiheit von Forschung und Lehre** Bestand haben müssen. Und es gilt weiterhin: keine Studiengebühren!

Wir werden also sehr genau beobachten und bewerten, wie sich die neuen Freiheiten bei der Personal- und Liegenschaftsverwaltung sowie bei Baumaßnahmen entwickeln werden. Das Ganze ist sicherlich nicht nur für die Lübecker Neuland, sondern auch für uns. Wir werden erst einmal Erfahrungen sammeln müssen, um dann die Maßnahmensteuerung zu verfeinern.

Darüber hinaus gilt es, die Entwicklung der Lübecker Universität in die Hochschulpolitik des Landes einzupassen - viel Arbeit, die sich aber lohnt. Ich betrachte das als eine der interessantesten Herausforderungen der Hochschulpolitik, weil wir mit der Schaffung der Stiftungsuniversität der Forschung und auch der Lehre neue **Freiräume** erschließen werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1724 an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Krabben- und Muschelfischerei im schleswig-holsteinischen Nordseeküstengewässer

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1728

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne Fischer aus Friedrichskoog

mit ihrem stellvertretenden Landesvorsitzenden, Herrn Schuhmacher. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ganz klar ist mir nicht, was genau die Erwartungen der Opposition sind, die diesen Antrag gestellt hat. Ich nehme ihn wörtlich und berichte über die **ökonomische Situation** und die damit verbundenen politischen Fragen der Krabben- und Muschelfischer an der schleswig-holsteinischen Westküste.

Wir haben derzeit **84 Krabbenkutter**, die unterwegs sind. Es sind ein paar weniger als noch vor zehn Jahren. Damals waren es noch 99 und vor 50 Jahren waren es 200. Sie sehen daraus: Es gibt an der Westküste weniger Krabbenfischer, aber der Strukturwandel in diesem Bereich ist bei Weitem nicht so dramatisch wie der, den wir in der Landwirtschaft erleben.

Die Erträge sind derzeit sehr stabil. Die Jahre 2012 und 2013 waren Rekordjahre für die Krabbenfischerei, es waren Rekorderlösjahre. Das heißt, die **ökonomische Situation** ist derzeit eine ganz hervorragende. Allerdings gibt es Bewegung in dem Markt, die man grundsätzlich zulassen muss. Man muss aber auch hinterfragen, wie weit die **Marktmachtkonzentration** bei wenigen Abnehmern gut ist für die schleswig-holsteinische Krabbenfischerei. Deshalb begrüße ich es, dass die **Erzeugerorganisation**, in der sich 100 Krabbenfischer aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammengeschlossen haben, endlich an den Start gegangen ist. Ich finde es insgesamt richtig, dass die Verarbeitung, die Vermarktung, aber auch die Eigenvertretung der Krabbenfischer gut vorankommt; denn die Krabbenfischer sind ein sehr freiheitsliebendes Völkchen, und entsprechend schwer ist es häufig, sich innerhalb dieser Gruppe zu organisieren. Ich

(Minister Dr. Robert Habeck)

begrüße es sehr, dass dies vorankommt und die Dinge nicht nur den großen Konzernen überlassen werden, sondern dass sich die Krabbenfischer immer mehr selbst organisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In diesem Zusammenhang bleibt abzuwarten, wie sich die Aufgabe des großen Abnehmers Heiplog auf den Markt der Krabbenfischerei auswirken wird. Die Firmen Parlevliet und Van der Plas übernehmen diese Kontingente, die zuvor von Heiplog vermarktet wurden. Ich finde es nach wie vor richtig zu überlegen, ob wir nicht **Eigenvermarktungskapazitäten** in Schleswig-Holstein aufbauen können. Allerdings scheitern diese daran, dass es konkurrenzlos günstig ist, die Krabben nach Marokko zu fahren, sie dort pulen zu lassen, um sie anschließend wieder in Schleswig-Holstein zu verkaufen. Wir müssen darauf eine Antwort finden, ansonsten werden diese Ideen nicht funktionieren. Wir arbeiten daran und führen derzeit gute Gespräche mit immer neuen Interessenten.

Die **Krabbenfischerei** gehört zu Schleswig-Holstein, sie gehört zur Westküste genauso wie der **Nationalpark**. Damit ist ein permanenter **Konflikt** beschrieben: einerseits das Nutzen des Wattenmeers und andererseits das Schützen des Naturraumes Wattenmeer. Das scheint zunächst nicht zusammenzupassen. Es ist eine lange, schwierige, umkämpfte und umstrittene Tradition in diesem Land, beide Interessen, beide Traditionen, beides, was dieses Land besonders macht, miteinander in Einklang zu bringen. Diesen Einklang zu finden, war bisher stets ein schwieriges Unterfangen. Das erklärte Ziel der Landesregierung und auch von mir ist es, diesen Konflikt anzugehen und möglichst auch zu lösen. Konflikte anzugehen bedeutet, dass man keiner Seite zu 100 % gerecht wird, dass Lösungen nicht schmerzfrei zu haben sind. So war es in den letzten eineinhalb Jahren. Ich meine aber sagen zu können, dass wir im Bereich der Krabbenfischerei gute Fortschritte gemacht haben.

Mit einer Reihe von **Forschungsprojekten**, die wir unterstützen, ist die Aufgabe verbunden, mit der nachhaltigen Krabbenfischerei auch Gutes für die Flotte zu tun. Es geht darum, Fanggeräte zu entwickeln, die weniger bodenberührend sind, Netze zu entwickeln, die größere Maschen haben, und die **Energieeffizienz** der Kutter zu steigern. Es wird auch nötig sein. Denn derzeit ist die Krabbenfischerei als eine der wenigen Fischereien auch nach der EU-Fischerei-Reform keinem **Fangkontingent** unterworfen.

Es ist aber auch ganz klar, dass die Krabbenfischerei belegen muss, dass sie so naturverträglich und so nachhaltig wie möglich arbeitet.

Nach den derzeitigen Kenntnissen, die wir haben, reichen die derzeitigen Techniken und Praktiken nicht aus, um diese Leistung zu erbringen. Insofern glaube ich, dass wir tatsächlich eine Chance haben, den **Schutz des Weltnaturerbes**, des Nationalparks und eine gute Perspektive für die Krabbenfischerei voranzubringen und aufzubauen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige Worte zur Miesmuschelkulturwirtschaft: Sie ist traditionell durch schwankende Erträge gekennzeichnet. Die **Erträge** können in guten Jahren sehr hoch sein. Sie leiden jedoch immer stärker darunter, dass die **Zahl der Besatzmuscheln** zurückgeht. Die natürlichen Muschelbankbestände im Nationalpark gehen stark zurück. Entsprechend musste die Fischerei auf Importe ausweichen. Das wurde bezüglich des Charakters des Nationalparks immer wieder beklagt und hat jetzt auch zu Klageerfolgen geführt, sodass die Muschelfischerei auf andere Techniken ausweichen muss und meiner Ansicht nach auch soll, nämlich statt Importe durchzuführen **Saatmuschelgewinnungsanlagen** zu bauen. Die Saatmuscheln werden in natürlichen Zentrifugen gesammelt und dann auf die Kulturen ausgebracht. Wir befinden uns hierbei in einem Genehmigungsverfahren. Ich denke, dass wir dort vorankommen.

Bei der **Muschelfischerei** hat diese Landesregierung einen besonderen Weg eingeschlagen, weil die Positionen noch härter, strittiger und umkämpfter waren als in der Krabbenfischerei, auch wenn man es kaum für möglich halten möchte. Wir haben dort zu dem ungewöhnlichen Mittel der **Mediation** gegriffen. Die Mediatorin war Silke Schneider. Weil sie das gut gemacht hat, ist sie Staatssekretärin in der Nachfolge von Ulf Kämpfer geworden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, das zeigt, wie wichtig uns die Krabben- und die Muschelfischerei, aber auch der Nationalpark in Schleswig-Holstein sind. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich für den Bericht des Fischereiministers, obwohl die Bezeichnung Umweltminister noch besser zu dem Bericht und zu dem passen würde, was Sie allgemein bei diesem Thema tun.

Ich bin ein wenig enttäuscht, weil viele Punkte in diesem Bericht nicht berücksichtigt wurden. Zu Ihrem ersten Satz: Sie hätten vorher fragen können, was wir meinen und hören wollen. Wir sind ja für den Dialog.

Meine Damen und Herren, die **Krabben- und Muschelfischerei** braucht verlässliche Rahmenbedingungen, um wirtschaften zu können. Von Misstrauen geprägte Handlungen der Regierung braucht sie nicht. Denn die schleswig-holsteinischen Küstenfischer - das möchte ich klarstellen - fischen verantwortungsvoll, ausgewogen und nachhaltig.

(Beifall FDP und CDU)

Die Fischerei war schon vor dem Nationalpark da. Trotzdem wurde das Wattenmeer Nationalpark. Später wurde es trotz Fischerei **Weltnaturerbe**. Oh Wunder! Das scheint ja doch nicht so schlimm zu sein.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, um ein Überleben der Krabben- und Muschelfischer zu ermöglichen, müssen viele Probleme gelöst werden. Wir reden bei dem Thema über wertvolle **Lebensmittel** und auch über Arbeitsplätze, und zwar nicht nur die direkt betroffenen Arbeitsplätze, sondern auch die vielen nachgelagerten Arbeitsplätze in der Weiterverarbeitung und im Tourismus.

In der deutschen **Küstenfischerei** ist bereits seit vielen Jahren ein stetiger Rückgang zu verzeichnen. Ein großer Teil der Lizenzen wurde von niederländischen Betrieben aufgekauft, die damit jetzt unter deutscher Flagge fahren. - Sie merken: Ich halte den Bericht von Herrn Habeck. Das, was er nicht gesagt hat, berichte ich jetzt.

Die Kutterflotte der Westküste ist im Durchschnitt über 35 Jahre alt. So kann man mit den modernen Krabbenkutterflotten aus den Niederlanden und Dänemark auf den gemeinsamen Fangplätzen nicht mehr mithalten. Es werden Neubauten und Projekte zur **Energieeinsparung** benötigt. Gerade daran sollte der Minister doch ein großes Interesse haben. Existenzgründerdarlehen müssen leichter zu bekommen sein und erhöht werden. Die Betriebsauf-

gabe für Altfischer muss vereinfacht werden, und auch Jungfischer müssen besser unterstützt werden.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So viel staatliche Hilfe!)

In die Diskussionen um die Zukunft der Krabbenfischerei gehört auch das Thema **Hafen Friedrichskoog**, auch wenn Sie das vielleicht nicht hören wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich finde es in höchstem Maße enttäuschend, dass hier nicht ein Wort dazu gefallen ist. Wir reden hier über den Heimathafen der ehemals größten Krabbenkutterflotte der Westküste. Es geht um die ungeklärte Liegeplatzsituation in Büsum, die Verlegung der Werft und die gesamtwirtschaftliche Situation nach der Hafenschließung.

Ich finde es in diesem Zusammenhang sehr bedenklich, dass der Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2014 von der Regierung völlig ignoriert wird.

(Beifall FDP und CDU)

Die Koalition hat am 20. Februar 2014 beschlossen - ich zitiere aus der Drucksache 18/1616 -:

„Der Landtag bittet die Landesregierung, die verschiedenen Optionen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen sowie finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen transparent und umfassend aufzuzeigen. Alle am Prozess Beteiligten sowie der Wirtschaftsausschuss sind zeitnah zu informieren und weiterhin einzubinden.“

Daraufhin gab es eine Presseinformation. Wenn das damit gemeint ist und wenn das Ihr Verständnis von **Transparenz und Dialog** ist, dann ist das eben so. Aber ich finde, es ist wirklich eine Missachtung des Parlaments, wie mit dem von Ihnen beschlossenen Antrag umgegangen wird.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, Ungemach droht auch bei einem weiteren Punkt, zu dem ich jetzt komme. Dazu haben wir leider ebenfalls nichts gehört. Es geht um die **Nullnutzungszonen**. Von einigen werden immer wieder Diskussionen geführt, um diese Nullnutzungsgebiete zu erweitern. Das träfe die Küstenkrabbenfischerei hart, weil ja gerade die kleineren Kutter in den Watten fischen und bei schlechtem Wetter auch die größeren. Wenn das nicht mehr erlaubt sein sollte, ergäben sich erhebliche wirtschaftliche Probleme.

(Oliver Kumbartzky)

Ein weiteres Problem ist die **Verklappung von Baggergut**. Momentan wird der Schlick aus dem Hamburger Hafen noch an der Tonne E3 verklappt. Das ist aber nur eine Übergangslösung. Momentan wird ein Gesamtkonzept zum **Sedimentmanagement** erarbeitet. Dazu hätte ich ebenfalls gern etwas gehört. Wie zu hören ist, ist auch wieder im Gespräch, seewärts von Sankt Margarethen zu verklappen. Vom Minister hätte ich mir wirklich eine klare Aussage sowohl zum Thema Verklappen als auch zum Thema der Nullnutzung gewünscht.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Sätze zur Muschelfischerei. Ich frage mich, wie die Landesregierung die unterschiedlichen Handhabungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen begründet. Die rot-grün-blaue Landesregierung aus Schleswig-Holstein torpediert die Muschelfischer und braucht eine Mediation, während die rot-grüne Landesregierung aus Niedersachsen die dortige Muschelfischerei als nachhaltig bewertet. So war es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion in Niedersachsen zu lesen. Ich frage mich auch, warum die Landesregierung die von ihr in Auftrag gegebene Studie zur Miesmuschelfischerei aus den Jahren 2012/2013 bisher noch nicht veröffentlicht hat.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Krabben- und die Muschelfischerei brauchen, wie gesagt, verlässliche Rahmenbedingungen. Krabben und Muscheln sind wertvolle Lebensmittel. Die Krabbenkutter sind zudem ein wichtiger Imagefaktor für das Urlaubsland Schleswig-Holstein. Die Einschränkungen für die Krabben- und die Muschelfischerei können daher kein Ziel der Landespolitik sein.

Herr Habeck, Sie sind eben nicht nur Umweltminister. Sie sind auch Fischereiminister. Vergessen Sie das nicht!

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Klaus Jensen das Wort.

Klaus Jensen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bedanke auch ich mich für den Bericht des Ministers zur Situation und zur Zukunft der Krabben- und Muschelfischerei. Ich möchte in meiner Rede zunächst auf die Krabbenfischerei eingehen.

Die Krabbenfischerei ist ein unverzichtbarer Bestandteil an unserer Nordseeküste. Sie sichert nicht nur die wirtschaftliche Existenz zahlreicher Fischerfamilien - wir haben es in der Struktur wirklich noch mit klassischen Familienbetrieben zu tun -, sondern ist auch Teil der **kulturellen Identität** an der Küste.

Die **Zertifizierung nach MSC-Kriterien** soll die Nachhaltigkeit dieser Fischerei nachweisen. So weit, so gut. Das MSC-Siegel soll somit die Vermarktung der Krabben auch künftig sicherstellen beziehungsweise verbessern. Ehrlich gesagt hätte ich erwartet, dass über ein solches Projekt, das auf den Weg gebracht werden soll, von Ihnen berichtet wird, Herr Minister. Nach meiner Information steht es unmittelbar bevor, dieses Projekt über das von Thünen-Institut auf den Weg zu bringen. Diese Untersuchung ist, sofern sie beauftragt wird, zu begrüßen.

In einem Schreiben hat der Minister verkündet, dass dies von ihm auch dahin gehend begründet wird, dass die **Schutzkriterien des Nationalparks Wattenmeer** in diesem Verfahren nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Das erschließt sich mir überhaupt nicht. Die Krabbenfischerei hat sich natürlich verpflichtet, die bestehenden Regelungen des Nationalparkgesetzes einzuhalten. Genau dort sind die traditionellen Nutzungen auch geregelt. Da kann ich nur sagen: Gott sei Dank! Denn sonst hätten wir hier womöglich eine ganz andere Debatte zu führen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, unabhängig von dem in Rede stehenden Projekt verfolgt die Krabbenfischerei seit Jahren auch ein klassisches Zertifizierungsverfahren, das offensichtlich zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden kann. Dieses Verfahren basiert auf einem von der Universität Hamburg begleiteten Bestandsmanagement, das Fangzahlen der letzten zehn Jahre auf einer nachvollziehbaren Basis berechnet. Der im Herbst zu erwartende Bericht könnte dann dazu führen, schon im nächsten Jahr das MSC-Siegel zu erlangen. Das ist aber noch nicht ganz klar.

Herr Minister, Sie haben in einem Schreiben an die Fischer im Juli letzten Jahres zugesichert, dass das jetzt angestoßene oder bald anzustoßende Zertifizierungsverfahren kein Trick sein sollte, um im Nationalpark die Nullnutzungszonen zu erweitern. Dies ist ein ganz zentraler Punkt in der Diskussion. Lassen Sie die Finger von den derzeitigen Fanggebieten. Weitere Gebietsschließungen werden von

(Klaus Jensen)

der Fischerei strikt abgelehnt, und das aus gutem Grund.

(Beifall CDU und FDP)

Ich sage es auch hier: Das Argument einer auf mindestens 50 % anzuhebenden nutzungsfreien Zone im Nationalpark reicht jedenfalls nicht aus, auch nicht unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit.

Einige Worte zur **Muschelfischerei**: Die Muschelfischerei bewegt sich auch in einem rechtlich geregelten Bereich, den auch die Landesregierung akzeptieren sollte. Zum einen ist es die Vereinbarung zwischen Land und Erzeugergemeinschaft, die diese Fischerei vertraglich bis 2026 regelt. Zum anderen ist es natürlich auch das Nationalparkgesetz mit seinen schon angesprochenen traditionellen Nutzungen.

Beim Verhalten des Landesministers kann man aber Zweifel haben, ob diese Rechtsgrundlagen auch Grundlage seines Handelns sind. Ich will diesen Eindruck in Frageform unterlegen. Sind die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen verschärft worden, und ist es richtig, dass künftige Genehmigungen, zum Beispiel für Saatmuschelgewinnungsanlagen, nur noch auf dem **Klageweg** zugestanden werden? Warum wird die **Studie des Weltwirtschaftsinstituts** - mein Kollege Oliver Kumbartzky hat das schon angesprochen - über offensichtlich weit größere **Potenziale in der Muschelfischerei** nicht veröffentlicht? Im September 2013 sagten Sie - die Landesregierung - zu, nach Prüfung und Bewertung diese Studie den Abgeordneten zur Kenntnis zu geben. Wie lange wollen Sie denn noch prüfen und bewerten? Was sagt die Landesregierung zu Aussagen im Entwurf des **Nationalen Strategieplans Aquakultur**, der für Miesmuscheln eine Produktion von 40.000 t jährlich ausweist? Das ist immerhin etwa viermal so viel, wie derzeit angelandet werden.

Herr Minister, Sie mögen zur Muschelfischerei ja ein getrübtetes Verhältnis haben, aber auch für die Landesregierung und den Umweltminister gelten rechtliche und vertragliche Grundlagen. Darauf haben neben den Krabbenfischern auch die Muschelfischer einen Anspruch. Dabei unterstützt die CDU-Fraktion die Fischerei voll und ganz. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Bevor ich mit meiner Rede beginne, noch einmal zwei Klarstellungen für die FDP: Kollege Garg, ich bin fischereipolitischer Sprecher, Sternzeichen Fisch, und ich esse Fisch für mein Leben gern. So viel dazu, warum ich jetzt heute hier rede.

Kollege Kumbartzky, wenn man einen Berichtsantrag mit bestimmten Inhalten haben möchte, dann schreibt man das in den Antrag hinein. Ich unterstelle Ihnen aber, dass Sie gar nicht wollten, dass der Minister darüber berichtet, damit Sie so dastehen können, wie Sie jetzt dastehen.

(Heiterkeit SPD - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Zunächst danke ich dem Fischereiminister für den mündlichen Bericht zur aktuellen Situation der Krabben- und Muschelfischerei und die Zukunftsaussichten in Schleswig-Holstein. Nicht zum ersten Mal beschäftigt sich der Landtag mit der **Situation der Krabben- und Muschelfischerei**. Im Oktober 2000 hat die damalige sehr geschätzte Fischereiministerin Ingrid Franzen auf Antrag der CDU einen Bericht unter anderem über die Krabben- und Muschelfischerei abgegeben. Damals wie heute ging es den Krabbenfischern wirtschaftlich gut. Doch es gab auch wirtschaftlich schwierige Zeiten, unter anderem auch dadurch bedingt, dass die Krabbenfischer über keine eigene **Erzeugerorganisation** verfügten. Man hatte das Geschäft den holländischen Firmen überlassen und sah sich dann praktisch einem Preisdiktat ausgesetzt. Bereits damals hat die Ministerin Franzen in ihrem Bericht geraten, dass sich die Krabbenfischer unabhängiger machen müssen. Im letzten Jahr hat man aus den früheren Fehlern gelernt. Wie Minister Habeck heute ausgeführt hat, haben rund 100 norddeutsche Krabbenfischer im letzten Jahr wieder eine Krabbenerezeugerorganisation gegründet.

Für eine bessere **Wertschöpfung in Schleswig-Holstein** wäre es erforderlich, dass auch die komplette Verarbeitung hier stattfindet, also auch die Entschälung der Krabben. Die Konsumentinnen und Konsumenten verstehen es bis heute nicht, dass die Krabben nach Afrika geschippert werden, dort gepulvt, zurückgeschickt und dann hier als Frischprodukt veräußert werden. Das wird als gaga abqualifiziert.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wie dem Bericht von vor 14 Jahren, Drucksache 15/452, zu entnehmen ist, hat die damalige Mach-

(Lars Winter)

barkeitsstudie nachgewiesen - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„ ... dass der Einsatz von Krabbenentschälmaschinen in einem Entschälzentrum an der Westküste insgesamt positive Effekte auslösen würde, weil das Produkt Nordseekrabbe regional gefangen, verarbeitet und über eine besondere qualitätsorientierte Fang-, Verarbeitungs- und Absatzstrategie als hochwertiges und von den Handschälungen im Ausland abgesetztes Premium-Produkt am Markt platziert und vom Kunden akzeptiert werden könnte.“

(Beifall SPD)

Ich bin davon überzeugt, wenn wir in diese Richtung weiter diskutieren, haben wir alle etwas davon. Wenn diese alte Idee in Verbindung mit nachhaltiger Fischerei und dem **MSC-Siegel**, wie es der Minister beschrieben hat, vielleicht umgesetzt wird, bekommt die Krabbenfischerei und das Produkt Nordseekrabbe aus Schleswig-Holstein einen besonderen Stellenwert und wird auch bei den Endverbraucherinnen und Endverbrauchern ankommen. Dafür werden dann auch höhere Preise gezahlt.

Die **Probleme der Miesmuschelkulturwirtschaft** wurden vom Minister deutlich vorgetragen. Die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen sind mit den Muschelfischern und den Naturschutzverbänden im Gespräch, um eine für beide Seiten tragfähige Lösung in dem Konfliktfeld zu finden. Mit den schon genannten Saatmuschelgewinnungsanlagen haben die Akteure auf die gefällten Urteile reagiert und gezeigt, dass man auch Wege gehen kann, die man vorher nicht in Betracht gezogen hat. Darauf basierende Gespräche sollten letztendlich zu einem guten Kompromiss zwischen Muschelfischern und Naturschützern kommen.

Wie wichtig eine schnelle Einigung ist, zeigen die durch die Schaffung der erforderlichen Basis in Bezug auf die Saatmuschelgewinnung zu erzielenden Umsätze. Im Jahr 2011 wurde eine Produktionsmenge von 13.000 t mit einem Umsatz in Höhe von 18 Millionen € erzielt. Auf der letzten Veranstaltung der Erzeugerorganisation der Muschelfischer am 7. August des letzten Jahres - ich war zusammen mit der Kollegin Damerow dort - wurde vorgetragen, dass der Umsatz durchaus auf bis zu 54 Millionen € gesteigert werden könnte, aber nicht auf Kosten der Umwelt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir alle wissen um die Konflikte zwischen der Nutzung und dem Schutz der schleswig-holsteinischen Nordseeküstengewässer, sprich zwischen der Fischerei und dem Naturschutz. Dieser Konflikt ist nicht neu und zum Teil mit vielen Vorurteilen und gegenseitigen Beschuldigungen auf beiden Seiten behaftet. Beides, Nutzung und Schutz, sind notwendig, da sind wir uns alle - denke ich - einig.

Die Landesregierung geht hier den richtigen Weg. Wir unterstützen das ausdrücklich und appellieren an beide Seiten, sich neuen Wegen und Lösungsvorschlägen nicht zu verschließen. Ich schließe mit den Worten an, die mein Kollege Poppendiecker im Jahr 2000 auch gefunden hat: Petri Heil.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kumbartzky, ich finde es schon bezeichnend, dass Sie den Versuch einer **Mediation**, also eines Miteinander-ins-Gespräch-Kommens als Misstrauenskultur bezeichnen. Das ist etwas, das man nur in der FDP lernt.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das war auf andere Dinge bezogen!)

Die **Krabben- und Muschelfischerei** gehört zu Schleswig-Holstein wie der **Nationalpark Wattenmeer**. Der Minister hat es gesagt und mir damit meinen ersten Satz geklaut. Er wird aber, indem er noch ein zweites Mal gesagt wird, nicht schlechter. Wir sind damit auch bereits beim Problem, das je nach Perspektive die Schützer oder die Nutzer haben. Um es gleich vorweg zu sagen und es auch noch einmal deutlich zu unterstreichen, auch für die Besucherinnen und Besucher dort oben auf der Tribüne: Wir als Grüne lehnen die Fischerei auch im Nationalpark nicht grundsätzlich ab. Das sage ich als naturschutzpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. Sie, die Fischerei, gehört traditionell hierher und wird mit unserer Küste verbunden wie die Salzwiesen und die Seehunde. Wir wollen aber, dass sie sich an den **Zielen des Nationalparks** ausrichtet. Wir sind uns sicher, dass es bei gutem Willen auch gelingen kann, den Nationalpark wirksam zu schützen und der Krabben- und

(Marlies Fritzen)

Muschelfischerei eine dauerhafte, eine nachhaltige Existenz zu ermöglichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ziel des Nationalparks ist die Erhaltung der dort heimischen Arten und der natürlichen Entwicklung dieses weltweit einmaligen Naturraums Wattenmeer. Die Fischerei im Wattenmeer muss deshalb - auch das wiederhole ich gern, der Minister hat es gesagt - so naturverträglich wie möglich betrieben werden.

Verzicht auf die Einfuhr gebietsfremder Saatmuscheln in der Muschelfischerei und der Einsatz moderner Fangtechniken bei der Krabbenfischerei, um den Meeresboden zu schonen und den Beifang zu minimieren, sind da nur zwei Aspekte von vielen.

(Unruhe)

Die Krabbenfischerei ist auf einem richtigen Weg, wenn sie die MSC-Zertifizierung anstrebt. Das kann nur im Interesse der Fischer sein, weil die Verbraucherinnen und Verbraucher immer kritischer auf die Herstellungs- und Verarbeitungsprozesse bei Lebensmitteln achten.

Herr Kollege Jensen, auch Sie haben das angesprochen; ich habe da eine etwas andere Perspektive. Nun sind **Bestandsüberblick** und das Bestandsmanagement bei Krabben, wie es das MSC-Siegel eigentlich erfordert, schwierig bis nahezu unmöglich. Deshalb wird aktuell diskutiert, ob und inwieweit man das Fehlen von gesicherten Bestandsdaten durch **Vorsorgemaßnahmen** kompensieren kann.

(Anhaltende Unruhe)

Eine Ausweisung von angemessen großen Nutzungsfreien Gebieten im Nationalpark könnte eine solche Vorsorgemaßnahme sein. Die Zertifizierung böte damit aus meiner Sicht einen ökonomischen wie ökologischen Mehrwert. Ich rufe Sie alle auf, diesen Mehrwert gemeinsam erreichen zu wollen. Diese Zertifizierung kann die Chance sein, die Existenz der Krabbenfischerei zu stärken, ja sie sogar überhaupt zu sichern und den Schutzziele des Nationalparks gerecht zu werden.

Herr Kollege Jensen, **50 % Nullnutzung** sind kein Argument - Sie mögen das nicht schön finden -, sondern sie sind mehr als ein Argument. Das steht im Gesetz, und zwar in einem Bundesgesetz, im Bundesnaturschutzgesetz, das diese für Nationalparks zwingend vorschreibt. Das wissen wir auch alle. Wir können uns gemeinsam auf einen guten Weg machen, dies perspektivisch zu erreichen. Ich

bin fest überzeugt: Wenn sich alle beteiligten Akteure aus Fischerei und Naturschutz auf diesen Weg machen und in einen Dialog - nicht in eine Misstrauenskultur - begeben, können beide Seiten gewinnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Die Muschelfischerei hat dagegen ein weit größeres Problem - auch das ist schon angesprochen worden -: Ihr geht schlicht die Beute aus. Der natürliche **Bestand an Miesmuscheln** ist seit Jahrzehnten rückläufig. Man könnte auch sagen: Das Kapital ist aufgebraucht. Stattdessen **Saatmuscheln** aus der Ferne in den Nationalpark einzuführen und dabei gebietsfremde Arten gleich mit, wurde gerichtlich untersagt. Nun sollen Saatmuschelgewinnungsanlagen die Lösung bringen.

Ich will auch hier ein Sowohl-als-auch als Überschrift meiner Rede wählen, denn es geht mir auch hier nicht um den generellen Stopp der Fischerei. Aber **Saatmuschelgewinnungsanlagen** sind ein erheblicher baulicher Eingriff in das Gebiet des Nationalparks - wohlgermerkt ein Naturschutzgebiet höchster Kategorie. Solche auch Smartfarms genannten Anlagen sind nämlich nicht smart im Sinne von klein und wenig störend. Es darf sie nur geben, wenn zuvor eine umfassende **Umweltverträglichkeitsprüfung** erfolgt ist und ein entsprechender Ausgleich für diesen Eingriff festgelegt wurde. Herr Kollege Jensen, auch dies ist kein Argument, sondern eine gesetzliche Vorschrift.

Es dürfen auch hier die Ansprüche an die Schutzziele nicht negiert werden. Saatmuschelgewinnung kann eine Alternative sein, aber nur unter der Voraussetzung, dass der störende Einfluss auf das **Ökosystem Wattenmeer** so weit wie möglich begrenzt wird. Sollten Smartfarms genehmigt werden, muss dies aus meiner Sicht zwingend mit einem Stopp der Fischerei auf wilde Saatmuscheln verbunden werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte erst einmal etwas zu dieser Debatte sagen: Auch wir waren etwas verwundert über

(Angelika Beer)

den Wortlaut des FDP-Antrags und haben uns überlegt, warum man so etwas nicht in den Umwelt- und Agrarausschuss einbringt, wenn man einfach einmal hören will, wie der aktuelle Stand ist, sondern im Plenum diskutieren will.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich stelle mich damit nicht gegen die berechtigten Interessen der Krabben- und Muschelfischer, aber ich glaube, dass eine solche Debatte, die nicht einmal einen gemeinsamen Fokus hat und vorher auch nicht erahnen lässt, den Fischern in der jetzigen Situation wahrscheinlich nicht weiterhilft. Wenn der Kollege Kumbartzky mit seinem Zitat aus dem Jahr 2011, Schleswig-Holsteins Muschelfischer fürchteten Rot-Grün, versuchen will, hier Stimmung zu machen, dann ist das nun wirklich Schnee von gestern, Entschuldigung.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wann habe ich das denn gesagt? Woher haben Sie das denn?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe mich nicht als krabben- und muschelfischereipolitische Sprecherin der PIRATEN, aber wenn es um Fischerei geht, geht es um Netze, und bei Netzpolitik kennen wir uns aus. Deswegen nähere ich mich jetzt der Thematik von einer anderen Warte.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD - Unruhe)

Natürlich hat auch mir einiges in dem Bericht des Ministers gefehlt. Das eine finde ich sehr spannend. Es gab ja die Beratung im Herbst letzten Jahres, ich glaube, im Oktober. Danach haben wir einen Bericht bekommen. Die **MSC-Zertifizierung** ist wirklich eine Unterstützung für die Fischer. Herr Habeck, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dient die Studie, die heute erwähnt worden ist, dem Anliegen der Fischer, die Zertifizierung zu ermöglichen und diesen Weg zu unterstützen. Da wäre es natürlich gut, wenn wir wüssten, wie weit wir sind. Ich sage das auch, weil in den vergangenen Tagen eine Delegation der Grünen in Niedersachsen Fischer besucht hat und explizit zu dem Resümee gekommen ist, dass eine MSC-Zertifizierung nicht möglich erscheint. Da gibt es einen Widerspruch; vielleicht können wir dazu noch etwas hören.

Man überlegt ja, was sich seit der letzten Debatte zugetragen hat. Ich will hier einmal auf etwas Positives eingehen. Es gibt eine Weiterentwicklung der Baumkurren. Es wird bald **schonendere Fangmethoden** geben. Das bedeutet - für die, die das nicht kennen -, auf kleine Rädchen gesetzte Rollen zie-

hen sanft über den Meeresboden und wühlen nicht wie bisher den ganzen Meeresboden auf. Ich finde das wichtig bei dieser ganzen Debatte. Es ist ein schönes Beispiel dafür, wie Naturschutz **technische Innovationen** beflügeln kann und zeitgleich hoffentlich auch die Existenz der Krabben- und Muschelfischer weiter schützt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es gibt die Diskussion über die **Schutzzonengröße**. Wir haben hier immer wieder die Widersprüche zwischen Nationalpark und Fischerei besprochen. Ich finde es spannend, dass man Schadensmodelle entwickelt. Denn je geringer der Schaden durch die Fischerei ausfällt, umso größer kann die Fläche ausfallen, die befischt werden darf. Man kann schon Lösungen suchen, die sowohl eine umweltschonende Bewirtschaftung ermöglichen als auch den Fischern einen Anreiz geben, weiterhin innovativ zu bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss noch einmal die FDP anschauen. Nach dem, was ich aus der letzten Wahlperiode nachgelesen habe, komme ich leider zu dem Schluss, dass Sie das Potenzial der **Innovationen im Naturschutz** echt verschlafen haben. Da ist überhaupt nichts gelaufen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich habe gesehen, dass sich Robert Habeck noch einmal gemeldet hat. Ich freue mich, wenn wir in dieser Debatte noch einige detaillierte Informationen zu diesem Thema bekommen.

Zu den Muscheln will ich jetzt im Detail nichts mehr sagen. Die Sprache ist auch gleich weg - nicht wegen der Muschelfischerei, sondern wegen meiner Erkältung.

Ich schlage vor, dass wir die Debatte etwas differenzierter im Ausschuss fortführen und uns nicht in der Plenardebatte fragen: Ist es das gewesen? Ich glaube nicht.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW spricht Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fischerei - dazu zählt auch die **Krabben- und Muschelfischerei** - ist ein wichtiger Teil der schleswig-holsteinischen Nordseeküstenge-

(Flemming Meyer)

wässer, und sie gehört zum echten Norden dazu. Sie gehört zu den **traditionellen Nutzungen**, und aus diesem Grund ist sie im schleswig-holsteinischen **Nationalparkgesetz** fest verankert. Damit hat die Fischerei quasi einen rechtlichen Schutzstatus.

Ich sage dies so deutlich, weil es immer wieder zu Differenzen zwischen den Interessen des Naturschutzes und den wirtschaftlichen Interessen der Fischer kommt. Angesichts der nationalen und internationalen naturschutzfachlichen Bedeutung des Wattenmeeres sind solche Konflikte manchmal eben unvermeidlich: auf der einen Seite die Forderung nach umfangreicherem Schutz der natürlichen Lebensräume und auf der anderen Seite die Fischer, die ihre wirtschaftlichen Interessen in Gefahr sehen.

Wir haben im Nationalpark klar definierte **Schutz-zonen**, die bis zur Nullnutzung reichen. Auf diese Zonen hat man sich in einem langen und durchaus kontrovers geführten Prozess zwischen allen Beteiligten an der Westküste geeinigt. Deshalb sage ich ganz deutlich: Beide Seiten haben ihre Berechtigung, und dies wird von uns weder angezweifelt noch infrage gestellt.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Es ist unbestritten, dass das Verhältnis zwischen dem MELUR und den Krabben- und Muschelfischern in der Vergangenheit nicht das beste war. Aber mein Eindruck ist, dass diese Anlaufschwierigkeiten langsam abgeklungen sind.

Über mehrere Jahre haben die Krabbenfischer unter dem **Preisdiktat** einiger **Krabbengroßhändler** stark gelitten. Dabei ging es sogar bis zur Existenzgefährdung der Krabbenfischer. Die EU hat gegen das „Krabben-Kartell“ wegen Preis- und Mengenabsprachen Ende letzten Jahres eine Strafe in Millionenhöhe verhängt. Dieser Druck hat die Krabbenfischer veranlasst, mit ihren Kollegen aus Niedersachsen die **Erzeugergemeinschaft deutscher Krabbenfischer** zu gründen, um sich unabhängig von Großhändlern zu machen. Zu diesem Schritt kann man den Krabbenfishern nur gratulieren.

(Beifall Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Die allgemeine Preissituation am Markt hat sich in den letzten beiden Jahren erheblich verbessert, und seitdem fahren die Krabbenfischer Erlöse auf höherem Niveau ein. Man kann optimistischer in die Zukunft blicken. Diese Erlöse sind aber auch unheimlich wichtig, um die Flotte für die Zukunft fitzuma-

chen und um sie auf eine **nachhaltige Fischerei** umzurüsten.

Dies waren eben auch die Schwerpunktthemen des diesjährigen Krabbenfischereitages in Büsum. Es ist zu begrüßen, dass sich die Krabbenfischer dieser Themen annehmen und sich für umweltgerechtere Fangmethoden, energieeffizientere Fische

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

- Schiffe - und Prozesse an Bord engagieren.

Wir werden die Krabbenfischer bei diesen Projekten unterstützen und sie auf ihrem Weg weiter begleiten. Hier sind Politik, Forschung und Fischer auf einem gemeinsamen Weg, um **nachhaltige Fischereimethoden** beim Krabbenfang zu verbessern.

Die gezüchteten Miesmuscheln aus dem Wattenmeer gelten als die besten der Welt. Doch die Miesmuschelwirtschaft zeichnet sich stets durch **stark schwankende Erträge** aus. So gab es gerade in der Vergangenheit überdurchschnittlich viele schlechte Jahre, in denen auch die **Besatzmuscelmengen** zur Belegung der Kulturen insgesamt zurückgegangen sind. Dieser Rückgang sollte durch die Einführung von Besatzmusceln kompensiert werden, um die wirtschaftliche Nutzung der Miesmuscheln weiter zu gewährleisten. Wie wir wissen, wurde der Import von Muscheln aus Gebieten, die außerhalb des schleswig-holsteinischen Nationalparks liegen, gerichtlich untersagt. Hier sind nun Lösungen gefragt, wie die Fischer Besatzmusceln aus heimischen Gewässern gewinnen können, um sie anschließend weiter kultivieren zu können. Die dafür genutzten Saatmuschelgewinnungsanlagen, die sogenannten Smartfarms, werfen jedoch neues Konfliktpotential auf, da sie aus Sicht der Naturschutzverbände nicht mit den **Zielen des Nationalparks** in Einklang zu bringen sind. Die Muschelfischerei muss im Nationalpark weiter möglich sein.

(Beifall SSW und vereinzelt CDU)

Hier müssen kompromissfähige Lösungen gefunden werden, damit die Muschelfischer an der Westküste ihrer traditionellen Tätigkeit weiter nachgehen können, denn schließlich gehören auch die Muschelfischer an der Westküste zum echten Norden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Als Erste hat Frau Abgeordnete Astrid Damerow von der CDU-Fraktion das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die nordfriesischen Miesmuschelfischer ist das in der Tat ein wesentliches Thema, Herr Kollege. Um die Miesmuscheln geht es mir jetzt auch.

Frau Kollegin Fritzen, Sie hatten vorhin die Problematik der Miesmuschelfischerei im Nationalpark angesprochen. Ich möchte hier noch einmal daran erinnern, dass im **Nationalparkgesetz** von Anfang an das Recht festgelegt war, dass weiterhin Miesmuschelfischerei betrieben werden kann. In all den Jahren, in allen Verhandlungen um Lizenzen und Verträge haben die Miesmuschelfischer jeweils durchaus Rechte abgegeben und sind auch durchaus den naturschutzfachlichen Interessen entgegengekommen. Das will ich vorwegschicken.

Zu Ihrer Einlassung eben zur **Einfuhr von Saatmuscheln** - Sie hatten gesagt: Saatmuscheln aus der Ferne geht nun nicht mehr - weise ich darauf hin, dass wir hier davon sprechen, dass noch nicht einmal mehr Saatmuscheln aus dem niedersächsischen Wattenmeer nach Schleswig-Holstein eingeführt werden dürfen. Das als große Errungenschaft zu feiern, finde ich völlig unangemessen. Dieses Urteil ist da. Man muss sich danach richten. Das tun die Miesmuschelfischer mit ihren Saatmuschelgewinnungsanlagen.

Herr Minister, hier sind wir genau beim Problem. Seit zwei Jahren warten die Miesmuschelfischer auf ihre Verträge. Sie hatten vorhin die **Mediation** angesprochen, die Sie angeboten haben. Sie haben versucht, sehr charmant davon abzulenken, dass die Mediatorin nun die Nachfolgerin Ihres bisherigen Staatssekretärs ist.

(Zuruf Minister Dr. Robert Habeck)

- So kann man es natürlich auch machen. - Sie wissen aber ganz genau - das auch noch zum Wert einer Mediation -: Eine Mediation lebt ganz entscheidend davon, dass der Mediator oder in dem Fall die Mediatorin unabhängig und neutral ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Dieses ist den Miesmuschelfischern zugesagt worden. Sie können sich das Erstaunen der Miesmuschelfischer durchaus vorstellen, als sie drei Tage nach dem letzten Mediationsgespräch plötzlich der

Presse entnehmen mussten, dass ihre Mediatorin nun die Nachfolgerin des Staatssekretärs wird. So schafft man auch kein Vertrauen, Herr Minister.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Ich denke, hier werden Sie einiges gutzumachen haben.

Ich möchte auch deutlich machen: Für Nordfriesland ist die Miesmuschelfischerei ein **Wirtschaftszweig**. Es geht nicht allein nur um die Rechte der Fischer, sondern es geht auch darum, dass Menschen in der Region damit Geld verdienen. Es ist eine **Wertschöpfungskette**, wenn auch im Moment noch eine durchaus kleine. Flemming Meyer nickt. Wir wissen das. Aber auch die gilt es zu erhalten, gerade in dem strukturschwachen Raum des nördlichen Nordfrieslands.

Es empfiehlt sich, dahin zu fahren und sich das anzuschauen; dann wissen Sie, dass da auch ganz normale Menschen davon leben und darauf angewiesen sind. Je länger Sie Ihre Genehmigungsverfahren hinauszögern, desto schwieriger machen Sie das weitere Bestehen sämtlicher Wirtschaftszweige, die an der Miesmuschelfischerei hängen. Deshalb ergeht hier der dringende Appell meiner Fraktion:

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Damerow, kommen Sie bitte zum Schluss.

Astrid Damerow [CDU]:

- Kommen Sie hier endlich zu einem Ende und helfen Sie der Miesmuschelfischerei weiter, die im Übrigen - ich komme zu meinem letzten Satz - im Vergleich zur Gesamtfläche des nordfriesischen Nationalparks weniger als 1 % der Fläche nutzt. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. - Danke sehr.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky für einen Dreiminutenbeitrag das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf ein paar Redebeiträge von meinen Nachrednern eingehen, und zwar zum einen zum Thema, wie der Antrag gestellt ist. Hier steht, die Landesregierung möge zur aktuellen Situation der Krabbenfischer berichten. Ich finde, wenn ein wichtiger **Landeshafen** geschlossen wer-

(**Oliver Kumbartzky**)

den soll, ist das eine durchaus aktuelle Situation, auf die man eingehen kann.

(Beifall FDP und CDU)

Ihnen scheint offensichtlich schnurzpiegegal zu sein, was mit **Friedrichskoog** und den Fischern dort passiert. Anders kann ich es nicht deuten, dass Sie nicht eine Silbe über dieses Thema verloren haben. Wir haben hier einen Landtagsbeschluss gefasst - Sie haben einen gefasst -, und die Landesregierung ignoriert diesen Beschluss. Die **Folgekosten** werden nicht öffentlich dokumentiert, aber es ist Ihnen offensichtlich egal. Ich finde das höchst bedenklich und wirklich traurig.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Lars Winter [SPD])

- Herr Winter, ich werde es beim nächsten Mal gern so machen, dass ich dann, wenn ich noch einmal mündliche Berichtsanhträge stelle, detailliert aufzeige, was ich dort hören will. Ich kann auch dann gern Ihre Rede und die Rede des Ministers schreiben. Das mache ich auch alles sehr gern. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe schon vor zwei Monaten einmal versucht, zum Thema **Stromnetzausbau** einen mündlichen Bericht zu erhalten. Da habe ich dann explizit in den Antrag hineingeschrieben, die Landesregierung möge auch dazu berichten, wie es mit Speicherkapazitäten aussieht und welche Projekte dort entwickelt werden sollen. Was kam? - Nicht ein Wort vom Minister. Es stellt sich mir wirklich die Frage, wie ich das in Zukunft machen soll.

(Martin Habersaat [SPD]: Da steckt System dahinter!)

Frau Fritzen, noch ganz kurz zu Ihnen: Wenn es keine Probleme gibt, frage ich mich, warum dann eine Mediation eingeschaltet worden ist.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Das hat aber lange gedauert!)

Das lassen wir einmal so stehen. Frau Beer, Ihre Rede hat mich wirklich in höchstem Maße enttäuscht. Das bin ich so von Ihnen nicht gewöhnt. Das ist ja Ihr Ding. Aber was ich wirklich fatal finde, wenn Sie hier versuchen, Frau Beer, uns im wahrsten Sinne des Wortes einen Bären aufzubinden. Sie haben mich völlig falsch zitiert. Sie haben anscheinend nicht genau zugehört, was ich gesagt habe. Sie haben gesagt, dass ich sinngemäß gesagt hätte, Grün und Rot sei Fischers Tod, die Fischer fürchteten Rot-Grün. - Das habe ich so nicht gesagt.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber das stimmt doch!)

Das können wir dann gern noch einmal im nächsten Ausschuss im Protokoll nachlesen. Das wollte ich gern noch klarstellen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Jens-Christian Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe nicht hier, weil ich Dithmarscher bin, sondern weil mir das Wohl der Fischerei am Herzen liegt. Ich möchte jetzt nicht unbedingt der FDP zur Seite springen,

(Christopher Vogt [FDP]: Das wollen wir auch gar nicht! Wir nehmen auch nicht jeden!)

aber ein Bericht zur aktuellen Situation beinhaltet für mich auch ein Stück weit **Zukunftsperspektiven**, und die ist der Minister in seinen Ausführungen schuldig geblieben. Ich habe nichts Positives gehört, was der Fischerei in Zukunft Impulse bringt.

Herr Minister, für die Fischerei sind die Rahmenbedingungen maßgeblich. Sie wissen genau, dass die **Überalterung der Flotte** ein massives Problem ist. Die Dänen haben massiv investiert. Es sitzen heute hier zwei Akteure, die vor zwei Jahren einen Vorstoß zur **Umrüstung der Technik** auf den Schiffen von Diesel- auf Elektromotoren in Kombination mit Hybridantrieben gemacht haben. Aus dieser Richtung ist heute nichts gekommen. Sie holen jetzt Dinge wie zum Beispiel das Fanggeschirr aus der Schublade, die seinerzeit die alte Landesregierung auf den Weg und teilweise auch zum Abschluss gebracht hat. Das zeigen Sie uns heute als die Zukunftsperspektive auf, die Sie angeschoben haben. Das ist aus meiner Sicht ein bisschen dünn.

Sie sind im Moment Empfänger eines Brandbriefes aus Friedrichskoog von der Werft Marscheider, der eindrucksvoll dokumentiert, dass in Notfällen keine **Reparaturmöglichkeiten für die Fischer** mehr da sind, weil zum einen die Slipanlagen im Friedrichskooger Hafen nicht zur Verfügung stehen. Die Kutter kommen nicht hinein, wie Sie mittlerweile ja selber festgestellt haben. Zum anderen ist die Büsumer Werft mit den Slipanlagen hoffnungslos über-

(Jens-Christian Magnussen)

laufen und überfordert. Das heißt, Notreparaturen für die Kutter gibt es dann zukünftig nicht mehr. Auch hier hätte ich erwartet, dass Sie ein Stück weit etwas dazu sagen.

Zum **Sedimentmanagement** hat Kollege Kumbartzky schon zu Beginn etwas gesagt, ich möchte es noch etwas weiter formulieren. Das, was uns vor die Tür gekippt wird - nicht mehr bei Tonne E3, sondern an anderer Stelle - treibt genau ins Wattenmeer und ist eine Belastung fürs Wattenmeer. Das ist ein Imageschaden für die Fischerei. Und Sie wollen für Friedrichskoog ein Tourismuskonzept entwickeln? - Da kann ich nur sagen: auf zur Wattwanderung im Hamburger Hafenschlick. Viel Spaß dabei. Sie sind der Erste, der dann die Wattwanderführung vornehmen darf.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, genau, ich bin ein Komiker. Ihre Kommentare, Herr Kollege Stegner, gehen mir sowieso links rein und rechts raus. Mittlerweile ist zu den Kommentaren nichts anderes mehr zu sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Nun sei nicht so hart mit ihm!)

Der Antrag, den die FDP gestellt hat, dient auch ein Stück weit der Symbolik. Der Kollege hat es angesprochen, die **Zukunft der handwerklichen Küsten- und Krabbenfischerei** ist heute hier Thema und nicht irgendwie eine Floskel, die nebenbei abgehandelt werden kann. Der Heimathafen der größten Krabbenkutterflotte der Westküste, beziehungsweise überhaupt Schleswig-Holsteins oder sogar Deutschlands wird geschlossen.

Was für mich maßgeblich und wirklich beängstigend ist, ist, dass der ehemalige Retter, der Ministerpräsident, nicht mal diese halbe Stunde Zeit hat, obwohl Gäste aus Friedrichskoog auf der Tribüne sitzen, um diesen Beiträgen zur Fischerei zuzuhören. Ich finde es ein Stück weit abenteuerlich, was hier mit dieser Landesregierung abläuft. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal die Gelegenheit nutzen, einige Dinge aus Sicht des SSW klarzustel-

len. Für uns ist ganz wichtig, dass das, was Minister Habeck angeschoben hat, nämlich dass man bei den Krabbenfischern versucht hinzubekommen, dass nach **MSC** zertifiziert wird und man das gemeinsam macht, der richtige Weg ist, um auf dem Markt vor Ort vermarkten zu können. Dafür braucht man das **Siegel**. Da macht es Sinn, diese Initiative weiterzuverfolgen.

Damit hier keine Sorgen geschürt werden, ist es mir wichtig, auf § 24 Abs. 1 Nummer 3 Bundesnaturschutzgesetz hinzuweisen. Darin steht, dass ein Nationalpark dann ein Nationalpark ist, wenn ein überwiegender Teil seiner Fläche in einem von Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befindet. Der **Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer** ist nicht in einem überwiegenden Teil, sondern in seinem gesamten Teil in einem von den Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand. Er ist in zwei Schutzzonen eingeteilt, die dies erfüllen. Das heißt, der Nationalpark ist zu 100 % so, wie er jetzt ist, unter Schutz gestellt und übererfüllt damit das Bundesnaturschutzgesetz. Das ist gut, und das begrüßen wir als SSW. Es gibt keinen rechtlichen Grund, weitere **Nullnutzungszone**n zu fordern. Das muss man ganz klar sagen. Es mag andere Gründe geben; über diese kann man diskutieren. Aber es gibt keinen Zwang und keinen Druck, etwas tun zu müssen. Das ist mir ganz wichtig.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Genauso wichtig ist mir im Übrigen, darauf hinzuweisen, dass in unserem Nationalparkgesetz - im Prinzip wahrscheinlich von allen Parteien hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag getragen - auch die **traditionellen Nutzungen** zu schützen sind. Das ist schon damals, als man das Gesetz erlassen hat, Ausgangspunkt gewesen und zieht sich bis zum heutigen Tag durch. Deswegen ist es auch unsere Aufgabe, traditionelle Nutzungen zu schützen.

Damit bin ich bei den Muschelfischern. Da ist es so, dass man die Saatanlagen als Reaktion auf ein Urteil braucht, das es den Muschelfischern verwehrt, Saatumuscheln von außen zu bekommen. Das ist nun einmal so. Dann ist es unser politischer Auftrag, aber auch unser gesetzlicher Auftrag, diese traditionelle Nutzung zu schützen. Deswegen muss es das Ziel sein, eine gemeinsame Lösung mit den Muschelfischern hinzubekommen, dass sie die Saatumuschelanlagen hinbekommen können, dass ihnen ermöglicht wird, den Nachteil, den sie aus diesem Urteil zu tragen haben, ausgeglichen zu bekommen. Da - glaube ich - ist der Weg der **Mediation** ein richtiger Weg. Insofern macht der Minister

(Lars Harms)

genau das, was wir von ihm erwarten können und von dem wir gehat haben, dass es von ihm kommen wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie zum Schluss.

Lars Harms [SSW]:

Auch die Muschelfischerei ist eine traditionelle Nutzung. Sie ist kein großer Wirtschaftsfaktor, aber sie ist ein **Wirtschaftsfaktor**. Sie ist ein wichtiger Imagefaktor, und sie gehört zu den traditionellen Nutzungen. Deswegen ist es unsere Aufgabe und unsere Pflicht, den Muschelfischern bei der Weiterentwicklung ihres Wirtschaftszweiges zu helfen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SSW und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zugeben, dass es in der Kommunikation so, wie wir als Parlament uns das gewünscht und vorgestellt hätten, nicht ganz so eingetroffen ist. Ganz ausdrücklich sage ich, dass die Kommunikation mit den Menschen vor Ort zu jeder Zeit gewährleistet war, dass das Ministerium, insbesondere Staatssekretär Nägele, sich ausdrücklich persönlich um den Hafen Friedrichskoog und dessen Lösung gekümmert und daran gearbeitet hat. Das kann niemand infrage stellen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Die Folgekosten sind noch nie aufgezeichnet worden!)

Das möchte ich hier ausdrücklich sagen. So viel zu diesem Punkt!

Sie wissen auch genau, dass die Konzepte, die uns vorgelegt worden sind, nach wirtschaftlichen Berechnungen des Ministeriums von den Initiatoren selbst zurückgenommen worden sind, weil sie nicht finanzierbar waren. Auch das ist ein Fakt, der in dieser Diskussion gern vergessen wird.

Fakt ist auch, dass gestern Finanzministerin Monika Heinold in dem Eckwertepapier - das können Sie nachlesen - 1,4 Millionen € explizit für Friedrichskoog in den nächsten Haushalt eingestellt hat, und das, was wir den Friedrichskoogern versprochen haben, eingehalten wird. Das ist alles nachlesbar.

Die Show hier ist bewundernswert. Ich hoffe, die Show hat Ihnen gefallen. Ich konnte auch meinen Beitrag dazu leisten. Wir sind immer noch gesprächsbereit. Wir stehen zu unserem Wort.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Wir werden das halten, was wir dort versprochen haben. Ich habe auch die Zusage des Wirtschaftsministers. Das ist auch allen Sprechern des Landtages in einem Gespräch, in dem sie informiert worden sind, zugesagt worden. In diesem Sinne verbleibe ich hier. Ich bin sozusagen nicht mies drauf.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Christopher, der Anfang war nicht schlecht. Du brauchst nicht so mies zu gucken. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das gehörte zum Teil Unterhaltung. - Für die Landesregierung spricht jetzt der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sowie Fischerei, Herr Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank. Meine Damen und Herren! Ich hatte mich eigentlich nur gemeldet, um auf das Gutachten zur Krabbenfischerei einzugehen. Jetzt möchte ich aber noch ein paar Anmerkungen zur Struktur der Debatte insgesamt machen und auf noch einige andere Punkte eingehen.

Herr Kumbartzky, wenn man schon die Erfahrung gesammelt hat, dass man in einem Redebeitrag von fünf Minuten nicht alle Antworten kriegt, dann frage ich mich, warum man immer wieder probiert, eine „Labskausdebatte“ anzuzetteln, in die man alles hineinpackt, es durchmengt und dann sagt: Oh, das hat mir gar nicht geschmeckt. Hören Sie doch mit dem Quatsch auf. Stellen Sie präzise Fragen.

(Beifall SPD)

Von Herrn Magnussen höre ich, diese Debatte diene ein Stück weit auch der Symbolik. Damit ist **Friedrichskoog** gemeint. Ich sage ehrlich: Dieser Symbolpolitik will ich mich verweigern. So läuft es nicht. Das Thema Friedrichskoog ist viel zu ernst, und ich habe viel zu großen Respekt davor, als dass ich unter dem Deckmantel einer allgemeinen Struktur nebenbei eine Debatte über Friedrichskoog führe. Stellen Sie einen vernünftigen Antrag zu Fried-

(Minister Dr. Robert Habeck)

richskoog, und geben Sie der Landesregierung die Chance, die Zahlen darzustellen. Machen Sie das im Ausschuss, nicht klammheimlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich habe Respekt vor rationalen Debatten und auch davor, dass Leute ihre Meinung ändern. Philistertum ist mir aber zuwider. Herr Magnussen und Herr Kumbartzky, Sie sollten sich zumindest daran erinnern, wer angefangen hat und wer es mit Mut unternommen hat, die Frage der Wirtschaftlichkeit von Friedrichskoog anzugehen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das haben wir in der letzten Sitzung auch gesagt!)

- Nein, das sagen Sie nie. Das vergessen Sie.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Nun zu den anderen Punkten.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Nein, ich bin gerade so gut in Fahrt. Die haben ihre Chance gehabt. - Frau Damerow, das Argument, dass Frau Schneider zu gut sei und von den Fischern zu sehr gemocht werde, weshalb ich sie nicht zur **Staatssekretärin** hätte machen dürfen, scheint mir logisch nicht ganz ausgereift zu sein.

(Astrid Damerow [CDU]: Das habe ich so nicht gesagt!)

- Wie soll ich es denn dann verstehen, dass Sie sagen, es sei perfide, dass ich Frau Schneider zur Staatssekretärin gemacht habe, weil die Muschelfischer sie so sehr schätzten. Das ist doch auch nur ein Herumnölen an irgendwelchen Entscheidungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wortmeldung Astrid Damerow [CDU])

- Nein, ich lasse keine Zwischenfragen mehr zu. Das dauert mir sowieso schon zu lange. Ich muss noch ein paar Antworten geben.

Drittens. Ja, alle, die sich damit auskennen, wissen, dass die Flotte veraltet ist. Die **schleswig-holsteinische Flotte** ist veraltet, das ist richtig. Andere Flotten erhalten hohe Investitionssummen. Das ist aber

immer privates Geld. CDU und FDP stellen sich offensichtlich hin und sagen: Gebt staatliches Geld für den Ausbau der Flotte.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Vorschuss!)

- Was heißt hier Vorschuss? Aus dem **Europäischen Fischereifonds** kann ich das Geld nicht nehmen. Seit 2005 ist es verboten, Gelder aus dem Europäischen Fischereifonds in die Erneuerung der Flotte zu stecken. Das Geld ist nur für Projekte der Nachhaltigkeit, das dürften Sie eigentlich wissen. Also muss es aus eigenem Staatsgeld kommen. Friedrichskoog weiter bezahlen, die Flotte ausrüsten, den Waldumbau bezahlen und sich dann hinstellen und die Haushaltssanierung preisen; das haut einfach nicht hin. Messen Sie sich einmal an Ihren eigenen Maßgaben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Viertens. Ja, die **Muschelfischerei** sollte auf **Saatvermehrungsanlagen** umgestellt werden. Ja, das Verfahren dauert lange. Woran liegt es aber, dass die Muschelfischerei im letzten Jahr das Gutachten zur FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht eingereicht hat? Jetzt liegt es vor. Es ist im Januar, ein Jahr später, gekommen. Wir befinden uns in einem Genehmigungsverfahren. Keiner muss sich Sorgen machen, es wird sauber durchgeführt werden.

Fünftens zu **Tonne E3** und zu dem **Schlick**, der uns immer vor die Haustür gekippt wird: Seitdem ich Minister bin, ist an der Tonne E3 nichts verklappt worden. Wir haben die Lösung vor Tonne E3 gewählt, damit Hamburg nicht - wie ursprünglich vorgesehen - im Elbausgang verklappt. Deshalb sind wir zu der schlechteren Lösung der Tonne E3 gekommen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Bleibt es auch dabei?)

Ich sage es noch einmal: Die Elbvertiefung fordern, die Wirtschaftlichkeit des Hamburger Hafens immer hochhalten, sich nie um Elbästuar und um Verästelungen kümmern und dann sagen: Den Schlick wollen wir nicht haben; auch das haut nicht hin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie geben nie eine Antwort. Sie beschreiben noch nicht einmal das Problem. Nichts haben wollen, das ist unfassbar.

Nun zum letzten Punkt, zu dem ich mich eigentlich gemeldet habe. Es heißt immer: **Ökologie und**

(Minister Dr. Robert Habeck)

Ökonomie zusammenführen, **Nationalpark und Fischerei** in die Verträglichkeit bringen, geht das überhaupt? - Ich weiß nicht, ob das geht. Es gibt aber ein Projekt, das zeigt, wie es gehen kann. Darauf bin ich ein bisschen stolz, weil wir hier wirklich vorankommen. Diese Frage ist angesprochen worden, und es wurde zu Recht gefragt: Wie lautet hier die Antwort?

Aus der Debatte über eine Nullnutzungszone oder eine traditionelle Nutzung im Nationalpark und aus dem klugen Bemühen der schleswig-holsteinischen Krabbenfischer, ihre Fischerei durch MSC-Zertifizierung nachhaltig zertifizieren zu lassen, und aus den Problemen, die die Krabbe als Art in diesem Zertifizierungsverfahren bereitet, weil man nachweisen muss, dass der Bestand durch die Fischerei nicht gefährdet oder so weit reduziert wird, dass er an die Schwelle der Überfischung gerät, ist die Idee geboren, einen alternativen Weg zu erproben. Das ist die Frage, ob man über das **Risk Based Framework** im **MSC-Zertifizierungsverfahren** einen Nachweis erbringen kann, indem man auf bestimmte Gebiete verzichtet.

Keiner weiß, ob das funktioniert. Keiner weiß, ob dies gewollt wird. Aber der Weg, den wir nach langem Hin und Her gegangen sind, ist, dass wir zwei **Gutachten** in Auftrag geben. Der erste Auftrag ist zum 1. Juni 2014 an das Thünen-Institut herausgegangen. Es heißt übrigens **MaKraMee**, nämlich Management der Krabbenfischerei im Küstenmeer. Da sind offensichtlich echte Poeten am Werk. Dieses Gutachten wird der Frage nachgehen, ob diese Kriterien mit all den anderen Projekten, also Elektro-Baumkurren, alternative Netze und so weiter, erreicht werden können, und zwar zusätzlich zum Risk Based Framework. Ein zweites Gutachten gibt das MSC-Board selbst in Auftrag. Es beinhaltet die Frage, ob der schleswig-holsteinische Nationalpark Teil der Lösung sein kann.

Wir zahlen das, die Krabbenfischer entscheiden darüber, ob die Ergebnisse - wenn sie denn gut sind - genommen werden oder nicht. Am Ende könnte möglicherweise eine Situation entstehen, die das, was wir wollen, nämlich Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen, einlösen kann. Ich weiß nicht, ob das so geht, aber ich bin hoffnungsvoll. Selbst wenn es nichts wird, wird dieser gemeinsame Weg uns alle klüger gemacht haben. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Rede des Herrn Ministers hat die Debatte noch einmal eröffnet. Es stehen nun jeder Fraktion weitere 3 Minuten Redezeit zur Verfügung. Diese müssen aber nicht zwingend genutzt werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, nicht einäugig zu gucken. Daher möchte ich nur anmerken: „Hören Sie doch auf mit dem Quatsch“, kann man anders ausdrücken. Ansonsten war das eine sehr temperamentvolle Rede. Ich weise aber darauf hin.

Über diesen Antrag soll offensichtlich nicht mehr debattiert werden. Der Berichtsantrag ist erledigt, es wurde kein Antrag gestellt. Dieser Tagesordnungspunkt ist abgeschlossen.

Ich bin darum gebeten worden, im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt zum Lehrkräftebildungsgesetz etwas nachzutragen: Herr Abgeordneter Andresen, auch der Begriff „Unverschämtheit“ ist nicht parlamentarisch. Da ich aber nicht so gern rüge, sage ich das nur so. Ich sage dies auch, damit die Konten zwischen Opposition und regierungstragenden Fraktionen ausgeglichen sind.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Zukunftsperspektiven für den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1733

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Peter Lehnert von der CDU-Fraktion. Ich weise noch darauf hin, dass dieser „einzigartige Abgeordnete“ 10 Minuten Redezeit hat, alle anderen haben 5 Minuten.

Peter Lehnert [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Zunächst bezog sich das nur auf die Person des Abgeordneten. Vielleicht trifft dies auch auf die Rede zu. Das können Sie sicher hinterher alle beurteilen.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag „Zukunftsperspektiven für den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein“ fordern wir die Landesregierung auf, sich im Rahmen eines **Gesamtkonzepts** aktiv für die Schaffung von **zusätzlichem Wohnraum** in Schleswig-Holstein einzusetzen. Es ist sinnvoll und dringend erforderlich, für die unterschiedlichen Bereiche des

(Peter Lehnert)

Wohnungsbaus klare Zukunftsperspektiven aufzuzeigen und mit deren Umsetzung zügig zu beginnen.

Als wichtigste Voraussetzung für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ist dabei die Ausweisung von neuen Wohnbauflächen weiter zu beschleunigen. Dabei ist es aus unserer Sicht dringend erforderlich, neben dem in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Geschosswohnungsbau auch die Rahmenbedingungen zur Schaffung von weiterem Wohneigentum zu verbessern.

Diese zusätzlichen Flächen sollten in den Regionen ausgewiesen werden, in denen aufgrund der gestiegenen Nachfrage derzeit ein konkreter Mangel besteht. Dies gilt insbesondere für das Hamburger Umland, auf der Insel Sylt und für die kreisfreien Städte Lübeck, Kiel und Flensburg. Hierbei sollten wir die von der Bundesregierung angekündigte deutliche Erhöhung der Mittel für alle **Städtebauförderprogramme** von 455 Millionen € auf 700 Millionen € im Jahr aktiv nutzen, um das Wohnen und die Quartiersentwicklung in unseren Städten weiterzuentwickeln.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** sind dabei aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation und der damit verbundenen guten Einkommens- und Beschäftigungslage einerseits sowie der im historischen Vergleich derzeit extrem niedrigen Zinsen andererseits so günstig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im historischen Vergleich können dadurch deutlich mehr Menschen als bisher dauerhaft Wohneigentum schaffen.

Durch die staatlich geförderte **Eigenheimrente** - auch „Wohn-Riester“ genannt - wird diese Entwicklung noch weiter unterstützt. Die Rendite dieser Eigenheimrente besteht in der eingesparten Miete. Diese ist extrem attraktiv. Ein Rentnerhaushalt, der in den eigenen vier Wänden statt zur Miete wohnt, spart im Durchschnitt 520 € im Monat. Das entspricht circa einem Drittel seines Einkommens. Dadurch wird außerdem die Gefahr von Altersarmut aktiv bekämpft.

Allerdings ist die **Wohnraumnachfrage** nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der persönlichen **individuellen Lebenseinstellung** vieler Menschen. Will ich lieber in der Stadt, auf dem Dorf oder in einer Metropolregion leben? Will ich lieber im Eigentum oder zur Miete leben? Die unterschiedlichen Möglichkeiten und Wohnformen werden, auch im Hinblick auf den demografischen Wandel, in den kommenden Jahren weiter zuneh-

men. Darauf müssen wir uns einstellen. Dies gelingt aber nur, wenn wir in all den Regionen, in denen ein großer Bedarf und eine große Nachfrage vorhanden ist, auch ein entsprechendes Angebot schaffen können.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat dabei deutlich gezeigt, dass der Rückgang der **Bauaktivitäten** bis zum Jahr 2010 zu einer signifikanten Lücke im Bereich der Wohnraumversorgung, insbesondere in Ballungsräumen, geführt hat. Auch wenn die Zahl der Baugenehmigungen seit diesem Zeitpunkt erfreulicherweise wieder zugenommen hat, bleibt festzustellen, dass dieser Zuwachs nicht ausreicht, die Situation in angespannten Wohnraummärkten nachhaltig zu entlasten. Deshalb muss das Land in enger Kooperation mit den Kommunen in den betroffenen Regionen für eine zügige und ausreichende Zurverfügungstellung von Wohnbauflächen sorgen.

Dabei wird es aufgrund der vorliegenden Zahlen in den Städten des **Hamburger Umlands** in den nächsten Jahren zu einem Neubau von circa 5.000 zusätzlichen Wohneinheiten kommen, dies weit überwiegend im Bereich des Geschosswohnungsbau. Um auf den bereits festgestellten Mehrbedarf von mehr als 10.000 Wohneinheiten in dieser Region - bis zum Jahr 2025 sogar geschätzte 20.000 Wohneinheiten - aktiv reagieren zu können, benötigen wir allerdings noch eine deutlich steigende Anzahl von Wohnbauflächen für Eigentumsprojekte. Diese sollten zusätzlich in den Gemeinden des Hamburger Umlands entstehen, die aufgrund ihrer Lage in der Nähe zur Metropole Hamburg zusätzliche Pendlerverkehre weitgehend über einen weiter verbesserten öffentlichen Personennahverkehr bewältigen können.

Im Bereich der **Insel Sylt** werden dagegen in erster Linie zusätzliche Flächen für den Bau von Mietwohnungen benötigt. Dabei kann das Land einerseits durch die Zurverfügungstellung von Grundstücken aus seinem Besitz, andererseits durch die positive Begleitung und Genehmigung durch die Landesplanung den Erfolg dieser Maßnahmen selbst aktiv beeinflussen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Dafür benötigen wir auch eine deutliche **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren** und die Begrenzung von Baukostensteigerungen. Wohnen muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Ein ständiger deutlicher Anstieg von **Wohnnebenkosten** wie in den vergangenen Jahren muss für die weitere Zukunft verhindert werden.

(Peter Lehnert)

Die Kosten für Strom, Wasser und Heizung dürfen Wohnen nicht zu einem Luxusgut werden lassen. Auch die Landespolitik muss an dieser Stelle ihre Möglichkeiten nutzen, Kostensteigerungen einzudämmen, anstatt durch eigenes Zutun die Kosten weiter in die Höhe zu treiben.

Die **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** auf den höchsten Satz im Vergleich aller Bundesländer sollte daher rückgängig gemacht werden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Außerdem muss Forderungen aus den regierungstragenden Fraktionen, die Grundsteuer in den Kommunen flächendeckend anzuheben, eine klare Absage erteilt werden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Davon unberührt bleibt selbstverständlich das Recht der kommunalen Selbstverwaltung, in begründeten Einzelfällen zu einer Anpassung der Hebesätze zu kommen.

Durch die Weiterentwicklung der Fördermöglichkeiten des Landes Schleswig-Holstein wird die erfolgreiche Wohnungsbaupolitik der Vorgängerregierungen fortgesetzt und unter anderem dafür gesorgt, dass das vorhandene **Sondervermögen „Wohnungsbau“** erhalten bleibt. In enger Abstimmung mit allen Partnern aus der Wohnungswirtschaft in Schleswig-Holstein ist dadurch eine jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit entstanden. Durch das große Engagement aller Beteiligten und die immer wieder auf die aktuellen Marktgegebenheiten angepassten Förderbedingungen ist es gelungen, insbesondere im Bereich des Mietwohnungsbaus zusätzlich attraktiven und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Dabei spielen neben zahlreichen privaten Anbietern vor allen Dingen die vielen **Wohnungsbaugenossenschaften** in unserem Land eine positive marktstabilisierende Rolle. Durch ihre jahrzehntelange kontinuierliche Arbeit sorgen sie in weiten Teilen des Landes dafür, dass wir über eine gute Wohnraumversorgung zu bezahlbaren Preisen verfügen. Sie sind es, die zusammen mit vielen kleinen und mittleren privaten Vermietern eine echte Mietpreismbremse für unser Land sicherstellen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Diese wichtige sozialpolitisch stabilisierende Funktion darf die Landesregierung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, indem sie versucht, zusätzliche **bürokratische Hürden** zu schaffen, die den künftigen Erfolg der gemeinsam verabredeten wohnungsbau-

politischen Initiativen gefährden. Dies gilt nicht nur für die angekündigte **Verordnung über die Kapazitätsgrenzen** sowie das geplante **Wohnungsaufsichtsgesetz** oder eine Zweckentfremdungsverordnung, sondern auch für die geplante Vorgehensweise bei der Unterschutzstellung von Denkmälern.

Je mehr die Bürokratie zunimmt und massiv in Eigentumsrechte eingreift, desto größer ist die Gefahr, dass sich die Akteure im Bereich des Wohnungsbaus nach und nach aus ihrer aktiven Mitarbeit verabschieden. Die Warnungen davor werden immer unüberhörbarer.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Vertreter des **Verbandes der norddeutschen Wohnungsunternehmen**, darunter zahlreiche Wohnungsbaugenossenschaften sowie der Verband Haus und Grund und der BFW Nord, erwarten durch die angekündigten Maßnahmen der Landesregierung negative Auswirkungen auf die Offensive für bezahlbares Wohnen, die doch gerade so positiv gestartet ist.

Wir sollten deshalb vielmehr auf die Erfahrung und die Zuverlässigkeit dieser Partner vertrauen und mit ihnen gemeinsam die weiteren Zukunftsperspektiven des Wohnungsbaus in Schleswig-Holstein aktiv gestalten. Dabei muss es unser gemeinsames Ziel sein, für alle Menschen in unserem schönen Schleswig-Holstein ein angemessenes Angebot an Wohnraum und Wohnumfeld zu schaffen, sodass es ihnen möglich ist, ein selbstbestimmtes Leben nach ihren individuellen Vorstellungen zu führen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich würde es natürlich begrüßen, wenn die Möglichkeit bestünde, unseren Antrag heute im Plenum positiv zu bescheiden. Da ich aber befürchte, dass die regierungstragenden Fraktionen dazu heute nicht bereit oder nicht in der Lage sind, würde ich mich alternativ auch mit einer Überweisung an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss einverstanden erklären. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich der Kollegin Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bereits in der vergangenen Plenartagung

(Serpil Midyatli)

haben wir über Wohnungsbau gesprochen. Das finde ich auch richtig so; denn der Wohnungsbau ist und bleibt eines der Zukunftsthemen in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist eine Notwendigkeit. Für uns ist das sogar eine Selbstverständlichkeit. Diese Notwendigkeit hat die Landesregierung bereits erkannt und sich mit ihrer **Offensive für bezahlbares Wohnen** klar positioniert.

Ich könnte jetzt auch meine Rede vom letzten Mal, die ich sehr gelungen fand, zu Protokoll geben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das tue ich aber nicht.

Bereits nach einem Jahr ist ein messbarer Erfolg sichtbar. Die Zahlen hierzu können Sie meinem Redebeitrag aus der vergangenen Landtagsdebatte entnehmen.

Mit der Offensive für bezahlbares Wohnen fördert das Land zielgenau in den Bereichen, in denen der Bedarf am größten ist, wie Sie es auch in Ihrem Antrag fordern, Herr Lehnert: im Hamburger Rand, in Kiel und Lübeck sowie auf Sylt. Wir meinen, das wird sich auch deshalb lohnen, weil das Wohnen auch zur Daseinsvorsorge gehört. Aber jede Schwierigkeit auf sogenannte bürokratische Hürden insbesondere im Bereich der Landesplanung zu schieben, löst die Probleme nicht.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein derzeit ein Bürgerforum zur Landesstrategieentwicklung durchführt. Sie sind alle herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen. Dort können die Bürgerinnen und Bürger und auch Sie Anregungen einbringen. In der vergangenen Woche war der Ministerpräsident deswegen in Itzehoe.

Dann möchte ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass die FDP-Fraktion seit über einem Jahr genau zu diesem Thema **Landesplanung**, insbesondere im Hamburger Umland, geplant hat, Änderungen vorzunehmen. Wir haben dazu eine schriftliche Anhörung vorgenommen. Herr Kollege Christopher Vogt, erlauben Sie mir bitte den Hinweis, dass alle schriftlich Angehörten, ob es die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer oder Haus & Grund war, alle zu der Auffassung gekommen sind, dass wir dieses nicht machen müssen und dass die Maßnahmen, die diese Landesregierung bereits getroffen hat, richtig sind. Niemand hat diese Ausweitung im Landesplan befürwortet. Ich

empfehle Ihnen, die schriftlichen Stellungnahmen aus der Anhörung durchzulesen.

Ein paar Worte noch zum **Bürokratieabbau**. Das klingt natürlich immer gut. Es scheint auch so, als wenn dies die einzigen Probleme seien. Dies ist aber sehr verkürzt, Herr Kollege Lehnert. Denn dieses ist, wie Sie wissen, nicht unser Hauptproblem, wenngleich es natürlich zutrifft, dass die Kommunen mit Bauland und kurzfristigen Baurechten ihren Anteil zur Offensive für bezahlbaren Wohnraum leisten müssen. Ich sage Ihnen, sie tun dieses auch erfolgreich. In Pinneberg könnten Sie allerdings im Vergleich zu anderen Kommunen im Hamburger Umland - dazu haben Sie ja auch Beziehungen - noch helfen. Da ist die Kommunalvertretung leider nicht ganz so auf der Höhe der Zeit.

Mit 12,9 % mehr Genehmigungen für Wohnungen im vergangenen Jahr setzt sich ein Trend fort, der bereits 2010 begonnen hat. Besonders stark nahmen die **Baugenehmigungen** für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zu, auch das ist eine gute Entwicklung. Das zeigt, dass die Rahmenbedingungen für Wohnungsbau so schlecht nicht sein können. - Vielleicht auch für Sie, Sie schreiben gerade mit: Das sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, Pressemitteilung vom 17. März 2014, Kollege Lehnert.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein paar Worte zur **Kappungsgrenze** sagen. Ich sage es hier bereits zum dritten Mal. Es ist für uns kein Problem, auch kein finanzielles. Sie greift nur dort, wo Mieten ohne sachlichen Grund explodieren.

Bei dieser Aussage möchte ich es hier auch belassen. Da meine Redezeit nahezu abgelaufen ist, möchte ich nur sagen, dass ich persönlich diesen Antrag für reichlich populistisch halte. Ich habe keinen einzigen Punkt gesehen, der uns einen Erkenntnisgewinn bringt beziehungsweise diese Regierung in eine Handlungsrichtung weist.

Daher möchte ich für meine Fraktion beantragen, diesen Antrag in der Sache abzulehnen. Ich bin natürlich noch für Argumente offen, vielleicht habe ich ja etwas in Ihrer Rede nicht gehört oder nicht ganz verstanden. Auf die Themen Denkmalschutz, regionale Selbstverwaltung, also auf diesen ganzen Blumenstrauß, beziehungsweise Bauchladen, wie Kollege Kai Dolger dazu sagte, bin ich jetzt gar nicht eingegangen, da wir über den Bereich Wohnungsbau sprechen wollten. Ich müsste mir sogar noch überlegen, an welchen Ausschuss ich diesen

(Serpil Midyatli)

Antrag überhaupt überweisen wollte. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Und Detlef Matthiessen ist nun als Nächster an der Reihe.

(Beifall und Heiterkeit SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank für die Nachhilfe an das Präsidium, Frau Kollegin. - Jetzt hat in der Tat der Abgeordnete Detlef Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass ich von zwei charmanten Damen so angekündigt werde. Es ist natürlich eine Freude, eine Rede so beginnen zu dürfen.

Meine Damen und Herren! Der Wohnungsbau in Schleswig-Holstein soll eine Perspektive haben. Das ist Ziel des CDU-Antrags. Dieses Ziel finden wir natürlich gut, Herr Lehnert. Genau deshalb hat die Küstenkoalition zu Beginn der Legislaturperiode ihre **Offensive für bezahlbares Wohnen** gestartet. 150 Millionen € sind inzwischen über die I-Bank investiert worden. Die Gelder landen zielgerichtet dort, wo auch die größten Bedarfe bestehen.

Neun von zehn öffentlich geförderten Wohnungen stehen in direkter Nähe zur Hamburger Landesgrenze, in Kiel, in Lübeck und auf Sylt.

Die CDU benennt sieben Punkte in ihrem Antrag, was aus meiner Sicht allerdings nichts Neues darstellt.

Wohneigentum soll erleichtert werden, das finden wir in Ordnung. Wohneigentum kann ein sinnvoller Baustein sein. Das Problem liegt aber eher im Mietbereich. Die Menschen brauchen dort bezahlbaren **Mietwohnraum**. Nachverdichtung - da spricht die CDU mit grüner Seele. Wir finden es problematisch als einzigen Ansatz immer nur neue Grünflächen auszuweisen und zu versiegeln. Es macht viel mehr Sinn, Baulücken im städtischen Raum mit innovativen Ideen zu überplanen und mit intelligenten Konzepten für den Wohnungsbau zu nutzen.

Denkmalschutz ist wichtig, wir hören auch nicht zum ersten Mal davon. Was einmal als Kulturgut verloren ist, kann kaum wiederhergestellt werden. Ein verwaltungsarmes Verfahren war und ist Ziel der Denkmalschutzpolitik von Anke Spoorendonk. Genauso richtig ist es, dass Denkmalschutz immer

nur gemeinsam mit dem Eigentümer umgesetzt werden kann und nicht gegen ihn. Auch das ist Ziel des Gesetzes. Genehmigungsverfahren müssen zügig abgewickelt werden. Hier stehen allerdings die Kommunen zur Hauptsache in der Verantwortung und nicht das Land. Baukostensteigerungen begrenzen - wer möchte das nicht? Es gibt kaum ein Bauprojekt, das am Ende nicht mehr kostet als im Bauplan vorgesehen war.

Die CDU will, dass nur Anforderungen gestellt werden, die klare Ziele erfüllen und wirtschaftlich Sinn machen. Dies trifft ganz eindeutig auf energetische Maßnahmen zu. Fenster und Dämmungen nach KfW-Standards sowie ein Passivhaus rentieren sich durch Energieersparnis. Das nützt allen.

Städtebaufördermittel sollen effektiv genutzt werden. Wo Planung, Entscheidung und Umsetzung in einer Hand liegen, ist das auch einfach. Städtebauförderung ist aber in der Regel komplexer. Viele Akteure müssen an einen Tisch geholt werden. Land, Kommunen, Wohnungsbauunternehmen, private Eigentümer und viele andere müssen weiter gemeinsam an tragfähigen Konzepten arbeiten. Das ist alternativlos, aber nichtsdestotrotz schwer zu organisieren.

Kosten begrenzen - dies muss natürlich unbedingt erfolgen. Mietnebenkosten werden zu einer zweiten Miete. Sie steigen und steigen und sind für viele Mieterinnen und Mieter kaum noch zu bezahlen. Ursachen sind unter anderem falsches Verbraucherverhalten, aber auch wenig effiziente Geräte, fehlende Dämmung und hohe Gewinnmargen von Energieerzeugern. Die Energiewende mit der Zieltrias Einsparung, Effizienz und Erneuerbare muss zügig fortgesetzt werden. Das dient letztlich auch der Kosteneffizienz im Energiebereich. Die Energiewende muss daher zügig fortgesetzt und nicht ausgebremst werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, keine **bürokratischen Hürden** schaffen. - Das schreibt die CDU. Das möchten wir auch. Das Verhalten der neuen Wohnungswirtschaft, die auf schnelles statt auf nachhaltiges Geld hin wirtschaftet, die die Immobilien auf Kosten der Mieterinnen und Mieter verkommen lässt und mit den Immobilien als reine Geldanlage jongliert, ist nicht akzeptabel. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Ein **Wohnraumaufsichtsgesetz** ist daher keine unnötige Bürokratie, sondern ein Instrument, um Mieterinnen und Mieter zu

(Detlef Matthiessen)

schützen und das Grundgesetz, die Eigentumsverpflichtung letztlich durchzusetzen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, ich war gestern mit Frau Midyatli auf einer wohnungspolitischen Veranstaltung in **Eckernförde**. Ich fand es sehr interessant, dass es dort auch Wohnungsbaugesellschaften gibt, die nicht gerade auf unserer Wunschliste als Akteure ganz oben stehen. Dort haben betroffene Mieterinnen und Mieter berichtet und sich direkt an den Bürgermeister gewandt, der im Wahlkampf steht und von allen Parteien als einziger Kandidat nominiert wurde. Das hätte ich mir bei meinen Kandidaturen auf der Landesliste gewünscht.

(Heiterkeit)

Ich wünsche also von hier aus Jörg Sibbel, von allen Parteien getragen, allen Erfolg für seine Wahl.

Ich fand es sehr beeindruckend, dass es tatsächlich die Ausbeutung von Wohnraum zulasten der Mieter mit schwerwiegenden Folgen für deren Wohlbefinden gibt. Sie haben Angst vor Veräußerung, wie es weiter geht. Da muss sicherlich geholfen werden. Herr Minister, die Veranstaltung hat uns doch sehr beeindruckt. Eckernförde hat ein sehr hohes Mietpreisniveau und ein schwieriges Umfeld für günstige Mieten. Wir sollten an diesen kleinen singulären Ort mit seinen Schwierigkeiten denken und dort von Landesseite unterstützend tätig werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz.

Sie brauchen uns jedenfalls nicht zu überzeugen, dass wir die Grunderwerbsteuer reduzieren, Sie brauchen uns nicht zu überzeugen, dass wir am Denkmalschutz rütteln, meine Damen und Herren. Der CDU-Antrag ist wirklich das Witwe-Bolte-Prinzip, er ist nicht interessant, er ist nicht neu. Ich möchte mich den Ausführungen von Frau Midyatli diesbezüglich anschließen, wie wir damit parlamentarisch verfahren sollten. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, der Kollege Christopher Vogt von der FDP-Fraktion hat so eben mitgeteilt, dass er seine Rede zu Protokoll geben wird.

Deshalb hat nun der Abgeordnete Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem auch guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion! Schön, dass auch Sie endlich das Problem des bezahlbaren Wohnraums entdeckt haben, das wir schon seit Tagen behandeln und diskutieren. Leider muss ich mich Frau Kollegin Midyatli anschließen,

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD]: Leider?)

dass bei dem Potpourri Ihrer verschiedenen Forderungen kaum etwas Konkretes und Brauchbares dabei ist.

(Beifall PIRATEN)

Sie fordern bereits im Ausgangspunkt viel zu undifferenziert die verstärkte **Schaffung von Wohnraum**, obwohl der Bedarf je nach Region in unserem Land sehr unterschiedlich ist. Es kommt auch darauf an, welchen Wohnraum wir schaffen: Handelt es sich um bezahlbaren Wohnraum, oder geht es vielleicht um noch weitere Luxuswohnungen auf Sylt, von denen wir wohl nicht mehr gebrauchen können?

(Beifall PIRATEN)

In unserem Land ist der **Flächenverbrauch** durchaus ein Problem. Deswegen müssen wir auch einem unbegrenzten und ziellosen Bauen eine Absage erteilen.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Die **Unterschutzstellung von Denkmälern** hat mit der Schaffung von Wohnraum kaum etwas zu tun.

Die allgemeine Forderung nach einer **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren** ist so nicht sinnvoll, weil Sie nicht dazusagen, was in diesen Verfahren wegfallen soll. Manchmal führt mehr Bürgerbeteiligung bei einer Gesamtbetrachtung zu insgesamt kürzeren Verfahren. Deshalb ist eine pauschale Beschleunigungsforderung hier nicht zielführend.

(Beifall PIRATEN und SSW)

(Dr. Patrick Breyer)

Ich meine auch, dass die pauschale **Ablehnung steigender Anforderungen** an den Bau nicht sinnvoll ist. Denn Sie selber sind dafür, in Teilbereichen nachzusteuern, zum Beispiel im Bereich des barrierefreien Bauens. Deswegen kann man einer solchen Forderung so pauschal nicht zustimmen.

Außerdem machen Sie Stimmung für eine Verordnung gegen die Absenkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen, gegen das geplante Wohnungsaufsichtsgesetz und gegen eine Zweckentfremdungsverordnung. Dabei sind doch gerade das die **Instrumente**, die für den **Schutz bezahlbaren Wohnraums** sorgen sollen.

Am Bauen hindern Sie auch niemanden, denn bei Neubauten können Miete und Verwendungszweck völlig frei festgelegt werden. Mit der Ermöglichung von Wohnungsbau hat Ihre Opposition gegen diese Maßnahmen nichts zu tun.

Lesen Sie übrigens einmal Ihren eigenen Koalitionsvertrag auf Bundesebene durch. Dort steht geschrieben, dass die Regelung zur Absenkung der Kappungsgrenze bestehen bleiben soll, dass die Neuvermietungskosten begrenzt werden sollen, dass die Umlage der Modernisierungskosten begrenzt werden soll, dass wirksame Instrumente gegen grobe Vernachlässigung von Wohnraum durch den Eigentümer notwendig seien und geprüft werden sollen. Haben Sie eigentlich Ihren eigenen Koalitionsvertrag auf Bundesebene gelesen? Ich habe den Eindruck, dass Sie das nicht getan haben.

Wenn wir schon über Wohnungsbau sprechen, warum blenden Sie in Ihrem Antrag den **sozialen Wohnungsbau** völlig aus? Wir haben doch das Problem, dass es gerade da, wo es um die bedürftigen Menschen in unserem Land geht, der Bestand an Sozialwohnungen immer weiter absinkt. Während es früher einmal 220.000 Wohnungen in Schleswig-Holstein gewesen sind, sind jetzt gerade noch 65.000 solcher Wohnungen übrig. Weitere 15.000 Sozialwohnungen werden im Laufe dieses Jahres aus der Bindung herausfallen. In Anbetracht der steigenden Zahl einkommensschwacher Haushalte muss hier dringend eine Trendwende her.

Der gesamte Wohnungsbau nutzt auch dann nichts, wenn die Wohnungen am Ende leer stehen. Deswegen sollten wir hier im Landtag die Möglichkeit nutzen, Leerstände zu verbieten, gerade in Mangelgebieten wie auf den Inseln, im Hamburger Umland, in Kiel und in Lübeck. Leider tut die Regierung auf diesem Gebiet noch gar nichts. Die Menschen erwarten aber, dass die Landesregierung beim Thema bezahlbarer Wohnraum endlich in die

Gänge kommt. Wir PIRATEN haben schon Verordnungen zur Absenkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen und gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum beantragt. Außerdem arbeiten wir gerade - das kann ich an dieser Stelle ankündigen - an einem Gesetzentwurf gegen Wohnungsleerstand, Wohnungsumwandlung und Wohnungsabriss in Mangelgebieten. Denn Wohnen ist das Recht eines jeden Menschen. Dafür setzen wir PIRATEN uns ein. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist ein Sammelsurium von Dingen, die manchmal tatsächlich etwas mit der konkreten Wohnungsbaupolitik zu tun haben, manchmal aber eben nur am Rande. Durchgängig kann man aber sagen, dass alle dort angesprochenen Themen schon ausgiebig im Landtag besprochen wurden. Tatsächlich ist unschwer zu erkennen, dass sich in Sachen **Wohnraumförderung** bei uns im Lande gerade sehr viel bewegt. Von den verschiedensten Seiten, sowohl von privater als auch von öffentlicher Seite, wird hier kräftig agiert.

Der **Wohnungsmarkt** in Schleswig-Holstein lässt sich, wie wir es schon früher gehört haben, nicht über einen Kamm scheren. Das hängt mit der Bevölkerungsstruktur zusammen, die sich in Ockholm sicherlich anders gestaltet als in Kiel. In vielen zentralen Orten, wie etwa Eckernförde oder Husum, steigt die Anzahl der Haushalte - und das trotz eines generellen Bevölkerungsrückgangs. Dies ist einer zurückgehenden Haushaltsgröße geschuldet. Von diesen kleinen und Kleinstwohnungen gibt es aber in genau diesen Städten noch immer zu wenige. Husum verzeichnet etwa 4 % an Kleinstwohnungen unter 30 m². Auf der anderen Seite fehlen dort aber auch größere Wohnungen von mehr als 80 m². Das Mittelfeld hingegen ist gut abgedeckt. Doch junge Erwachsene, die eine erste eigene Wohnung suchen, oder auch ältere Menschen, die allein leben, haben Schwierigkeiten, etwas Passendes zu finden. Das gleiche gilt für Familien, die gern vier oder fünf Zimmer beziehen würden. Hier müssen wir am Ball bleiben. Das geht am besten, wenn man frühzeitig miteinander redet. Schließlich müssen hier

(Lars Harms)

verschiedene Akteure möglichst an einem Strang ziehen, um auch Erfolge vorweisen zu können.

Dass für ein Mehr an Wohnraum, ebenso wie für den bezahlbaren Wohnraum, Geld in die Hand genommen werden muss, leuchtet uns allen ein, denke ich. Die **Grunderwerbssteuer** hat mehr Geld in die Kassen der Kommunen gespült, was diese wiederum für die Schaffung von Baurecht oder ähnliche Maßnahmen nutzen können. Hier gibt es eine **kommunale Verantwortung**. Bezahlbarer Wohnraum muss geschaffen werden. Das heißt auch und gerade, dass eine Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften angezeigt ist. Hier müssen Bauplanung und die Weiterentwicklung des Bestands der Wohnungsbaugenossenschaften Hand in Hand gehen.

Um eine vernünftige Wohn- und Baupolitik zu schaffen, brauchen wir deshalb einen rechtlichen Rahmen. Mir ist schleierhaft, wie sich die Antragsteller das ganz ohne zusätzliche Verordnungen und Gesetze vorstellen können. Ich kann das jedenfalls nicht. Denn wenn wir in dieser Sache vorankommen wollen, dann müssen wir auch eine Richtung vorgeben. An dieser Stelle kann ich nur wiederholen, dass es der Markt in Sachen bezahlbarer Wohnraum eben nicht alleine richten kann.

(Beifall SSW)

Noch eine Anmerkung zum Denkmalschutz: Der **Denkmalschutz** wird nicht völlig auf den Kopf gestellt. Ein Denkmal gibt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Das war schon immer so, und dessen sind sich die Behörden und Eigentümer auch bewusst. Gestärkt werden sollen jedoch die Vereinfachung und auch Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen. So soll jedes Denkmal nach den gleichen Rechten und Pflichten behandelt werden. Die Verschachtelung wird herausgenommen. Dafür kommt ein Mehr an Planungssicherheit hinein. Natürlich kann einem denkmalgeschützten Objekt nichts Besseres passieren, als dass es mit Wirtschaftlichkeit und Leben erfüllt wird. Auch das war schon immer so, und dies wird in dem neuen Denkmalschutzgesetz auch berücksichtigt werden.

Alles in allem kann man sagen, dass der Wohnungsbau dank der Initiativen aus dem Innenministerium auf einem guten Weg ist und dass es insbesondere auf die kommunalen Prozesse ankommt, wie sich der Wohnungsbau vor Ort entwickelt. Hierbei ist es ganz entscheidend, neue Konzepte zu erstellen, die gemeinsames Wohnen in Mietwohnungen, in Eigenheimen und in Reihenhäusern ermöglichen. Dabei muss die Planung mit Woh-

nungsbaugenossenschaften und die Ausweisung und Entwicklung von Einfamilienhausgebieten zeitgleich und gemeinsam erfolgen. Gemeinsame Infrastruktureinrichtungen sowohl für den normalen Mieter als auch für den Eigenheimbesitzer müssen eingeplant werden.

All das ist wichtig. Solche Konzepte gibt es bereits. Man findet sie zum Beispiel in sehr großem und breitem Stil in Flensburg, aber auch schon in Husum. Das sind gute Beispiele, denen man folgen kann, und zwar am liebsten energieeffizient und nachhaltig. Wenn das gelingt, wird damit wirklich lebenswerter Wohnraum für die Menschen in der Region geschaffen, egal ob es „nur“ um Wohnungen geht oder um Einfamilienhäuser. Beides muss man zusammendenken. Auch die kommunale Ebene muss lernen, beides zusammenzudenken und die Infrastruktur darauf auszurichten. Dann ist man auch auf der kommunalen Ebene auf dem richtigen Weg. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Innenminister des Landes, Herr Andreas Breitner.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Schaffung bezahlbaren Wohnens** muss unterstützt werden. Das Ziel eint uns hier alle. Einig sind wir uns wohl auch, dass wir dazu insbesondere **Investitionsanreize** schaffen müssen. Nicht zielführend dabei ist jedoch die aktuelle Diskussion, in der sich Forderungen nach totaler Regulierung einerseits und großer Marktfreiheit andererseits gegenüberstehen. Ich will diesen Diskurs hier nicht führen. Klar ist aber, dass sich unterschiedliche Ziele, wie die Vermeidung sozialer Ausgrenzung und ökologischer Schäden, eine geordnete Siedlungsentwicklung oder Belange des Denkmalschutzes nur durch sorgfältiges Abwägen und verantwortungsbewusste Entscheidungen in Einklang bringen lassen. Dabei sind wir als Politik ebenso gefordert wie die Verbände und die Wohnungswirtschaft und natürlich auch die Kommunen.

So können auch nicht alle Punkte des CDU-Antrags allein durch die Landesregierung geregelt werden, teilweise haben sie nicht einmal direkten Einfluss auf Investitionen in den Wohnungsbau. So ist es Aufgabe der **Kommunen**, im Rahmen ihrer Planungshoheit zügige Planungs- und Genehmigungs-

(Minister Andreas Breitner)

verfahren und damit rechtzeitig und ausreichend Bauland für Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Ein wesentlicher Faktor für die Steigerung der Wohnkosten sind die gestiegenen Baukosten. Eine Baukostensenkungskommission soll daher Kosten, deren Ursachen und mögliche Maßnahmen zur Gegensteuerung ermitteln. Grundlage werden die objektiven Daten der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen sein.

Stichwort **Grunderwerbsteuererhöhung**. Ich habe immer gesagt, es gibt keine wohnungsbaupolitischen Gründe für die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, gleichwohl erkenne ich die Notwendigkeit zur Erhöhung von Einnahmen des Landes und der Kommunen voll an. Zudem hat sich gezeigt, dass der preiserhöhende Effekt für Mieten und für die Kosten von Wohnungsbau prozentual minimal ist.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Bereits für das Programmjahr 2014 wird der Bund den Ländern voraussichtlich Bundesfinanzhilfen für die **Städtebauförderung** in Höhe von 700 Millionen € zur Verfügung stellen. Der Anteil für Schleswig-Holstein beträgt rund 17,5 Millionen €. Für die Programmjahre 2015 bis 2017 ist mit einem ähnlich hohen jährlichen Betrag zu rechnen.

Fest steht, wir werden ein Wohnungsaufsichtsgesetz als Ermächtigungsgrundlage für die Kommunen entwickeln und 2015 dem Landtag vorlegen. Wir werden in Regionen mit gefährdeten Wohnungsmärkten, und zwar nur dort, Mietenbremsen einführen.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass nur mehr Wohnungsbau bezahlbare Mieten schafft. Es geht jedoch um die sorgfältige Abwägung weiterer Instrumente, die in den Regionen unseres Landes begleitend steuernd eingreifen können, in denen Mieten hoch sind und weiter steigen. Gleichwohl bleibe ich dabei: Die **Mietenbremse** ist genauso wenig ein Investitionshindernis wie sie ein Investitionsanreiz ist. Umso sorgfältiger werden die Regionen ausgewählt und die Kommunen in die Entscheidung eingebunden.

Die Landesregierung hat also ein breites Instrumentarium von Maßnahmen eingesetzt, um Anreize und Hilfen zur Schaffung von ausreichend und bezahlbarem Wohnraum zu geben. Die Zielrichtung des Antrags der CDU erschließt sich mir daher nicht. Ich nehme ihn somit als Ausdruck gemeinsamer Anstrengung und Sorge für mehr bezahlbares Wohnen zur Kenntnis. Weitere Aufträge für die Landes-

regierung ergeben sich daraus jedenfalls nicht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich frage zunächst den Kollegen Lehnert, ob ich seine abschließenden Ausführungen am Ende seiner Rede so verstehen soll, dass er eine Ausschussüberweisung wünscht.

(Zuruf)

- Okay, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1733 dem Innen- und Rechtsausschuss - nehme ich an - zu überweisen.

(Zurufe)

- Der Abgeordnete Lehnert hat um eine Ausschussüberweisung gebeten. Ich frage ihn und nicht die Kollegen der SPD-Fraktion, in welchen Ausschuss er das gern überwiesen haben möchte. Jetzt frage ich wiederum Sie alle: Wer den Antrag Drucksache 18/1733 dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und drei Kollegen von der Piratenfraktion. Wer der Ausschussüberweisung nicht zustimmen will, der möge sich jetzt melden. - Das sind der Kollege Dr. Breyer von der Piratenfraktion, die Abgeordneten von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

(Serpil Midyatli [SPD]: Lesen Sie den Antrag, Herr Arp, und dann reden wir!)

Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 18/1733 seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Herr Arp, Sie können wenigstens zustimmen!)

- Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer Abstimmung und nicht in einem weiteren Diskurs. Den können Sie gern nachher draußen fortsetzen. Dagegen habe ich gar nichts. Wer jetzt aber bitte diesen Antrag positiv bescheiden will, der möge sich melden. - Das sind die Kollegen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer diesen Antrag

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

in der Sache ablehnt, der möge jetzt sein Handzeichen geben. -

(Hans-Jörn Arp [CDU] steht neben Lars Harms [SSW] - Heiterkeit)

Das sind die Kollegen der Piratenfraktion, vom SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD-Fraktion. - Es enthält sich niemand, und der Abgeordnete Arp sucht jetzt wieder seinen Platz auf. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen und die Überweisung des Antrags, der in der Sache abgelehnt wurde, nicht beschlossen.

Ich bekomme gerade den Hinweis, dass der Tagesordnungspunkt 8, Hochschulgesetz, nicht, wie ursprünglich vorgesehen, jetzt und auch nicht wie gerade noch vorgesehen, morgen, beraten werden soll, sondern ohne Aussprache in den Ausschuss überwiesen werden soll.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1752

Wer einer Ausschussüberweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist jetzt etwas unorthodox, aber wir kriegen das hin. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes an

den Bildungsausschuss überwiesen worden. - Vielen Dank.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 34 b) auf:

Einrichtung eines Landesbergamts prüfen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1629

Mir liegen zwei Hinweise vor. Der letzte und aktuellste lautet, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache stattfinden soll. Dazu nicken auch die PIRATEN, die ursprünglich eine Aussprache haben wollten.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Das war ein Bericht, zu dem kein Antrag gestellt wurde. Der Ausschuss könnte sich in Selbstbefassung damit befassen, würde es aber nicht tun. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt auch als erledigt anzusehen.

Wir sind mit der heutigen Tagesordnung am Ende. Ich habe von niemandem gehört, dass es noch einen Punkt von Morgen gibt, der vorgezogen werden soll. Deswegen wünsche ich Ihnen allen einen guten Abend und freue mich, Sie morgen früh um 10 Uhr wieder im Plenarsaal zu sehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:37 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
54. Sitzung am 9. April 2014
Entschließungsantrag zum Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein (LehrBG)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN
Drucksache 18/1779
(Seite 4404 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
SSW		Birte Pauls	Nein
Jette Waldinger-Thiering	Nein	Serpil Midyatli	Nein
Flemming Meyer	Nein	Simone Lange	Nein
Lars Harms	Nein	Birgit Herdejürgen	Nein
		Bernd Heinemann	Nein
PIRATEN		Martin Habersaat	Nein
Torge Schmidt	Ja	Kirsten Eickhoff-Weber	Nein
Sven Krumbeck	Ja	Peter Eichstädt	Nein
Uli König	Ja	Dr. Kai Dolgner	Nein
Wolfgang Dudda	Ja	Wolfgang Baasch	Nein
Dr. Patrick Breyer	Ja	Torsten Albig	Nein
Angelika Beer	Ja		
		CDU	
FDP		Rainer Wiegard	Ja
Christopher Vogt	Ja	Peter Sönnichsen	Ja
Oliver Kumbartzky	Ja	Klaus Schlie	Abwesend
Wolfgang Kubicki	Ja	Heiner Rickers	Ja
Dr. Ekkehard Klug	Ja	Katja Rathje-Hoffmann	Ja
Anita Klahn	Ja	Barbara Ostmeier	Ja
Dr. Heiner Garg	Ja	Petra Nicolaisen	Ja
		Hans Hinrich Neve	Ja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Jens-Christian Magnussen	Ja
Bernd Voß	Nein	Peter Lehnert	Ja
Dr. Andreas Tietze	Nein	Tobias Koch	Ja
Ines Strehlau	Nein	Klaus Jensen	Ja
Burkhard Peters	Nein	Karsten Jasper	Ja
Detlef Matthiessen	Nein	Hartmut Hamerich	Ja
Eka von Kalben	Nein	Daniel Günther	Ja
Marlies Fritzen	Nein	Hauke Götttsch	Ja
Anke Erdmann	Nein	Heike Franzen	Ja
Dr. Marret Bohn	Nein	Volker Dornquast	Abwesend
Rasmus Andresen	Nein	Astrid Damerow	Ja
		Johannes Callsen	Ja
SPD		Dr. Axel Bernstein	Ja
Lars Winter	Nein	Hans-Jörn Arp	Ja
Jürgen Weber	Nein		
Kai Vogel	Nein		
Dr. Gitta Trauernicht	Nein		
Dr. Ralf Stegner	Nein		
Olaf Schulze	Nein		
Thomas Rother	Nein		
Sandra Redmann	Nein		
Beate Raudies	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
		Zusammenstellung:	
		Abgegebene Stimmen	67
		davon	
		Jastimmen	32
		Neinstimmen	35
		Enthaltungen	-